

# Die Politische Meinung



## CORONA CHRONISCH?

---

Ein Jahr Pandemie

**ZUM SCHWERPUNKT** Tilman Allert, Normalisierung und Resistenz unter diktiertem Geselligkeitsverzicht; Kaltërina Latifi, Vom Pneuma zur Atemwende; Helge Braun, Ein Ende des Schreckens?; Christian Waldhoff, Krise und Konstitution; Ursula Münch, Vom Corona- zum Wahlmodus

**EINBLICKE INTERNATIONAL** Ilona Kickbusch, Annus horribilis. Pandemie und Weltgesundheitsorganisation

**INTERVIEW** Armin Laschet über ein „Modernisierungsjahrzehnt für Deutschland“, Perspektiven nach der Pandemie und die CDU als Brückenbauerin in Zeiten der Polarisierung

**ERINNERT** Judith Michel, Zum 100. Geburtstag von Sophie Scholl

# Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Geht es irgendwann vorüber? Nach einem Jahr Pandemie strapaziert diese Frage selbst die Robusten und Geduldigen. Der Lockdown im Frühjahr 2020 war ein schockartiges Ereignis, von dem viele annahmen, es mit Balkonovationen überbrücken zu können. Längst klatscht niemand mehr, eigentlich will keiner mehr von Corona hören oder lesen. Doch die „Naturkatastrophe in Zeitlupe“ (Christian Drost) hält Deutschland mit auf- und abflauenden Stressmomenten in ihrem Bann.

Den Corona-Burnout spüren auch jene, die nicht oder kaum von existenziellen Sorgen betroffen sind. Schlägt mit dem zweiten aufreibenden Lockdown die Stimmung um? Dass es in Deutschland, anders als in den USA oder in Großbritannien, keinen gesamtwirtschaftlichen Einbruch mit steil wachsender Arbeitslosigkeit gibt, fällt kaum mehr ins Gewicht. Der Fokus auf niedrige Todes- und Infektionszahlen dünkt manchen inzwischen wie „Fürsorgeradikalismus“ (Thea Dorn). Nicht die ambivalente Ausgangslage gerät zum Beurteilungsmaßstab, sondern die Ausstiegsperspektive: das „Licht am Ende des Tunnels“.

Die Gegenwart zu meistern, ist angesichts des national wie international umfassenden Krisengeschehens allein schon eine anspruchsvolle Aufgabe. Dennoch wird von der Politik zu Recht verlangt, ihren Blick auch und gerade jetzt auf die Zukunft zu lenken. Die Frage ist nur, wie offensiv und gleichzeitig seriös sie dabei handeln kann. Viele europäische Länder „öffnen“ derzeit im Bewusstsein der damit einhergehenden Risiken, während ernst zu nehmende Stimmen vor einer durch Virusvarianten getriebenen dritten Welle warnen.

Die Zukunft bleibt ungewiss, besonders unter Pandemiebedingungen. Auch eine noch so verständliche allgemeine Erschöpfung ändert daran nichts. Das politische Ringen um die nächsten vertretbaren Schritte darf uns nicht erspart bleiben. Doch geht es in dieser prekären Phase auch um die Wahrung der Offenheit, die es einer Gesellschaft ermöglicht, solche starken Spannungen weiter auszuhalten.

So betrachtet, erweist sich die Geschäftemacherei von Mandatsträgern als heftiger Rückschlag. Von entscheidender Bedeutung für alle politisch Handelnden in Deutschland ist allerdings die Beschleunigung der Immunisierung. Das Impfversprechen wiegt schwerer als jedes Wahlversprechen. Eine geimpfte Republik öffnet den Möglichkeitssinn, macht sensibel für die Geschädigten sowie für die unendlichen Schadensdimensionen und schafft Sicherheit für einen Aufbruch in vermutlich weiterhin unsichere Zeiten.

*Bernd Löhmann*



Aus der Serie „When the World Stood Still“  
Foto: © Wei Jian Chan, London

## INHALT

### 1 EDITORIAL

#### SCHWERPUNKT

## Corona chronisch? Ein Jahr Pandemie

### 16 AUSSERALLTÄGLICH ALLTÄGLICH

Tilman Allert

Ausdrucksformen der Normalisierung und Resistenz unter diktiertem Geselligkeitsverzicht

### 22 WISSEN IM UNGEWISSEN

Christian Bermes

Urteilkraft als Werkzeug der Krisenbewältigung

### 30 VOM PNEUMA ZUR ATEMWENDE

Kaltërina Latifi

Hat uns Corona den Atem verschlagen?

### 40 INTERVIEW: EIN ENDE DES SCHRECKENS?

Helge Braun über die Entscheidungsfindung in der Pandemie, die Bedeutung niedriger Infektionszahlen und die Perspektiven nach der Krise

### 46 KRISE UND KONSTITUTION

Christian Waldhoff

Verändert die Pandemie das Institutionengefüge unserer Verfassungsordnung?

### 51 IN DEN BAHNEN DES RECHTS?

Katja Gelinsky

Corona und die Justiz

### 66 GETRÜBTE ZUKUNFT

Sabine Walper

Die Situation Jugendlicher in der Coronakrise

### 72 STILLE UNRUHE

Susanne Rode-Breymann

Krise und Krisenfolgen für Musikstudium und Musikkultur

### 77 HOMEOFFICE GESTERN UND HEUTE

Hans Bertram

Soziale Auswirkungen neuer Arbeitszeitmodelle

### 85 VOM CORONA- ZUM WAHLMODUS

Ursula Münch

Perspektiven der Parteilarbeit

### 97 NOTHILFE – UND WAS DANN?

Martin Schebesta

Ansätze für eine dauerhafte Wirtschaftsstrategie

### 107 GETRIEBENE JÄGER

Tobias Montag

Pandemiebekämpfung und die Rolle der AfD

### 112 NAH BEI DEN MENSCHEN?

Cornelia Coenen-Marx

Lehren aus der Corona-Pandemie für die Kirchen

## Einblicke international

### 35 ANNUS HORRIBILIS

Ilona Kickbusch

Ein Jahr COVID-19-Pandemie und die WHO

### 103 „ONE HEALTH“

Maria Flachsbarth

Die Corona-Pandemie aus entwicklungs-politischer Sicht

## Impulse

### 56 KOLLATERALE DEPRIORISIERUNG

Eva Winkler, Lena Maier-Hein,  
Michael Baumann

Zur Priorisierung überlebenswichtiger medizinischer Ressourcen

## Corona erfahren

### 63 ALMA MATRIX

Franziska Tischner

Studi allein zu Hause

### 82 ALBTRAUM FÜR DEN „TRAUMBERUF“

Peter Haase

Ein Pilot am Boden

## Interview

### 90 „DIE SEHNSUCHT, UNTERSCHIEDE ZU VERSÖHNEN, IST GROSS“

Armin Laschet über ein „Modernisierungsjahrzehnt für Deutschland“, Perspektiven nach der Pandemie und die CDU als Brückenbauerin in Zeiten der Polarisierung

## Gelesen

### 117 NEUE LINKE?

Tom Mannewitz

Die langen Geburtswehen der 68er in der Bundesrepublik und den USA

## Erinnert

### 120 VORBILD MIT WIDERSPRÜCHEN

Judith Michel

Zum 100. Geburtstag von Sophie Scholl

### 126 AUS DER STIFTUNG

### 128 FUNDSTÜCK



## Das Fenster zum Park

**Die Bilder der indisch-kanadischen Fotografin Twinkle Banerjee suchen Trost im Alltäglichen**

Bei Alfred Hitchcock entspinnt sich aus dem Blick durch das „Fenster zum Hof“ ein Thriller der Extraklasse. Wie James Stewart in der Rolle des Sensationsfotografen L. B. Jefferies beobachtet Twinkle Banerjee das alltägliche Geschehen von ihrer Wohnung aus durch ein Fernglas. Allerdings entdeckt sie keine heimtückischen Morde; sie zoomt banale Momente heran, die in normalen Zeiten kaum bemerkenswert wären, in der Pandemie jedoch vermisst und herbeigesehnt werden.

Die soziale Isolation heben die Bilder nicht auf, sie lassen sie spürbar werden. Ebenso sehr vermitteln sie die Sympathie für das entfernte Gegenüber. Mitfühlen geht auch aus der Distanz und überwindet diese vielleicht am Ende wieder.

© Twinkle Banerjee

# Corona chronisch?

—

## Ein Jahr Pandemie













# Außeralltäglich alltäglich

Ausdrucksformen der Normalisierung und Resistenz  
unter diktiertem Geselligkeitsverzicht

## TILMAN ALLERT

Geboren 1947 in Lübbecke,  
Seniorprofessur für Soziologie und  
Sozialpsychologie mit dem  
Schwerpunkt Bildungssoziologie,  
Goethe-Universität Frankfurt  
am Main.

Maske und Abstand sind Ausdruck, aber auch immer wieder Stimulans der allerorten durch die Pandemie entstandenen normativen Konfusion. Jedes flüchtige Beisammensein im weiten Raum vopolitischer Gemeinschaften gerät unter den strapaziösen Verdacht wechselseitiger Ansteckung. Von der Chorprobe bis

zu den Treffen der Pfadfinder, des Gartenvereins, den Landfrauen oder den Zufallsgemeinschaften von Konzert-, Theater- oder Vortragspublika ist das soziale Leben davon betroffen. Was den Menschen fehlt, ist die zufriedenstellende Erfahrung eines beiläufigen sozialen Austauschs, der von nicht mehr lebt als von dem Gefühl, das eigene Normverständnis bestätigt zu sehen. Sich unter Menschen gleicher kultureller Wünsche begeben zu haben und gerade

in der Interesselosigkeit von Begegnungen das Solidaritätsverständnis untereinander gestärkt zu sehen, ist lebensnotwendig für den Zusammenhalt.

Soziale Ordnungen sind auf Klatsch und Tratsch, auf undramatische Mikroinszenierungen von Zugehörigkeit angewiesen; solche, die nicht exklusiv sind, sondern die qua Anwesenheit eine Übereinkunft im Horizont eines bürgerschaftlichen Wertkonsenses zum Ausdruck bringen. Dieses Elixier des Sozialen auch nur anzudeuten geschweige denn zu initiieren, ist der Blick überfordert. Der Blick, mit Helmuth Plessner formuliert, der „begegnende Blick“, ist um die Chance gebracht, als erste Geste der Zuwendung, des Vertrauens oder der wenigstens neutralen Aufmerksamkeit wahrgenommen zu werden. Im öffentlichen Leben unter der Auflage des Maskentragens mutiert er zum Vorbehalt, zu einer Blockade, die sich in den Sekunden der Augenbegegnung zu einer Selbstblockade steigert. Das ist von niemandem gewollt, sondern ist von der gebotenen Vorsicht erzwungen, in der Handlungswirkung jedoch von Misstrauen nicht weit entfernt. Man schaut sich an, und just dieser Blick treibt auseinander. Das Sehen des Gegenübers, vormals ein möglicher Anlass, im Nachklang und während der eigenen Verrichtungen dem verstrichenen Moment nachzusinnen, gleitet über in eine wechselseitig stimulierte Misanthropie.

## ANSTRENGENDES KORSETT DES HÖFISCHEN

Geringfügige mimische Elemente, über die Menschen verfügen, um das Anblicken zu „normalisieren“ und im Schock der Begegnung deutlich zu machen, dass die Kommunikationsnähe keine Bedrohung darstellt, verschluckt die Maske. Das maskierte Gesicht rückt das Kommunikationsgeschehen somit in eine Starre und nimmt ihm seine Beiläufigkeit. Das Hygienearrangement zwingt das soziale Leben in das anstrengende Korsett des Höfischen und beraubt das reiche Kommunikationspotenzial des Face-to-Face-Kontakts um Dimensionen der Spontaneität.

Im Maskentragen deuten sich somit Prozesse einer sozialen Desintegration und einer Elastizitätseinbuße an. Sie verlangen Anstrengungen ab, die den strapaziösen hygienischen Vorbeugemaßnahmen in nichts nachstehen. Diktiertes Misstrauen erhöht den Vertrauensbedarf. Offenkundig und nicht überraschend sind zwei Handlungskontexte besonders betroffen: der öffentliche Raum und der private Nahraum, die Wege, Straßen und Plätze einerseits sowie der zuwendungsintensive Nahraum der eigenen vier Wände andererseits. Die Kommunikationspraxis in und zwischen diesen Räumen steht gegenwärtig unter einem Askese-Diktat, das in Ausmaß und Dauer ungewöhnlich ist, allerdings keinesfalls eine Erosion von Regeln des Zusammenlebens befürchten lässt. Vergleiche mit dem Leben in totalen Institutionen

wie Klöstern, Gefängnissen oder psychiatrischen Einrichtungen, bis hin zum Schreckgespenst vom Überwachungsstaat, wie sie von interessierter politischer Seite dramatisierend in die öffentliche Debatte lanciert werden, sind analytisch nicht hilfreich und destruktiv für die politische Ordnung.

Im Horizont unserer Skizze lässt sich erschließen, was geschieht, wenn, wie gegenwärtig, die Menschen auf die Mobilitätseinschränkung mit Nonkonformität reagieren. Dazu einige wenige Grundlagen der Soziologie. Menschen handeln nach Regeln, die als selbst gesetzte verstanden werden. Handeln ist Vorteil und Nachteil zugleich, für die Akteure strapaziös und komfortabel. Die Zeiten sind vorbei, Handeln und Unterlassen eine irgendwie substanzartige Qualität zuzuschreiben. Der Mensch ist nicht dem Menschen ein Wolf, aber auch nicht jemand, der ohne Weiteres die andere Wange hinhält, wenn er auf die eine geschlagen wurde. Sozialordnungen sind fragile Gebilde, vor Zerfall und Erosion schützt sie nichts anderes als die relative Konformitätsbereitschaft der Menschen, die in ihr leben. Entsprechend wird die Fügsamkeit gegenüber Regeln bestimmt nach dem Ausmaß der Einsichtsfähigkeit, danach, ob und inwieweit sie als vernünftig begründet und von daher verpflichtend übernommen und befolgt werden, seien sie auf Dauer gestellt oder ausdrücklich transitorisch gedacht, mithin für einen begrenzten Zeitraum vorgesehen.

## DAS VIRUS SOZIOLOGISIEREN

Je länger die Ausnahmesituation der Pandemie, desto notwendiger, das Virus zu soziologisieren, die kollektiven Zumutungen handlungslogisch zu reflektieren. Die allenthalben zu beobachtende trotzige oder lässige Distanz zu den Corona-Auflagen, bewusst oder unbewusst, wissenschaftlich begründet oder juvenil inszeniert, bis hin zur abstrus politisch begründeten Obstruktion, sind soziologisch nicht überraschend. Bei den Hotspots stößt man auf Gemeinschaften nach dem Muster der „greedy institution“, einer Kontaktstruktur mit „heißer“, hoher kommunikativer Intensität. *Greedy institutions*, „gefräßige Institutionen“ nach einem Begriff des amerikanischen Soziologen Lewis A. Coser, entstehen dort, wo die Grenzen zwischen privatem und nicht privatem, etwa beruflichem Leben durchbrochen sind, eine Alternativen-schrumpfung mit der Folge, dass sich die Menschen in einer „total societal position“ begegnen; nicht als Rollenträger, sondern als ganze Person, allerdings auf der Grundlage freiwilliger Mitgliedschaft.

Ein erster Typus ist die gesinnungsethisch motivierte Gemeinschaft. Hierbei folgen die Mitglieder einer Deutung der Welt, für die die Maxime bestimmend ist, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen. Entscheidend für die soziale Exklusivität ist dabei die Unterstellung eines Wertbezugs, der für alle Erfahrungssituationen einen Schutz verspricht. Sozial gebündelt ist

eine solche Sicht nicht selten bei Mitgliedern von bestimmten Freikirchen. Milieus sektenartig übertriebener Glaubensfestigkeit liefern Beispiele für das Sicherheitsversprechen eines geistigen Rigorismus, der eine Skepsis nährt gegenüber allem, was von den Menschen kommt. Wird die Lebensführung unter einen derartigen Ideenhorizont gestellt, erübrigt sich das Einhalten von Abstandsregeln.

Ein zweiter Typus sind heroisch motivierte Situationsdeutungsgemeinschaften. Sie gründen sich vor dem Hintergrund kollektiver Enttäuschungserfahrungen. Um dies auf die deutsche Situation beziehen zu können, muss man etwas weiter ausholen. Unter Diktaturen leben die Menschen in Kontaktstrukturen, die durch Misstrauen bestimmt sind, und zwar wechselseitig. Misstrauen ist in Diktaturen die Strategie der staatlichen Organe gegenüber der Bevölkerung, begründet Bspitzelung und lädt ein zu Denunziation. Misstrauen filtert das Verständnis der Gegenwart und begünstigt eine Schrumpfung spontaner Geselligkeit. Die Infektionsverbreitung während der ersten Phase der Pandemie in den Ländern der ehemaligen DDR verweist auf den hier angedeuteten historischen Hintergrund. Daran, dass die Alltagskultur praktisch nicht existierte, Sozialkontakte somit auf ein Minimum beschränkt waren, war man jahrelang gewöhnt. Geselligkeitsdistanz verschwindet nicht von heute auf morgen, wenn etwa die politischen Bedingungen andere sind. Just die Tatsache, scheinbar von der Pandemie verschont geblieben zu sein, beschwor nun kehrseitig den kollektiven Unmut über die von der Regierung diktierten Abstandsregeln herauf. Die Erinnerung an die Zeiten der Zwangskonformität legte sich auf die Wahrnehmung der pandemiebedingten Maßnahmen. Kein Wunder, dass unter der hier nur grob skizzierten besonderen Perspektivierung durch ein historisches Trauma viele Menschen sich zu einer Art nachträglichem Ungehorsam zusammenfanden; eine Geste, der sich auch und gerade die Generation angeschlossen hatte, die die DDR und deren Lebenseinschränkungen nur noch aus Erzählungen kennt.

## SOZIALER STATUS UND HOHE INZIDENZ

Nonkonformität entsteht schließlich als dritter Typus im Milieu der Zugewanderten, typologisch formuliert: aus Anatolien oder Syrien. Die Erfahrung einer umfassenden Solidaritätsstütze durch das eigene erweiterte Familien- und Verwandtschaftsgefüge, wie sie für viele Menschen mit Migrationshintergrund charakteristisch ist, nährt die Suggestion, man habe es bei dem, was im öffentlichen Raum geschieht, mit etwas Fremdem zu tun, allenfalls mit einer Bedrohung, gegen die der Schutzschirm des familialen Partikularismus Halt verspricht. Bewusst als einziger Kosmos minimaler Lebensorientierung aufgesucht oder unbewusst und wie selbstverständlich in Anspruch

genommen, trifft man sich exklusiv in einer naiven Kontaktintensität, die für die Beteiligten auch dadurch an Überzeugungskraft gewinnt, dass die Wohn- und Lebensverhältnisse in den meisten Fällen ohne Alternative sind. Die unwürdigen Zustände der durch Subunternehmen ins Land geholten osteuropäischen Leiharbeiter mögen beseitigt sein, aber wie viele „Tönnies“ gibt es in diesem Land? Der soziale Hintergrund der hohen Inzidenzwerte ist somit leicht zu benennen. Niemanden sollte überraschen, wenn sich das Infektionsgeschehen nicht nur an Orten wie Alten- und Pflegeheimen verdichtet, an exemplarischen *greedy institutions*. Es kovariert, wie an den vorausgehenden typologisch unterschiedenen Konstellationen gezeigt wurde, mit dem sozialen Status, ist somit keineswegs diffus oder dauerhaft rätselhaft.

Allerdings stellt sich die Frage, welche politischen Schlussfolgerungen zu ziehen wären. Hier wird die Situation unüberwindbar kompliziert. Schnell gerät man in das nicht auflösbare Dilemma eines modernen Verfassungsstaates, der aus einem prinzipiellen Schutz der Persönlichkeitsrechte seine politische Identität bezieht und von daher bei Versuchen der Effektivierung von Sozialkontrollen schnell an seine Grenzen stößt. Weder institutionell noch normativ lässt sich vermutlich die entstandene Konfusion in den Griff bekommen.

## ANOMISCHE VORGÄNGE

Die Möglichkeiten, die Kontaktintensität zu minimieren, scheinen außerordentlich begrenzt. Der neidische Blick auf die Staaten des asiatischen Kulturraums und die dort geltenden und von der Bevölkerung gewohnheitsmäßig akzeptierten Sozialkontrollen ist nachvollziehbar; allerdings steht die kollektive Erfahrung der europäischen Völker dagegen, die sich weigern, sich erneut beziehungsweise im Grenzfall mit noch gravierenderen Belastungen auf eine Zwangskonformität einzustellen. Auch die hier typologisch identifizierten Kontaktmuster lassen sich nicht unmittelbar in Strategien der Eingrenzung übersetzen. Beschränken wir uns auf drei Möglichkeiten: Zum Ersten die Solidaritätsappelle – sie erschöpfen sich schnell in einer Gesellschaft, die holistische normative Traditionen der Gemeinschaftsbildung entschlossen von sich weist. Die deutsche Bevölkerung sieht sich weder als ein Volk noch als eine Klasse, zwei gemeinschaftsstiftende Ideen, die nichts als Unheil angerichtet haben. Bleibt somit der Bezug auf die Ethik der Nächstenliebe sowie auf den Universalismus eines allgemeinen Respekts vor der Dignität der Person, unabhängig von Geschlecht, Alter und sozialer Herkunft.

Zum Zweiten Sanktionsverschärfung – sie politisch durchzusetzen und die Polizei entsprechend zu beauftragen, wäre an das Rechtfertigungsprinzip des demokratischen Verfassungsstaates gebunden und geriete zwangsläufig in die Strittigkeit politischer Meinungsbildung und somit in den scharfen und notwendigen Streit zwischen Regierung und Opposition. Schließlich

zum Dritten die soziale Isolierung – clusterartige Absperrung oder Eingrenzung einzelner Regionen oder Bevölkerungsgruppen nach der Logik von Grenzschießungen sind mit der Austauschlogik von Marktbeziehungen und der damit einhergehenden räumlichen Mobilität unverträglich. Das zeigt sogar die Entwicklung in den vielfach bewunderten Staaten Asiens.

Zweifelsohne sieht sich das Land vor dem Hintergrund wachsender Ungeduld, vor dem Hintergrund von sozialen Kontaktgewohnheiten, die kaum zu durchbrechen sind, mit anomischen Vorgängen konfrontiert, ohne dass diese das Stadium einer Panik erreicht hätten. Insgesamt gesehen ist gegenwärtig das Vertrauen in die Institutionen in Gefahr. Dass diese ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen, wäre die Schlüsselerfahrung, über die die Frage nach der politischen Loyalität künftig beantwortet werden wird. Schließlich werden alle Maßnahmen auf die Gestaltungseffizienz der politischen Eliten hochgerechnet. Insofern ist trotz der Zumutungen des Abstandsdiktats nicht die Alltagskommunikation, sondern die institutionalisierte Krankenversorgung, vom Gesundheitsamt bis zur Intensivstation, bedroht.

## UNVEREINBARE SUGGESTIVITÄT

Was darüber hinaus und zusätzlich zur just eingeleiteten Impfung zu tun wäre, ist schwer zu beantworten. Die Pandemie trifft alle, doch längst nicht alle gleichermaßen. In Anerkennung des „Muddling-Through“, des „Sich-Durchwurschtelns“, nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln, den Opportunitäten der Situation zu genügen, ohne eingeschlagene Wege vor schnel wieder zu verlassen, Abstimmung mit den Staaten im Kooperationsnetzwerk der Europäischen Union, sind schwache Mittel, jedoch vermutlich die einzig realistisch handhabbaren. Der Traum, den manche statistischen Hochrechnungen aufdrängen, mal eben, wenn auch nur vorübergehend, die Kontaktrigidität nach asiatischem Muster, mit Quarantäne-Containern für die Bevölkerung ganzer Regionen, zu übernehmen, hat eine verblüffende Suggestivität, ist hingegen mit den Erfahrungen aus dem historischen Schicksal der europäischen Völker unvereinbar.

# Wissen im Ungewissen

Urteilkraft als Werkzeug der Krisenbewältigung

## CHRISTIAN BERMES

Geboren 1968 in Trier, Professor für Philosophie und Leiter des Instituts für Philosophie, Universität Koblenz-Landau (Campus Landau).

In Krisen werden nicht nur die sozialen, politischen und kulturellen Systeme einem Stresstest unterzogen. Auch die Urteilkraft als die Fähigkeit, unter sich ändernden Rahmenbedingungen dem jeweilig Besonderen situationsgerecht

unter Berücksichtigung der spezifischen Umstände angemessen gerecht zu werden, gerät unter Druck. Es ist vielleicht ein typisches, möglicherweise unvermeidliches Krisenphänomen, dass die Urteilkraft als Erste über Bord zu gehen droht, wenn angesichts bedrohlicher Szenarien rasch Entscheidungen getroffen werden müssen. Dies ist verständlich zu Beginn von Krisen. Der Kontext rückt in den Hintergrund, bisweilen reflexhaft wird das Erforderliche proklamiert. Doch die Urteilkraft ist gerade dann gefragt, wenn die Dinge nicht so klar sind, wenn die Umstände sich ändern, wenn Unerwartetes

das Gewöhnliche irritiert. Denn Urteilkraft ist ein Werkzeug der Krisenbewältigung.

In ihrem Aufsatz „Welcome to the Covidworld“, erschienen im November 2020 in der britischen Zeitschrift *The Critic*, verweisen Ian James Kidd und Matthew Ratcliffe auf die befremdliche Erfahrung, dass sich in den Diskussionen um die Pandemie – um die jeweiligen Diagnosen, Maßnahmen, Einschätzungen und Bewertungen – eine eigentümliche „decontextualisation“ zeige (Kidd/Ratcliffe 2020). In Fällen von Kontextauflösungen verlieren sich die Dinge in Einzelheiten, die Weltwahrnehmung fragmentiert sich. Es kommt zu einer Verinselung, in der noch nicht einmal die Weltsichten als einseitig beschrieben werden können. Denn einseitig kann nur etwas sein, wenn grundsätzlich mehrere Perspektiven möglich sind. Spielen Umstände keine Rolle mehr, behauptet sich Einzelnes nur noch als Isoliertes, dann kommt es zu einem Dogmatismus des Singulären.

Genau dies hat allerdings auch eine zweite, ebenso wenig erfreuliche Kehrseite. Zersplittert das Konkrete, dann laufen auch Regeln, die notwendig fallbezogen sind, leer. Gibt es nur noch Einzelfälle, vermag keine Regel mehr zu greifen. Ein Dogmatismus des Singulären paart sich mit einer abenteuerlichen Selbstbehauptung von Regeln, denen keine Grenzen mehr gesetzt sind. Wenn Regeln sich nicht mehr am und im Konkreten bewähren können, dann liegt ein regelparadoxe Kurzschluss nahe: Es können nur weitere Regeln Abhilfe versprechen.

## WIE MAN EIS ESSEN KANN

Eine pittoreske Illustration liefert die Empfehlung des Landes Niedersachsen aus dem April 2020 zum Kaufen und Verspeisen von Eis. Regelte die damalige Landesverordnung, dass Eisdielen zwar geöffnet werden dürfen, der Verzehr jedoch nicht innerhalb eines Umkreises von fünfzig Metern gestattet sei, dann ist eine Umsetzungsregelung zur Öffnungsregelung notwendig, die amtlich auch gern, freilich mit einem Emoji augenzwinkernd illustriert, erteilt wurde: Man dürfe hier durchaus insofern pragmatisch vorgehen, „als durch erstes rasches Lecken an einer Eiskugel während des zügigen Sichertfernehmens von der Eisdielen ein Heruntertropfen des Eises auf Kleidung oder Fußboden verhindert“ werde.

Das Schmunzeln über einen derartigen Ausführungshinweis rettet die Situation und bezeugt eine Kenntnis der Zusammenhänge, die jenseits isolierter Regeln und fragmentierter Fälle besteht. Doch das Schmunzeln weicht einer Verblüffung, konsultiert man etwa die Berliner „Liste für die Notbetreuung Kita und Schule“ vom 22. Januar 2021, in der diejenigen Branchen und Berufe auf 28 Seiten aufgeführt werden, die als „systemrelevant“ eingestuft werden.

Das Irritierende an solchen Listen ist weniger, dass kaum etwas über die Auswahlkriterien bekannt ist. Das Verblüffende ist vielleicht auch nicht einmal, dass solche Listen wiederum Rezepte notwendig machen, wie sie zu handhaben und umzusetzen sind. Das Erstaunliche ist vielmehr, dass in solchen Listen das Einfachste und das Nächste nicht mehr auftaucht: Sind Kinder und Eltern, sind Familien nicht systemrelevant? Immerhin sind es Familien, die im Grundgesetz gemäß Artikel 6 unter besonderen Schutz der staatlichen Ordnung zu stellen sind.

## QUASI-INTELLEKTUELLE GROSSDEUTUNGEN

Trifft die Vereinzelung der Fälle nicht mehr nur augenzwinkernd auf eine Ver selbstständigkeit von Regeln, treten Konkretes und Allgemeines in Opposition zueinander, dann wird man dies als eine manifeste Krise beschreiben müssen, und zwar als eine praktische und intellektuelle Krise zugleich. In solchen Krisen geraten die Dinge in Unordnung und außer Kontrolle, weil es zu einem Auseinanderdriften und Zerbröseln besonderer Art kommt: Regeln verlieren ihre Fallbezogenheit, während sich gleichzeitig Fälle einer Regel entziehen. Gegen eine derartige Krise wird man keine Impfung verabreichen können, sie ist intellektueller Natur. Man muss sich ihr aber auch nicht ergeben.

Die mit der Pandemie schnell ins Kraut geschossenen Versuche quasi-intellektueller Großdeutungen, die von einem herbeisehnenden Beschwören eines Schmitt'schen Ausnahmezustands bis hin zur Machtergreifung eines neuen Sicherheitsstaates reichen, sind zweifellos für Schlagzeilen gut. Mit der Sache haben sie vergleichsweise wenig zu tun. Aber auch auf der anderen Seite wird man kaum fündig. Wenn die menschliche Lebenswirklichkeit auf die statistisch modellierte und grafisch aufbereitete Verbreitungsdynamik von Viren reduziert und täglich aktualisiert wird oder wenn Wissenschaft mit Interessengruppenforschung, in der diese oder jene Interessengruppe die meiste Last zu tragen habe, identifiziert wird, dann hat dies mit der Welt, in der Menschen tagtäglich unter schwierigen Bedingungen leben, handeln, überlegen und entscheiden, wenig zu tun. Das Bild von Wissenschaft, das sich dadurch in den Köpfen festsetzt, mag alle möglichen Vorurteile bedienen, mehr aber auch nicht. All dies leistet kaum einen Beitrag zur Aufklärung von Dekontextualisierungsprozessen, sondern ist eher Bestandteil der Problemlage selbst.

Kant beschreibt die Urteilskraft als das Vermögen, „das Besondere als enthalten unter dem Allgemeinen zu denken“. Hier zeigen sich zwei Fälle, die gesondert werden, indem die bestimmende Urteilskraft von der reflektierenden Urteilskraft geschieden wird: „Ist das Allgemeine (die Regel, das Princip, das Gesetz) gegeben, so ist die Urtheilskraft, welche das Besondere darunter

subsumirt, [...] bestimmend. Ist aber nur das Besondere gegeben, wozu sie das Allgemeine finden soll, so ist die Urtheilskraft bloß reflectirend“ (Kant 1968, S. 179).

Die Kantische Überlegung erlaubt einen Rückbezug auf die Aristotelische Charakterisierung der Klugheit (*phronesis*), und sie lässt sich im Anschluss an Hannah Arendt auf die Politische Philosophie ausweiten (Arendt 2017). Ihre zentrale Stellung verwundert nicht, denn Urteilskraft ist nicht einfach auf einzelne Lebensbereiche, auf das Private, das Gesellschaftliche oder das Politische zu beschränken. Sie umgreift das menschliche Leben im Ganzen, und sie qualifiziert den Handelnden in notwendig situationsbezogenen Handlungszusammenhängen.

Wenn Wissen ungewiss wird, ist Urteilskraft gefragt, um handeln zu können. Sie ist ein intellektuelles Mittel der Krisenbewältigung. Völlig fehl würde man liegen, wenn die Urteilskraft mit schlichter Erfahrung gleichgesetzt würde. Erfahrungen sind sicherlich hilfreich, wer wollte dies bestreiten. Doch die Urteilskraft setzt auf eine intellektuelle Leistung des Ordnen und Fügens aus Überlegung, sodass Zusammenhänge, in denen das Besondere seinen Platz findet, erkannt und für das Handeln leitend werden. Denn im Außergewöhnlichen fehlt die Erfahrung, nicht aber das Urteilsvermögen (außer man verbietet es sich). Auch würde man falschliegen, wenn die Urteilskraft auf eine beliebige individuelle Einschätzung der Lage zugunsten eigener Vorteile reduziert würde. Urteilskraft hat nichts mit der „Illusion“ zu tun, die „subjektiven Privatbedingungen“ (Kant 1968, S. 298) für allgemeingültig zu erklären.

## URTEILSKRAFT UND POLITISCHE PHILOSOPHIE

In den letzten Jahren ist im Feld der Politischen Philosophie die Urteilskraft wieder vermehrt in den Fokus gerückt (Esser 2017; von Bredow/Noetzel 2009). Es ist allerdings wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Urteilskraft sich nicht aufteilen und dividieren lässt. Urteilskraft kann sich hier so und dort anders zeigen; ihre Leistungen aber und auch die intellektuellen Ressourcen, auf die sie zurückgreift, sind im Öffentlichen nicht anders als im Politischen und im Privaten nicht anders als im Beruflichen. Letztlich zeigt sich in ihr eine demokratische Tugend, mit Besonderem adäquat umzugehen.

In einem prägnanten Sinne dokumentiert sich die Urteilskraft in der Fähigkeit, im Handeln unter unvorhergesehenen Bedingungen zu differenzieren, zu sondieren, zu ordnen und einzuschätzen. Sie zeigt sich mit einem Wort in der Kontextualisierung – nicht in der beliebigen, sondern der angemessenen Kontextualisierung.

Urteilskraft als eine Fähigkeit, zu differenzieren, zeigt sich in verschiedenen Hinsichten. Sie betrifft das Unterscheiden von Fällen verschiedener

Art untereinander, damit jedoch auch die Differenzierung von dem, was nicht zu diesen Fällen zählt. Sie betrifft ebenso die schlichte Unterscheidung zwischen Fall und Regel – und mit dieser Unterscheidung die notwendige Korrelation von Fall und Regel. Wenig Urteilskraft würde man beweisen, wenn man etwa alle Führerscheinbesitzer für Umweltsünder hält und sie mit einer Abgabe belegt. Dies ist gleich in zweifacher Hinsicht unsinnig. *Erstens* führt das Besitzen eines Führerscheins nicht zu einem erhöhten CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Und *zweitens* sind bekanntlich nicht alle Autos gleich. Und wenn man dann noch auf die Idee kommen sollte, dass Autos, die in Technikmuseen ausgestellt werden, ebenfalls mit der Abgabe belegt werden sollten, weil alles gleichbehandelt werden müsste, dann mag dies von hohem egalitärem Bewusstsein gegenüber Artefakten zeugen, aber von wenig Urteilskraft.

### WENN HORIZONTE DES UNWISSENS DAS WISSEN ÜBERSTEIGEN

Neben dem Differenzieren wird das *Sondieren* als eine Leistung der Urteilskraft angesehen werden müssen. Im Sondieren verschafft man sich einen Überblick, indem das Besondere auf seine situative Charakteristik hin erkundet wird, um die Grenzen der Situation zu erkennen. Wenn sich beispielsweise bei Wartungsarbeiten eines Gleises herausstellt, dass das Gleisbett durch starken Regen unterspült wurde und der Zugverkehr auf diesem Gleis nicht mehr sichergestellt ist, dann liegt es nahe, auch Gleise einer Überprüfung zu unterziehen, die in dieser Region verlaufen, um auszuschließen, dass Unterspülungen ähnlicher Art an anderer Stelle zu Schäden führen. Zu diesem Zweck wird man vielleicht auf die Idee kommen, die Züge langsamer fahren zu lassen oder auch provisorisch alternative Beförderungsmöglichkeiten ins Auge zu fassen, bis die Reparatur beendet ist. Allerdings wird man kaum den kompletten Zugverkehr oder die komplette Verkehrsinfrastruktur lahmlegen wollen. Man wird wohl auch nicht auf die Idee kommen, das Zufahren grundsätzlich mit der Begründung infrage zu stellen, dass eigentlich die Gleise die Probleme verursachen. Denn gäbe es keine Gleise, würde es auch keine Unterspülungen geben.

*Ordnen* wird man ebenfalls zur Urteilskraft zählen müssen. Darunter wird in diesem Kontext nicht das Klassifizieren verstanden, so wie man unterschiedliche Dinge in verschiedene Schubladen einordnet. Mit Ordnung im Falle der Urteilskraft ist an dieser Stelle die *Hinordnung* auf die richtigen Zwecke verstanden. Denn riskante Situationen zeichnen sich nicht nur dadurch aus, dass die Mittel fraglich werden, die einzusetzen sind. In Krisen drohen auch die adäquaten Zwecke in den Hintergrund zu rücken oder gar verschüttzugehen. Wenn sich beispielsweise an einem Bergsteig aufgrund eines Materialdefekts die Haken, die zur Sicherung für das Klettern verbaut

sind, lösen und es zu Unfällen kommt, dann könnte vielleicht auch jemand auf die Idee kommen, den Fels lieber direkt zu sprengen, um einen asphaltierten Weg zu bauen. Technisch ist dies sicherlich machbar, wie so vieles technisch machbar ist. Doch der Bergsteig diene dem Klettern, nicht dem Befahren. Zur Urteilskraft gehört es stets, die adäquaten Zwecke auch gegen Widerstand von krisenhafter Irritation im Blick zu halten.

Mit der Urteilskraft wird man schließlich das *Einschätzen* in Verbindung bringen müssen. Gerade wenn es keine Rezepte gibt, wenn kein sicheres Wissen zur Verfügung steht und wenn die Horizonte des Unwissens das Wissen übersteigen, wird man nicht auf Einschätzung verzichten können. Wer bei einer Urlaubsplanung eine Reise in eine Region im Auge hat, in der die Gewaltverbrechen an Touristen besonders hoch sind, wird an einer Einschätzung der Situation nicht vorbeikommen. Die Einschätzung für die Reise orientiert sich im Falle der Urlaubsplanung sicherlich daran, in welchen Orten genau welche Art Gewaltverbrechen verübt werden. Ebenso wird man hierzu einige belastbare Informationen aus verschiedenen Quellen unter Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven sammeln und daran interessiert sein, dass die Informationen korrekt sind. Auch wird man andere Reisende konsultieren und auch noch einmal mit sich zu Rate gehen, ob diese Reise dorthin jetzt eine gute Idee ist. Man wird aber für eine solche Einschätzung beispielsweise kein Institut für Ökonomie konsultieren und eine Studie in Auftrag geben, die in statistischen Modellen die Ungleichverteilung des Vermögens diskutiert und Prognosen der Einkommensverschiebung in den nächsten Jahren vorstellt, weil man dahinter die Ursache der Gewaltverbrechen vermutet. Denn dann müsste zuerst einmal die Hypothese geprüft werden, ob die ungleiche Einkommensverteilung etwas mit den Gewaltverbrechen zu tun hat. Das ist sicherlich auch interessant. Aber es geht um die Planung einer Reise, nicht um die Neuorganisation oder Bewertung einer Volkswirtschaft.

### ÜBERZEUGENDE INTELLEKTUELLE RESSOURCEN

Zur Urteilskraft wird man noch einiges mehr sagen müssen. Doch unstrittig dürfte sein, dass sie ein Krisenbewältigungsmittel ist. Wenn Krisen sich in Prozessen beschleunigter Dekontextualisierung ausdrücken, so ist es die Urteilskraft, die eine handlungsleitende Kontextualisierung bewirkt. Wer die Pandemie leugnet und sich in seinem Weltbild einigelt, macht sich nicht nur ein falsches Bild der Lage, er macht sich gar kein Bild. Auch wird man nicht erwarten dürfen, in einem fingierten Puzzlestück das ganze Motiv eines wirklichen Puzzles erkennen zu wollen.

Eventuell wird man darauf hinweisen, dass die angeführten Beispiele verständlich sind, aber die Entscheidungen unter Bedingungen der gegenwärtigen Pandemie anders gelagert seien. Das ist allerdings kein überzeugender

Einwand. Denn die Urteilskraft ist zwar situations-, aber nicht ereignisbezogen. Und die intellektuellen Ressourcen der Urteilskraft können deshalb überzeugen, weil sie auf Prinzipien beruhen, die nicht Teil des Problems, sondern der Lösung sind. Die Logik der Urteilskraft ist widerstandsfähiger als manche Desorientierung. Zudem wird man nicht ernsthaft behaupten wollen, dass sich liberale Demokratien dadurch auszeichnen, dass sie die Reflexionsschwelle der Aufklärung unterlaufen und auf die Urteilskraft als ein intellektuelles Vermögen aller Beteiligten verzichten wollen.

## VON WELCHEN TATSACHEN SPRECHEN WIR?

Die Urteilskraft ist allerdings auch ein unbequemes Werkzeug. Denn sie lenkt den Fokus auf einige Entwicklungen in den letzten Monaten, die zu denken geben. Wenig nachvollziehbar ist das wiederholte und laute Insistieren auf einem einheitlichen Regelwerk über alle Bundesländer hinweg, wenn nicht nur in verschiedenen Bundesländern unterschiedliche Entwicklungen des Infektionsgeschehens zu beobachten sind, sondern sich auch in den Bundesländern die Infektionslage von Einrichtung zu Einrichtung ändert. Überregionale Einheitlichkeit ist eine Sache für normale Zeiten. In Ausnahmesituationen angemessen zu reagieren, heißt, situationsbezogen zu agieren. Natürlich ist es vernünftig, in einem Krankenhaus einen Aufnahmestopp zu verhängen, wenn sich die Infektion dort ausbreitet. Aber niemand käme auf die Idee, darum alle anderen Krankenhäuser in derselben Stadt zu schließen, selbst dann nicht, wenn eine Mutation des Virus bekannt würde. Warum flächendeckend alle Schulen geschlossen werden, bleibt nach gut einem Jahr Erfahrung mit der Pandemie ein Rätsel.

Selbstverständlich ist es auch geboten, sich eine Übersicht über die Sachlage und die Entwicklungen der Pandemie zu verschaffen, um Entscheidungen treffen zu können. Die Wissenschaftler, auf die man sich beruft, sind sicherlich in Fragen der Entzifferung des Virus und der mathematischen Modellierung von Verbreitungsdynamiken geschult. Doch wenn nicht mehr zwischen Gründen, die Handlungen rechtfertigen, und Ursachen, die Mutationen befördern, unterschieden wird, steigt die Unsicherheit. Handlungen betreffen Menschen und sind soziale Tatsachen, sie können nicht auf naturwissenschaftlich modellierte Naturtatsachen reduziert werden.

Es ist gerade und trotz einer Krise geboten, an den richtigen Zielen festzuhalten. Hört man, um nur ein Beispiel zu nennen, Stimmen, dass alle Hochschulen verpflichtet seien, an vorderster Front der Pandemiebekämpfung zu stehen, zu diesem Zweck beispielsweise blind „digitalisiert“ werden müssten, damit die Pandemie eingedämmt werde, dann wird man ins Grübeln kommen dürfen. Es ist weder Aufgabe der Politik, sich ausschließlich

auf Maßnahmen zu konzentrieren, die die Nichtverbreitung eines Virus zum Ziel haben. Noch ist es Aufgabe der Universität, sich als Pandemiebekämpfungsorganisation zu begreifen. Solche Kriegsrhetorik ist schlicht fehl am Platz. Sinn und Zweck der Universität sind Lehre und Forschung, über die sie – unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen – frei entscheidet. Und die politischen Instanzen und Organe werden gut daran tun, nicht einfach einem Virus den Krieg zu erklären, sondern die Bedingungen für die freie Entfaltung menschlichen Lebens im Fokus zu behalten.

## Literatur

- Arendt, Hannah (2017): Das Urteilen. Texte zu Kants Politischer Philosophie. Dritter Teil zu „Vom Leben des Geistes“, hrsg. von Ronald Beiner, 4. Aufl., Piper, München 2017.
- Aristoteles: Nikomachische Ethik, hrsg. von Günther Bien, 4. Aufl., Meiner Verlag, Hamburg 1985.
- Bredow, Wilfried von / Noetzel, Thomas: Politische Urteilskraft, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2009.
- Esser, Andrea Marlen: „Politische Urteilskraft. Zur Aktualität eines traditionellen Begriffs“, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Nr. 65/2017, S. 975–998.
- Kant, Immanuel: Kritik der Urteilskraft, 1. Aufl. 1790; Akademie-Ausgabe V, Walter de Gruyter, Berlin 1968.
- Kidd, Ian James / Ratcliffe, Matthew: „Welcome to Covidworld. Trying to understand Covidworld, our new altered reality where accepted norms do not apply“, in: The Critic, November 2020, <https://thecritic.co.uk/issues/november-2020/welcome-to-covidworld> [letzter Zugriff: 01.02.2021].



# Vom Pneuma zur Atemwende

Hat uns Corona den Atem verschlagen?

## KALTËRINA LATIFI

Geboren 1984 in Pristina (Kosovo), Schweizer Literaturwissenschaftlerin und Essayistin; derzeit Research Fellow an der Queen Mary University of London und Habilitandin an der Georg-August-Universität Göttingen mit einer Arbeit zur Ästhetik des literarischen Fragments.

Was ist nur mit unserem Atem geschehen? Nicht bloß der altbewährte Handschlag, auch die physiologische Notwendigkeit des Ein- und Ausatmens als Inbegriff des Am-Leben- und Lebendig-Seins steht auf dem Spiel. Plötzlich stellt der Atem des anderen eine akute Gefahr dar. Wir fürchten uns davor, uns wechselseitig zu infizieren. Was tun, wenn bei einer Notsituation eine Mund-zu-Mund-

Beatmung gefordert ist? Soll man beatmen, dabei sich und den zu Beatmen- den der allgemein drohenden Gefahr einer viralen Übertragung aussetzen? Eine virale Todesdrohung, die von einer simplen Aus- und einer ebensolchen

Einatmung ausgeht: Wer hätte sich das erträumen lassen? Gerade jetzt im Winter, da der aus der Wärme des Innern kommende Odem nach außen tritt und – sich mit der kalten Luft vermischend – eine sichtbare Gestalt annimmt, kommt es einem so vor, als würde man von Atemgeistern heimgesucht – hat sich unser Atem zu einem bösen Geist gewandelt? Immerhin kann man mittlerweile ein böswilliges Anhauchen unserer Mitmenschen als einen Anschlag auf das Leben deuten – man weiß ja nie, es könnte, um es mit Hamlet zu sagen, ein „gift’ger Anhauch“ sein. Und obwohl alles bereits 2019 begann, so breitete sich SARS-CoV-2 hauptsächlich im Jahre 2020 bedrohlich rasch aus, bis es die gesamte Welt in Atem hielt! Darf man dieses Jahr daher, wenn wir beim dänischen, gleichermaßen von Geistern geplagten Prinzen bleiben wollen, als die „wahre Spükezeit der Nacht [bezeichnen], | Wo Gräfte gähnen, und die Hölle selbst | Pest haucht in diese Welt“?

Wenn es um den Atem geht, so blüht die deutsche Sprache regelrecht auf vor lauter Redewendungen: So manches im Leben, wie gesagt, hält uns immer wieder in Atem; und ergeben sich Dinge nahezu gleichzeitig, so heißt es: Sie seien in einem oder im selben/gleichen Atem geschehen. Daher vergleicht man dieses oder jenes, wenn man sie in einem Atemzug nennt. Nach einer längeren Kraftanstrengung geraten wir außer Atem; wir müssen Atem schöpfen (oder holen). Wobei hervorzuheben gilt: Man *schöpft* Atem (wie auch Hoffnung und Zuversicht), aber man *schnappt* nach Luft – und wenn wir Luft schnappen, ergeht es uns wie Hamlet in der finalen Fechtscene: Wir sind „kurz von Athem“. Wer sich bedrängt und eingeengt fühlt, glaubt, nicht mehr frei atmen zu können. Man benötigt eben nicht nur Freiräume, sondern auch ein freies Atmen. Wer beharrlich sein Ziel verfolgt und bis zuletzt Durchstehvermögen zeigt, der hat wiederum einen langen Atem. Ganz anders ergeht es jenen, die mit ihren Kräften am Ende sind; ihnen ist der Atem ausgegangen. Und was uns allen früher oder später bevorsteht, ist der letzte Atemzug.

## ATMEN WIE EIN „UNSICHTBARES GEDICHT!“

Sich bloß nicht zu nahekommen, die Eineinhalb-Meter-Abstands- oder *Six-foot-apart*-Regelung einhalten, so Pi mal Daumen – es schien phasenweise zu gelingen, wir glaubten uns sicher. Wo die räumlichen Abstände nicht eingehalten werden konnten, musste die Maske her, oder zu gut Deutsch: ein Nasen- und Mundschutz (Ihrer Wahl). Denn unser Atem hält sich nicht an Regelungen, er nimmt sich den Raum, den er benötigt, um sich gänzlich auszubreiten und sich in alle Richtungen zu verstreuen – so wie es ihm eben gefällt. Der Atem kennt keine Grenzen; selbst die Maske kann ihn nur eindämmen. Das Verhältnis von Atem und Raum, das Raumgreifende des Atems und Atmens, hat Rainer Maria Rilke in einem seiner *Sonette an Orpheus* eindrucksvoll veranschaulicht. Den Atem setzt er mit einem sprachlichen

Gebilde gleich – ein Atem und Atmen wie ein „unsichtbares Gedicht!“ Es ließe sich in diesem Fall von einem poetischen Atem sprechen, der sich entgrenzen will, er dient dem Dichter als „Gegengewicht, | indem ich mich rhythmisch ereigne.“

Verstehen wir den Atem also nicht nur als eine Ausdrucksform (unseres Innern), sondern auch als eine konkrete Gestalt im Raum-Zeit-Kontinuum, in der sich unser Eigenes verwirklicht (sieht)? Anders gesagt – das Gedicht bezeugt, was es bedeutet, wenn einem der eigene Atem zur Sprache wird und nach außen tritt: „Erkennst du mich, Luft, du, voll noch einst meiner Orte?“ Wie aber entfaltet sich Poesie und Poetisches, wenn ein Mundschutz die freie Atmung beeinträchtigt? Hält die Maske womöglich nicht nur die Viren, sondern auch die Inspiration zurück? Hat uns Corona vielleicht, indem es uns den Atem verschlagen hat, auch die Sprache verschlagen? Müssen wir sprachliterarische Spätfolgen befürchten? „Sey du gewiß, wenn Worte Athem sind, | Und Athem Leben ist, hab’ ich kein Leben, | Das auszuathmen was du mir gesagt“ – heißt es in *Hamlet*.

Was für die Poesie gilt, gilt nicht minder für den Alltag: Seit wir Masken, pardon: Nasen- und Mundschutz, tragen, bleibt die zwischenmenschliche Alltagskommunikation auf der Strecke: Nicht nur auditiv, weil wir manchmal nur schwer hören können, was unser Gegenüber sagt, sondern auch visuell: Lippenlesen ist zu einem Ding der Unmöglichkeit geworden. Und so manches Nuscheln, dem wir jetzt mit einem „Wie bitte?“ entgegen, konnten wir zu Zeiten vor Corona noch eigen-äugig entziffern, indem wir einfach (das heißt meistens unbewusst) der Mundbewegung folgten, sodass man gelegentlich die paradoxe Erfahrung machen konnte, das Gesagte zu verstehen, noch bevor man es zur Gänze gehört hatte.

## ANSPIELUNG AUF DIE EIGENE GEGENWART

Ist man noch Mensch ohne Atem? Man denke an Edgar Allan Poes frühe Erzählung *Loss of Breath* (*Der verlorene Atem* oder auch *Der Atemverlust*), worin analog zum Motiv des „verlorenen Schattens“ bei Chamisso und E. T. A. Hoffmann eine Erzählfigur sich auf die Suche nach ihrem verlorenen Atem macht. Das Ich, das diesen Verlust erlitten hat, lernt, damit zu leben – atemlos und doch gefasst, eingedenk der ironischen Einsicht, dass es auf diese Weise zumindest keinen Erstickungstod mehr erleiden müsse. Oder etwa bei Shakespeare, der sich bekanntlich 1593 angesichts einer in London wütenden Pestepidemie in Selbstquarantäne begab und während der erzwungenen Pest-Auszeit fleißig schrieb, unter anderem seine berühmten Sonette. Der erzwungene Rückzug hatte seine literarische Produktivität offensichtlich nicht hemmen können. Das im Ausnahmezustand gleichfalls entstandene Langgedicht *Venus und Adonis* handelt zwar primär von der (unerfüllten) Liebe,

die, je heftiger man liebt, umso tragischer enden muss, doch auf einer anderen Ebene thematisiert der Barde dort auch den wechselseitigen pneumatischen Austausch, der gerade in seiner Zeit eben nicht nur für ein organisches Verschmelzen beider Seiten stand, sondern umgekehrt die Todesgefahr mitreflektierte. Was einst Leben bedeutete, war nun des Todes Vorbote: „Er, der unwillig und gezwungen leidet, | Haucht ihr in’s Antlitz, schöpft keuchend Luft; | Und sie, die sich an seinem Athem weidet, | Nennt ihn der Grazien Hauch, des Himmels Duft.“ Shakespeare thematisiert hier Infektiosität überhaupt, im guten wie im schlechten Sinne, sei es auf der einen Ebene der Liebreiz eines Adonis, der sich in Venus einnistet und sie so virale Höhenflüge erleben lässt, oder sei es auf der anderen Ebene die versteckte Anspielung auf die eigene Gegenwart, in der jede Atemwende, von Mensch zu Mensch, tödlich enden konnte. Als Adonis schwerverletzt auf dem Boden liegt und dabei ist zu verschwinden – er verwandelt sich in eine Blume –, entschwindet sein Atem mit ihm. Venus pflückt die Blume und „wähnt Adonis Athem aufzuküssen“. Wo der Atem aussetzt, hört auch das Leben auf. Gleichermäßen gilt jedoch umgekehrt: Wo Atem ist, besteht Infektions- und das heißt auch Lebensgefahr.

## „NUN MUSS SICH ALLES, ALLES WENDEN“

Die Lebensluft, oder das Pneuma, das man auch als *anima* und *spiritus*, also als Geist bezeichnet, steht zunächst für ein inneres Lebensprinzip. In diesem Fall ist die infektiöse Übertragung willkommen. Wir können uns glücklich schätzen, einen Funken Pneuma ergattert zu haben und so, wenn auch nur fragmentarisch, an einer übergeordneten Kraft teilzuhaben. Als Europa der Atem auszugehen drohte, dichtete Ludwig Uhland in seinem Gedicht *Frühlingsglaube* (1812/13) die sprichwörtlich gewordene Zeile – sie war jahreszeitlich ebenso wie politisch gemeint, und zwar als Vorgriff auf die dann einsetzenden sogenannten Befreiungskriege: „Nun muß sich alles, alles wenden.“ Einhundertfünfzig Jahre später befand dies auch Paul Celan und bezog es auf den Atem in seinem nicht minder markanten, einprägsamen Begriff der „Atemwende“. Darin ist vom „Steinatem“ die Rede, von Gesprächen „von Rauchmund zu Rauchmund“, und davon: „[...] zwei | Brandwolken Atem | graben im Buch, | das der Schläfenlärm aufschlug“. Es ist ein Atem, der nicht mehr als selbstverständlich gelten kann. Wenn er sich „wendet“, dann wohin? Gibt es danach einen neuen Aufbruch, wie Uhland das vermutete, ja ersehnte? Und was bedeutet das für unsere Zeit – befinden auch wir uns im Aufbruch? Wird nach Corona alles anders und das heißt auch besser? Was wird geschehen mit unserer Erinnerung, wenn die Impfung uns den Weg in den heute schmerzlich vermissen Alltag ebnet? Werden wir die Besonderheit eines freien Atemzugs noch zu schätzen wissen?

In einer großen vierteiligen Installation (*Atemwende: A Breathturn*, 2013) hat Edmund de Waal hartweiÙe Keramiken in unregelmäßiger Abfolge in gleichfalls weiÙen, schmalfächerigen Hängeregalen aufgestellt, die so AtemgefäÙe und Atemvorräte symbolisieren. Eine ähnliche Suche, jedoch nach „Atemkristallen“ ging von Celans Gedicht aus. Atemkristalle, die seine Frau Gisèle Celan-Lestrange wiederum in Radierungen verbildlichte. Auch diese Radierungen besagen: Die Atemwege, sie sind unergründlich, und das selbst dann, wenn sie greifbare Formen annehmen. Ebenso unergründlich (wenn auch wissenschaftlich messbar) ist das, was durch die Atemwege nach auÙen strömt, namentlich Kleinstpartikel, also Aerosole, und Mundfeuchtigkeit in Form von Tröpfchen, wenn wir beispielsweise Vokale und Konsonanten prononciert aussprechen. Sie bleiben dem menschlichen Auge in der Regel unsichtbar; zum Glück, möchte man meinen, sonst sähe man nichts mehr vor lauter ausgeatmeter Lungenstaubwolken, in denen sich womöglich, weil Sprechen ohne Atem nicht denkbar ist, das ein oder andere Wort festgehangen hat. Wie sich solche Aerosol-Wölkchen ausbreiten und dabei einen wundersam visuell-ästhetischen Reiz ausströmen können, haben Choristen des Bayerischen Rundfunks gezeigt, die sich bei einer wissenschaftlichen Untersuchung als Probanden zur Verfügung stellten. Den eingeatmeten Rauch lieÙen sie „Freude, schöner Götterfunken“ singend wieder entströmen.

### „DER ATEM BESPRICHT DIE MASKE“

Was daraus resultierte, waren nicht nur wissenschaftliche Daten zur Etablierung eines sinnvollen Sicherheitsabstandes, sondern vor allem kunstvolle visuell-auditive Bilder unseres Stimmatem; amorphe, diffuse Formen, denen es gelingt, auch bei einer eng ansitzenden Maske jede kleinste Öffnung zu nutzen, um sich dann frei zu bewegen und nach Belieben auszubreiten.

Inzwischen aber blüht die Corona-Literatur. Die einschlägigen Veröffentlichungen jagen einander in atemloser Folge. Überlassen wir der Lyrik das letzte Wort, ihr, die sich seit Friedrich Hölderlins großer Hymne *Patmos* auf das durch den Atem, das Pneumatische inspirierte und daher zum Gesang fähige Wort versteht wie keine Kunstform sonst: „Der Atem bespricht die Maske | Die Augen lächeln für den Mund“ heißt es in einem Gedicht von Matthias Buth (*Die weiÙe Pest. Gedichte in Zeiten der Corona*).

Halten wir denn vorerst weiter den Atem an, damit er unserer Kultur nicht vorzeitig ausgeht.

# Annus horribilis

Ein Jahr COVID-19-Pandemie und die WHO

### ILONA KICKBUSCH

Geboren 1948 in München, Gründerin des globalen Gesundheitszentrums („Global Health Centre / Centre de Santé Mondiale“), Hochschulinstitut für internationale Studien und Entwicklung, Genf (Schweiz).

Am 30. Januar 2020 rief der Direktor der Weltgesundheitsorganisation (*World Health Organization*, WHO), Tedros Adhanom Ghebreyesus, den internationalen Gesundheitsnotstand aus. Er folgte damit der Empfehlung des Dringlichkeitsausschusses, den er nach Vorgaben der Internationalen Gesundheitsvorschriften (*International Health Regulations*, IHR) zum zweiten Mal binnen einer Woche zusammengerufen hatte. Zu diesem Zeitpunkt

wusste man von etwa einhundert Ansteckungen weltweit mit einem neuen Virus. Über das Virus, das in Wuhan (China) im Dezember identifiziert worden war, war nur wenig bekannt. China hatte – ebenfalls im Rahmen der IHR – die WHO am 31. Dezember über ein unübliches Cluster von Lungenerkrankungen informiert. Die WHO legte einen detaillierten Zeitablauf dieser umstrittenen ersten Phase vor.<sup>1</sup>

So begann eine der schwierigsten Perioden in der Geschichte der WHO: Nur wenige Länder folgten ihrer Warnung, obwohl man 2005 nach der SARS-Pandemie die Handlungsschritte im Falle einer Pandemie gemeinsam verabschiedet hatte. Mitte März, als die europäischen Länder und auch Deutschland zu handeln begannen, war das Virus bereits um die

ganze Welt gewandert und ließ sich durch die zu späten und halbherzigen Maßnahmen, die viele Länder nun ergriffen, nicht mehr eindämmen. Mittlerweile gab es weltweit über einhundert Millionen Infizierte und circa zwei Millionen Tote.<sup>2</sup>

Zudem fiel der Beginn der Pandemie mitten in die Zuspitzung des geopolitischen Konfliktes zwischen den USA und China. Die Trump-Administration postulierte eine unzulässige Abhängigkeit der WHO und ihres Generaldirektors von China und beließ es nicht bei der Verweigerung der Zusammenarbeit, sondern torpedierte sie geradezu: nicht nur in Genf und New York, sondern auch in den G7- und G20-Verhandlungen. Der Weg, eine konsequente kollektive Antwort auf diese Weltkrise zu finden, war versperrt. Schlussendlich beschloss Donald Trump den Austritt aus der WHO.<sup>3</sup>

## ERSCHÜTTERTES VERTRAUEN

Das geopolitische Kalkül der amerikanischen Regierung hatte noch andere Konsequenzen: Die Tweets des Präsidenten und die weltweiten diplomatischen Vorstöße seiner Vertreter trugen dazu bei, dass das Image der WHO in der ersten Phase der Pandemie nicht das beste war. Das Vertrauen in die Organisation war erschüttert, die Ausbreitung des Virus wurde – besonders in den westlichen Medien – einer schwachen, politisch einseitig ausgerichteten Organisation zugeschrieben. Viele der politischen Kommentatoren hatten sich noch nie mit globaler Gesundheit beschäftigt: Weder wussten sie von der eingeschränkten Handlungsfähigkeit der WHO als Mitgliederorganisation, noch

war ihnen bekannt, wie begrenzt die Budgets der Organisation sind.<sup>4</sup>

Ein Jahr später und nach der Wahl eines neuen US-Präsidenten haben sich viele der Vorwürfe relativiert, wie der Zwischenbericht des *Independent Panel for Pandemic Preparedness and Response* (IPPR), einer unabhängigen Kommission, zeigt. Die Erklärungslast verschiebt sich zusehends. Eines der IPPR-Mitglieder, die kanadische Kinderärztin Joanne Liu, frühere Präsidentin von „Ärzte ohne Grenzen“, formuliert: „Für mich ist die größte Frage, warum die meisten Länder – mit Ausnahme einiger asiatischer Länder – in den sechs bis acht Wochen nach der Erklärung des Gesundheitsnotstandes die Hände in den Schoß gelegt haben.“ Dazu muss man wissen: Nach dem Ebola-Ausbruch 2014/15 in Westafrika war Liu eine der schärfsten Kritikerinnen der WHO.<sup>5</sup>

Man stelle sich eine unterfinanzierte Organisation vor, die sich harten politischen Angriffen ausgesetzt sieht und die – so gut es geht – ihrer Arbeit nachgeht, ohne Gegenposition beziehen zu können. Die WHO leistet fachliche Detailarbeit, deren enormer Umfang vielen Kommentatoren nicht bewusst ist. Sie hat im vergangenen Jahr unzählige Expertentreffen abgehalten, um Empfehlungen für Fachleute zu entwickeln. Diese Empfehlungen bestimmen – unter Einbeziehung der Öffentlichkeit – das medizinische Handeln in den einzelnen Ländern. Die Netzwerke der WHO bestehen aus Tausenden von Wissenschaftlern und Experten aus der ganzen Welt. Sie werden vom *Chief Scientific Advisor*, einer neu geschaffenen Position, koordiniert. Sie ist neben dem Leiter des Notfallprogramms während der Pandemie eine der wichtigsten Personen in der WHO.

Auch die Öffentlichkeitsarbeit der Organisation wurde neu aufgestellt. Um die wissenschaftlichen Erkenntnisse auf breiter Basis verfügbar zu machen, institutionalisierte die WHO regelmäßige Pressekonferenzen, inzwischen 120 an der Zahl. Sie sind bis heute alle online abrufbar. Die WHO etablierte eine Zusammenarbeit mit den großen Social-Media-Plattformen, um der Corona-Desinformation entgegenzutreten, und kooperierte mit Influencern und Popstars wie Lady Gaga, um ein breites Publikum zu erreichen. 38 Informationstreffen für die Mitgliedstaaten fanden im vergangenen Jahr statt. Die Webplattform *OpenWHO* wurde eingerichtet, um Gesundheitsarbeiter auf der ganzen Welt auf dem Laufenden zu halten. Die Zahlen sprechen für sich: 4,7 Millionen Einschreibungen für 149 Kurse, die in 44 Sprachen angeboten werden.<sup>6</sup>

## NEUE FORMEN DER ZUSAMMENARBEIT

Neben vielen anderen Initiativen war und ist die Arbeit zu den COVID-19-Impfstoffen zentral. Derzeit befinden sich weltweit 52 Impfstoffkandidaten in der Entwicklung. Einige Impfstoffe werden bereits angewendet. Für die WHO stand die gerechte weltweite Verteilung der Impfstoffe, Medikamente und Diagnostika von Anfang an im Vordergrund. Eine der wichtigsten Initiativen war es, gemeinsam mit anderen globalen Gesundheitsakteuren – aus den WHO-Mitgliedstaaten, der Wissenschaft, dem Privatsektor, anderen internationalen Organisationen sowie Stiftungen – im April 2020 den *Access to COVID-19 Tools (ACT) Accelerator* ins Leben zu rufen.

Integraler Teil davon ist COVAX (*Covid-19 Vaccines Global Access*), eine Organisation, die gegründet wurde, um Impfstoffe gerecht zu verteilen: durch neue Formen der Zusammenarbeit und eine Finanzierung, die ärmeren Mitgliedsländern erlaubt, preiswertere Impfstoffe zu erwerben. Zudem organisiert COVAX die Beschaffung und die Verteilung der Impfstoffe.<sup>7</sup>

## NATIONALE EGOISMEN UND PANDEMIEBEKÄMPFUNG

Trotz signifikanter Finanzierungszusagen aus den reichen Ländern inklusive der Europäischen Union – derzeit etwa zehn Milliarden US-Dollar – fehlen weitere 23 Milliarden US-Dollar. Im Pandemiefall werden Mittel für die globale Gesundheit nicht mehr in Millionen, sondern in Milliarden berechnet! Erst langsam dringt durch, dass diese Beträge verschwindend gering sind, setzt man sie zu den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie ins Verhältnis. Und doch ist es erschütternd, dass die WHO sich nicht einfach auf ihre Arbeit konzentrieren kann, sondern die Gelder für die Pandemiebekämpfung geradezu einfordern muss. Auch wird immer deutlicher: Je länger die Pandemie andauert, umso schwieriger wird es aufgrund des innenpolitischen Drucks in den Mitgliedsländern, Gelder für die weltweite Pandemiebekämpfung zur Verfügung zu stellen. Die Debatte um den Zugang zu Impfstoffen verdeutlicht dies derzeit in Europa.<sup>8</sup>

Die Hoffnung liegt jetzt auf der G7 und der G20, kann man doch nun wieder mit den multilateral positiv eingestellten USA zusammenarbeiten. So hat die G20 eine Kommission eingerichtet, in der

führende Ökonomen Vorschläge erarbeiten, wie globale öffentliche Gesundheitsgüter – etwa Impfstoffe – oder die Arbeit der WHO verlässlich und ausreichend finanziert werden können. Hier kommt es auch auf die Stimme Deutschlands und der Bundeskanzlerin an – das gilt ebenfalls für den geplanten G20-EU-Gipfel zur globalen Gesundheit im Mai 2021.<sup>9</sup>

Seit 2005 hat die WHO sechsmal einen internationalen Gesundheitsnotstand ausgerufen: während des Ausbruchs von H1N1 (der sogenannten Schweinegrippe), von Polio, SARS, des Zika-Virus und zwei Mal wegen eines Ebola-Ausbruchs. Und auf jede dieser Krisen folgten Vorschläge zur Reform der WHO. Wissenschaftler, Thinktanks, Kommissionen und Mitgliedsländer unterbreiteten umfangreiche Empfehlungen, von denen die wenigsten umgesetzt wurden: weil sie die Mitgliedsländer in ihrer Handlungsfreiheit (Souveränität) beschränkt hätten oder weil höhere und regelmäßige Beitragszahlungen an die WHO notwendig gewesen wären.

So verhält es sich auch in der jetzigen Pandemie. Mehrfach wurde vorgeschlagen, die Internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR) anzupassen: Insbesondere die Vorschriften in Bezug auf den Personenverkehr und Grenzsicherungen bedürfen dringend der Überarbeitung. Doch die Bedenken sind groß, in der derzeitigen geopolitischen Situation die Vorschriften neu zu verhandeln – man könnte mehr verlieren als gewinnen. Im Pandemiefall führt das zu Problemen für die WHO: Sie muss sich an Vorschriften halten, die eigentlich überholt sind, und die Mitgliedstaaten handeln jeder allein für sich.<sup>10</sup>

Deutschland spielt in den Reformverhandlungen eine wichtige Rolle. Es hat

einen Sitz im Exekutivrat der WHO und tritt vehement für eine Erhöhung des Regelarbeitrags ein: Deutschland ist einer der wichtigsten Geldgeber der WHO. Im Rahmen der EU-Zusammenarbeit setzt es sich für eine starke WHO ein und hat gemeinsam mit Frankreich einen umfassenden WHO-Reformvorschlag eingereicht. Die Arbeitsgruppe, die die Internationalen Gesundheitsvorschriften prüft, wird vom Direktor des Robert Koch-Instituts geleitet. Die deutsche Stimme hat großes Gewicht und deshalb auch besonders viel Verantwortung. Daher wird das Verhalten Deutschlands in der Impfpolitik auch besonders genau beobachtet. Es steht viel internationale Glaubwürdigkeit auf dem Spiel.<sup>11</sup>

## STARKER EINSATZ DER EUROPÄISCHEN UNION

Die ersten sechs Monate des Jahres 2020 waren sicher ein *Annus horribilis* für die WHO. Zu allem Überfluss mussten die meisten Treffen und Verhandlungen, auch die konstitutiven Treffen des Exekutivrats sowie die Weltgesundheitsversammlung, virtuell abgehalten werden. Dennoch haben sich neue Konstellationen ergeben. Insbesondere der starke Einsatz der Europäischen Union für die WHO war von entscheidender Bedeutung. Dieser Schulterschluss könnte künftig noch wichtiger werden. Der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, hat ein neues internationales Pandemieabkommen angeregt.<sup>12</sup> Am 20. Januar 2021 äußerte sich der Generaldirektor der WHO positiv über diese Initiative. Nun sind auf verschiedenen Ebenen Arbeitsgruppen eingerichtet worden, um den Vorschlag

weiter auszuarbeiten. Es liegt ein Gefühl in der Luft, dass nur jetzt, während die Krise noch anhält, die Chance auf ein neues gemeinsames Vorgehen besteht. Man will, wie der Soziologe Ulrich Beck es vielleicht ausgedrückt hätte, den kosmopolitischen Moment nutzen.<sup>13</sup>

## DIE KOSTEN MANGELNDER SOLIDARITÄT

Für die WHO steht jedoch derzeit nur ein Thema im Vordergrund: der „moralische Bankrott“ bei der globalen Impfstoffverteilung. Den reichen Ländern, so eine aktuelle Studie, wird die Rechnung vorgelegt werden: Die 23 Milliarden US-Dollar, die wegen des Impfnationalismus für ACT-A fehlen, werden zu einer globalen ökonomischen Krise führen, die schlussendlich auf 4.000 Milliarden US-Dollar beziffert wird.<sup>14</sup> Mangelnde globale Solidarität ist also nicht nur moralisch verwerflich, sondern auch wirtschaftspolitisch unverantwortlich.<sup>15</sup>

Die Daten des Artikels beziehen sich auf Januar 2021.

<sup>1</sup> World Health Organization: Listings of WHO's response to COVID-19, Statement, 29.06.2020, [www.who.int/news/item/29-06-2020-covid-timeline](https://www.who.int/news/item/29-06-2020-covid-timeline) [letzter Zugriff: 02.02.2021].

<sup>2</sup> Coronavirus-Erkrankung (COVID-19): Veränderung pro Tag, [www.google.com/search?client=firefox-b-d&q=worldwide+covid+figures](https://www.google.com/search?client=firefox-b-d&q=worldwide+covid+figures) [letzter Zugriff: 02.02.2021].

<sup>3</sup> Elijah Wolfson: „Trump Said He Would Terminate the U.S. Relationship With the W.H.O. Here's What That Means“, in: TIME, 04.06.2020, <https://time.com/5847505/trump-withdrawal-who/> [letzter Zugriff: 02.02.2021].

<sup>4</sup> World Health Organization: How WHO is funded, [www.who.int/about/funding](https://www.who.int/about/funding) [letzter Zugriff: 02.02.2021].

<sup>5</sup> The Independent Panel for Pandemic Preparedness & Proposals: An Evidence-based Quest to Protect Human Health, <https://theindependentpanel.org/> [letzter Zugriff: 02.02.2021].

<sup>6</sup> World Health Organization: Consolidated report by the Director-General, 12.05.2020, [https://apps.who.int/gb/ebwha/pdf\\_files/WHA73/A73\\_4-en.pdf](https://apps.who.int/gb/ebwha/pdf_files/WHA73/A73_4-en.pdf) [letzter Zugriff: 02.02.2021].

<sup>7</sup> World Health Organization: The Access to COVID-19 Tools (ACT) Accelerator, [www.who.int/initiatives/act-accelerator](https://www.who.int/initiatives/act-accelerator) [letzter Zugriff: 02.02.2021].

<sup>8</sup> Angela Dewan: „A fight between the EU and UK reveals the ugly truth about vaccine nationalism“, in: CNN, 30.01.2021, <https://edition.cnn.com/2021/01/30/europe/uk-eu-astrazeneca-vaccine-nationalism-gbr-intl/index.html> [letzter Zugriff: 02.02.2021].

<sup>9</sup> Banca d'Italia: The G20 establishes a High Level Independent Panel on financing the Global Commons for Pandemic Preparedness and Response, 27.01.2021, [www.bancaditalia.it/media/notizia/the-g20-establishes-a-high-level-independent-panel-on-financing-the-global-commons/](https://www.bancaditalia.it/media/notizia/the-g20-establishes-a-high-level-independent-panel-on-financing-the-global-commons/) [letzter Zugriff: 02.02.2021].

<sup>10</sup> World Health Organization: International Health Regulations, 2. Aufl., 01.01.2008, [www.who.int/publications/i/item/9789241580410](https://www.who.int/publications/i/item/9789241580410) [letzter Zugriff: 02.02.2021].

<sup>11</sup> Priti Patnaik: Interview mit Björn Kümmel, Vice Chair, WHO Executive Board, in: Health Policy Watch, 26.01.2021, <https://healthpolicy-watch.news/interview-bjorn-kummel-who-executive-board/> [letzter Zugriff: 02.02.2021].

<sup>12</sup> Europäischer Rat: Press release by President Charles Michel on an international Treaty on Pandemics, Pressemitteilung, 03.12.2020, [www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/12/03/press-release-by-president-charles-michel-on-an-international-treaty-on-pandemics/](https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/12/03/press-release-by-president-charles-michel-on-an-international-treaty-on-pandemics/) [letzter Zugriff: 02.02.2021].

<sup>13</sup> Domenica Dreyer-Plum: „Corona kosmopolitisch“, in: Die Politische Meinung, Nr. 563, Juli/August 2020, [www.kas.de/de/web/die-politische-meinung/artikel/detail/-/content/corona-kosmopolitisch](https://www.kas.de/de/web/die-politische-meinung/artikel/detail/-/content/corona-kosmopolitisch) [letzter Zugriff: 02.02.2021].

<sup>14</sup> Cem Çakmaklı et al.: „The Economic Case for Global Vaccinations: An Epidemiological Model with International Production Networks“, in: National Bureau of Economic Research, Januar 2021, [www.nber.org/papers/w28395](https://www.nber.org/papers/w28395) [letzter Zugriff: 02.02.2021].

<sup>15</sup> UN News: WHO chief warns against „catastrophic moral failure“ in COVID-19 vaccine access, 18.01.2021, <https://news.un.org/en/story/2021/01/1082362> [letzter Zugriff: 02.02.2021].

# Ein Ende des Schreckens?

Der Chef des Bundeskanzleramts über die Entscheidungsfindung in der Pandemie, die Bedeutung niedriger Infektionszahlen und die Perspektiven nach der Krise

## HELGE BRAUN

Geboren 1972 in Gießen, Arzt, Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Staatsminister a. D., seit 2018 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts.

**Herr Bundesminister, vor rund einem Jahr begann der erste Lockdown. Was wären die entscheidenden Phasen in einer kurzen, aber inzwischen zu lang erscheinenden „Pandemie-Geschichte“?**

**Helge Braun:** Nach einem Jahr Pandemie haben wir mehrfach erfahren, dass ein Virus auch über die Jahreszeiten sein Gesicht ändert, dass es zu Mutationen kommen kann. Politik und Bevölkerung müssen sich immer wieder auf neue Situationen einstellen. Diese enorme Anstrengung wäre so etwas wie der rote Faden.

Die erste Phase der Pandemie mit dem frühen und entschlossenen Lockdown und mit daher sehr niedrigen Infektionszahlen, die die Gesundheitsämter



Foto: © Tobias Koch

gut nachverfolgen konnten, verlief für Deutschland glimpflich. Länder, die ähnlich vorgingen, hatten ähnliche Erfolge. Demgegenüber mussten wir erfahren, dass die Situation seit November 2020 mit höheren Infektionszahlen, die nur mit Mühe in einem Korridor gehalten werden konnten, vor allem im Gesundheitswesen zu sehr großen Belastungen führt. Und deshalb bleibt das Ziel richtig, in einer Pandemie die Infektionszahlen niedrig zu halten, was für ein so vernetztes Land wie Deutschland allerdings extrem schwierig ist.

Dennoch zeigt sich, wie viel man erreichen kann. So sind die Zahlen des Sommers nicht nur der Witterung zuzuschreiben – der Unterschied zwischen Sommer und Winter macht höchstens zwanzig Prozent aus. Vielmehr hat es damit zu tun, dass bei niedrigen Zahlen die Beherrschung der Pandemieentwicklung über die Gesundheitsämter weit besser funktioniert.

**Von einem „verschlafenen Sommer“ ist teils die Rede. Trägt dieser Eindruck?**

**Helge Braun:** Dieser Eindruck ist falsch. Vielmehr war es so, dass wir im Sommer alles getan haben, um die niedrigen Zahlen unterhalb einer Inzidenz von 50 zu stabilisieren – durch verbesserte personelle Ausstattung der Gesundheitsämter, durch Verfügbarmachung von Schutzausrüstungen, insbesondere der FFP2-Masken beispielsweise. Als sich zum Winteranfang dennoch die Zahlen verschlechterten, hatte die Pandemie wegen der niedrigen Todes- und Infektionszahlen viel an Schrecken verloren; mancher glaubte nicht mehr an eine zweite Welle. So hat die Vorsicht nachgelassen, und das Virus konnte sich im Herbst wieder ausbreiten. Insofern ist es auch aktuell der zentrale Punkt, die Schutzmaßnahmen stark zu erhalten und nicht nachzulassen.

**Anfang 2020 war COVID-19 ein unbekanntes Virus. Mindestens wegen der neuen Varianten bleibt es das auch 2021. Weitreichende politische Entscheidungen müssen getroffen werden – notgedrungen teils auf der Grundlage von unsicherem Wissen. Können Sie skizzieren, wie Sie mit diesem Problem umgehen?**

**Helge Braun:** In Situationen mit niedriger Dynamik kann man es sich erlauben, mit weiteren Gutachten eine solide Evidenzbasis zu schaffen. Aber in einer Pandemie muss man nach dem Vorsorgeprinzip arbeiten. Der Maßstab bei der Wahl der Handlungsoptionen ist dann, sich sowohl eher positive als auch eher negative Entwicklungen vor Augen zu führen. Was keinesfalls geschehen darf, ist, dass sich die Politik in eine Situation begibt, in der sie riskiert, die Kontrolle zu verlieren. Je größer dieses Risiko ist, desto ernster muss sie es nehmen, selbst wenn seine Eintrittswahrscheinlichkeit gering ist. Beispielsweise jetzt, beim Auftreten neuer Mutanten, dürfen wir mit Entscheidungen nicht warten, bis sich in einigen Monaten die zusätzlichen Ansteckungswerte zuverlässig berechnen lassen.

**Prognosen in unsicherer Lage sind heikel. Dennoch zeigen Sie sich überzeugt, dass die Pandemie bis zum Sommer überwunden werden könne. Was macht Sie so zuversichtlich – vielleicht auch die Wahrnehmung, dass eine stark beanspruchte Bevölkerung positive Signale benötigt?**

**Helge Braun:** In einer Naturkatastrophe dieses Ausmaßes sollte man keinen Zweckoptimismus verbreiten, sondern ein

realistisches Bild zeichnen. Ungedeckte optimistische Annahmen und Horror-szenarien gibt es genug. Das mahnt zur Vorsicht, aber bei aller Vorsicht bleibe ich dabei, dass durch das Impfen in diesem Jahr die realistische Chance besteht, der Pandemie ihren Schrecken zu nehmen. Wenn wir es schaffen, den überwiegenden Teil der erwachsenen Bevölkerung zu impfen, kann man zu einem normalen Leben zurückkehren.

Das ist ein realistischer Blick auf die Zukunft, aber eine Garantie dafür gibt es natürlich nicht. Daneben bereiten wir uns auch auf eher unwahrscheinliche, aber schwerwiegende Szenarien vor – etwa für den Fall, dass sich eine Mutante entwickeln sollte, gegen die alle Impfstoffe eine erheblich reduzierte Wirksamkeit aufweisen.

**Alle Hoffnung ruht auf den Impfungen. Nur wenig ist noch vom Wunder der rasend schnell entwickelten Vakzine die Rede, aber umso mehr von den Problemen beim Impfprozess. Das müsste man doch eigentlich bedauern?**

**Helge Braun:** In einer Situation, in der die Bevölkerung seit Monaten starke Einschränkungen hinnehmen muss, halte ich es für völlig normal, dass sich jeder nichts sehnlicher wünscht, als jetzt viel Impfstoff zu haben, um eine schnelle Rückkehr zur Normalität zu ermöglichen. Die Ungeduld ist verständlich und in Ordnung.

Wenn man demnächst auf die Pandemie zurückblicken wird, dann wird man es fraglos als wissenschaftliche Glanzleistung ansehen, dass in so kurzer Zeit so neuartige Impfstoffe mit einem so hohen Wirkungsgrad entwickelt werden konnten. Im Rückblick wird darüber hinaus

deutlich werden, dass das Ausmaß der Produktionssteigerung, das derzeit erreicht wird, ebenfalls eine erstaunliche Anstrengung und einen großen Erfolg der Wirtschaft darstellt. Solange der Impfstoff knapp ist, empfindet das aber kaum jemand so. Aber das Ziel ist, Impfstoffe in einer Größenordnung zu produzieren, die es noch nie gegeben hat.

**Der Soziologe Wolfgang Streeck hat ironisch festgestellt, dass seine Disziplin nicht am „pandemischen vaterländischen Hilfsdienst“ beteiligt worden sei. Gibt es ein Übergewicht der Naturwissenschaftler und Mediziner bei der wissenschaftlichen Beratung der Bundesregierung?**

**Helge Braun:** Es wurden sehr viele Gutachten erstellt, und auch unsere Wissenschaftsakademie Leopoldina hat mehrfach Stellungnahmen abgegeben. Bei vielen dieser Expertisen war die ganze Breite der betroffenen Disziplinen eingebunden – für wirtschaftliche Folgen Ökonomen, für soziale Fragen Sozialwissenschaftler oder auch viele Pädagogen mit Blick auf die Konsequenzen im Bildungssystem, die uns sehr in Atem halten.

Mir fällt aber auf, dass wir daraus oft eine Debatte aus Gegensätzen konstruieren, als ob die wirtschaftliche Erholung im Widerspruch zur sozialen Lage der Menschen und diese wiederum im Widerspruch zu den gesundheitlichen Erfolgen in der Pandemie stehen würde. Doch wenn man die Situationen in Ländern mit hohen und niedrigen Infektionszahlen vergleicht, stellt sich heraus, dass die verschiedenen Dimensionen der Pandemiebekämpfung am Ende gleich verlaufen und daher zusammen betrachtet werden

müssen. Länder, die es schaffen, die Infektionszahlen extrem niedrig zu halten, haben eine bessere Gesundheits- und Wirtschaftslage und auch weniger soziale Verwerfungen.

**Die einen verfechten eine „No-COVID-Strategie“, die der Pandemiebekämpfung alles andere unterordnet. Andere befürworten einen weniger flächendeckenden Umgang mit der Krise und beklagen die Nichtbeachtung von Kollateralschäden – etwa bei den Auswirkungen auf Familien und Kinder. Wie bewerten Sie diese Ansätze?**

**Helge Braun:** Alle Strategien verfolgen das gleiche Ziel: die Normalisierung des gesellschaftlichen Lebens. Dabei zeigt sich auch international, dass man sich dort, wo die Infektionszahlen sehr niedrig sind, am freiesten bewegen kann. Wo aber die Infektionszahlen so gestiegen sind, dass eine Überlastung des Gesundheitswesens droht oder eintritt, hat das massive Auswirkungen auf das gesamte soziale und das wirtschaftliche Leben.

Kaum ein Land hat es bei sehr hohen Infektionszahlen als ethisch akzeptabel empfunden, keine Beschränkungen vorzunehmen. Umgekehrt hat sich die Bevölkerung oft selbst zurückgenommen, bevor es bei hohen Inzidenzen zu formellen Beschränkungen kommt. Die Vorstellung erscheint mir unrealistisch, dass jemand mit der Aussicht, im Falle einer schweren Erkrankung kein Bett mehr auf der Intensivstation zu bekommen, irgendwelche Zukunftsinvestitionen tätigen wird. Insofern ist eine sehr niedrige Infektionslage ein Ziel, das auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Kollateralschäden minimiert.

**„Zwei Ärzte, dreierlei Meinungen“ lautet ein Sprichwort. Wie sieht es dann bei sechzehn Ministerpräsidenten aus? Sie haben ja mangelnde Konsequenz da einmal vorgeworfen.**

**Helge Braun:** Zunächst muss man sagen, dass sich der Föderalismus mit seiner Fähigkeit, regional und lokal zu handeln, auch in dieser Krise bewährt hat. Das große Problem bei den Corona-bedingt notwendigen Beschränkungen ist, dass – wenn es regionale Unterschiede gibt und sich die Verhaltensregeln in kürzerer Frist wegen der Pandemieentwicklung immer wieder ändern und ändern müssen – es extrem schwierig wird, eine geschlossene Kommunikation aufzubauen.

Bei der Ministerpräsidentenkonferenz am 14. Oktober gab es aber auch unterschiedliche Einschätzungen. Damals war die Mehrheit der Bundesländer nicht bereit, Gegenmaßnahmen in der Größenordnung des Frühjahrs zu befürworten. Im Anschluss an die Konferenz haben die Bundeskanzlerin und auch ich gesagt, dass die vereinbarten Schritte nicht ausreichen, um schnell zu niedrigen Zahlen zurückzukehren.

**Das autoritär regierte China verzeichnet bei extrem höherer Einwohnerzahl weit niedrigere Infektions- und Todesraten und 2020 sogar ein Wirtschaftswachstum. Warum schneiden die westlichen Länder in diesem Systemvergleich nicht so gut ab?**

**Helge Braun:** Es gibt auch demokratisch regierte Länder, die vergleichbare Erfolge erzielen. Die Grundfrage lautet, inwieweit sich der Einzelne dem Gemeinwohl verpflichtet fühlt und sein Handeln darauf

ausrichtet. Das scheint mir in Asien ausgeprägter zu sein als bei uns. Darüber hinaus gibt es in Europa den Aspekt der intensiven Vernetzung. So sieht die WHO Europa infektiologisch als eine Einheit an. Denken Sie beispielsweise an Tagespendler im Grenzverkehr, ohne die unsere Infrastruktur etwa in Altenheimen und Krankenhäusern nicht aufrechtzuerhalten wäre.

Als wir in Deutschland relativ niedrige Infektionszahlen hatten, gab es beispielsweise in Tschechien eine Infektionswelle, die sich in Sachsen und Bayern bis heute auswirkt. Ein stärkeres gemeinsames europäisches Handeln ist daher sehr wichtig. Und das hat die Bundeskanzlerin auf dem letzten Europäischen Rat noch einmal angemahnt. Bei der Frage, ab wann wir Öffnungsstrategien erwägen, müssen die europäischen Länder eigentlich viel enger zusammenarbeiten.

**Wenn, wie erhofft, die Pandemie in ihrer akuten Gefährdung im Spätsommer überwunden sein wird: Was bleibt dann von der „Jahrhundertaufgabe“, von der die Bundeskanzlerin in ihrer Neujahrsrede gesprochen hat?**

**Helge Braun:** Im Mittelpunkt steht, dass wir uns möglichst schnell von den Folgen der Pandemie erholen. Dem Staatshaushalt haben wir in der Krise schwere Zumutungen aufgebürdet, und es stellt sich die Frage, ob man der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Steuerzahler gleich nach Ende der Pandemie die Rechnungen dafür präsentieren kann. Für eine zügige Erholung wäre es zweifellos nicht gut, jetzt mit zusätzlichen Belastungen zu reagieren. Ein Konzept für die Erholung der deutschen Wirtschaft muss seinen

Fokus auf den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen richten, damit wir sozial und wirtschaftlich gut aus der Krise kommen.

Hinsichtlich der Folgen im Bildungssystem wird es enorm wichtig sein, Angebote zu unterbreiten, mit denen sich die fehlenden Bildungsmöglichkeiten aufholen lassen, ohne dass das Verhältnis von Freizeit und Bildung für die Kinder aus dem Lot gerät. Hoffentlich werden wir nicht darüber diskutieren müssen, ob ganze Schuljahrgänge wiederholt werden sollen. Wir müssen intelligente Wege finden, um den Bildungserfolg des Jahres trotz allem sichern zu können.

Dann wird man die Frage stellen müssen, was wir für das Gesundheitssystem aus dieser Pandemie gelernt haben. Vieles wurde schon während der Pandemie optimiert, aber es gibt Lehren, die darüber hinausgehen. Darunter verstehe ich etwa die Fähigkeit, essenzielle Medizinprodukte und Wirkstoffe oder auch Schutzmasken in ausreichender Zahl in Europa produzieren zu können. Über ein so leistungsfähiges Gesundheitswesen mit hohen Intensivkapazitäten können wir froh sein; es hat uns über den Jahreswechsel sehr gut vor Schlimmerem bewahrt. Aber die großen Belastungen und die Knappheit des Personals müssen uns auch noch vor Augen stehen, wenn die Pandemie zu Ende ist.

**Ihr Vorstoß zur Lockerung der Schuldenbremse hat publizistisch große Aufmerksamkeit ausgelöst. Manche Beobachter meinten, Sie hätten innerparteilich „eine Prügelei vom Zaun gebrochen“. Wie beurteilen Sie den Debatteverlauf? Was bleibt von Ihrem Impuls?**

**Helge Braun:** Wenn man eine Erholungsstrategie favorisiert, wie ich es mit allem Nachdruck tue, und für weitere zwei Jahre keine Belastung für die deutsche Wirtschaft, weder Steuererhöhung noch zusätzliche Sozialabgaben, will; wenn ich darüber hinaus andere Ziele verfolge, wie das Senken der Strompreise, um den klimapolitischen Umstieg im Energiesystem hinzubekommen; und wenn wir noch dazu die Einhaltung unserer NATO-Verpflichtungen als treuer Bündnispartner garantieren müssen, dann wird die Debatte um die wirtschaftliche und soziale Erholung zu der Frage führen, wie wir das alles finanzieren wollen. Eine unsolide Finanzierung kommt nicht infrage und war nicht Gegenstand meines Vorstoßes. Teils ist zu pauschal über die Aussetzung der Schuldenbremse diskutiert worden. Mir geht es aber darum, wie man zu einem verbindlichen Mechanismus kommt, der möglichst schnell zu einer Rückkehr zur „schwarzen Null“ führt.

Grundsätzlich gibt es auch die Möglichkeit, die Finanzierungsfrage im bestehenden System über Artikel 115 Grundgesetz zu lösen, indem man die Schuldenaufnahme als Ausnahme im Regime der Schuldenbremse deklariert. Nur hat das aus dem Interesse der Finanzsolidität heraus ebenso einen Makel. Mich besorgt, dass – wenn man diese Ausnahme in einem Haushaltsjahr erklärt – die Verschuldungsmöglichkeit quasi grenzenlos ist. Das ist es, was mir keine Ruhe lässt, aber wir werden das in der Sache klug lösen – ganz ohne Prügelei.

*Das Gespräch führte Bernd Löhmann am 3. Februar 2021.*



# Krise und Konstitution

Verändert die Pandemie das Institutionengefüge unserer Verfassungsordnung?

## CHRISTIAN WALDHOFF

Geboren 1965 in Paderborn, Vertrauensdozent der Konrad-Adenauer-Stiftung, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Finanzrecht, Humboldt-Universität zu Berlin.

Die seit 1945 beispiellose, durch die Corona-Pandemie hervorgerufene Krise betrifft sämtliche Lebensbereiche und damit notwendigerweise auch die Rechtsordnung. Verfassungsrechtlich stehen die in Quantität wie in Qualität seit 1949 nicht gekannten Grundrechtseinschränkungen im Vordergrund und bestimmen sowohl

die Fachdiskussion als auch den politischen Streit. Daneben treten staatsorganisationsrechtliche Fragen, insbesondere die Wahl der Handlungsmittel, die Austarierung zwischen Exekutive und Legislative, die föderale Komponente und zunehmend auch Finanzierungsfragen, auf den Plan.

Der unklare Wissensstand über die medizinisch-naturwissenschaftlichen Aspekte der Pandemie ist diesbezüglich die alles überwölbende Kategorie; ein ausgesprochen dynamisches Element kommt zu der Ausnahmesituation

hinzu, ja ist geradezu ihr Kennzeichen. Bei alledem ist nach deutschem Verfassungsrecht kein *allgemeiner* Ausnahmezustand oder gar Staatsnotstand erfüllt. Ein solcher ist im Grundgesetz ausschließlich für den Verteidigungsfall vorgesehen. Das deutsche Verfassungsrecht folgt demgegenüber einem Einschränkung- statt einem Suspensionsmodell: In zahlreichen Einzelregelungen können im Notstandsfall konkrete und begrenzte Ausnahmen greifen. Das gilt im Infektionsschutzrecht bei der unmittelbaren Pandemiebekämpfung selbst (durch die Erklärung einer „epidemischen Lage von nationaler Tragweite“) ebenso wie etwa im Haushaltsverfassungsrecht des Bundes und der Länder, das für derartige Situationen Ausnahmen von der Schuldenbremse gestattet.

Die Krise ist die Stunde der Exekutive – dieser in der aktuellen Corona-Pandemie fast schon totzitierte Satz bleibt gleichwohl im Kern zutreffend. Er ist jedoch zu entfalten und einzuordnen. Die Hauptdiskussionsfelder (zumindest auf juristischer Seite) zum aktuellen Geschehen betreffen die Zulässigkeit und die Grenzen der Freiheitseingriffe gegenüber den Bürgern. Der institutionelle Rahmen der Seuchenbekämpfung, das heißt, wie und in welcher Form politische Entscheidungen zustande kommen, droht darüber aus dem Blickfeld zu geraten. These dieser Ausführungen ist es, dass das institutionelle Setting, der Rahmen, den das Grundgesetz und die Rechtsordnung auch der Krisenbekämpfung vorgibt, gerade durch die bestehenden Ungewissheitslagen besondere Bedeutung erhält. Das soll am Verhältnis zwischen Legislative und Exekutive sowie mit Blick auf die Finanzierungsprobleme der Pandemiebekämpfung erläutert werden.

Das Gewaltenteilungsschema, die Unterscheidung und Zuordnung von Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung, besitzt auch eine zeitliche Dimension: Wie zwei so unterschiedliche Staatsrechtler wie Paul Kirchhof und Christoph Möllers herausgearbeitet haben, ist Gesetzgebung im Regelfall Zukunftsgestaltung, Rechtsprechung Vergangenheitsbewältigung, während die Verwaltung die Probleme der Gegenwart zu lösen hat. Insofern hat in der Tat zunächst die Verwaltung in einer Krisensituation zu agieren. Sie besitzt zugleich das Erstzugriffsrecht und die Ersthandlungspflicht. Die gesetzliche Grundlage, aufgrund derer die Verwaltungen zu Beginn der Pandemie handeln konnten, erwies sich schnell als unzureichend. Das Infektionsschutzgesetz war auf eine derart umfassende Pandemie – trotz vorhandener Warnungen von Experten! – schlecht vorbereitet. Einen wenn auch vorübergehenden Stillstand des öffentlichen Lebens auf Basis einer denkbar weit gefassten Generalklausel anzuordnen, wäre vor „Corona“ wahrscheinlich keinem Juristen in den Sinn gekommen.

Eine denkbar schlechte Figur hat in der Krise die parlamentarische Gesetzgebung gemacht. Die schon lange bestehenden institutionellen Schwächen des Deutschen Bundestages der Regierung gegenüber wurden überdeutlich sichtbar. Von den Landtagen, die ohnehin nur noch wenig Kompetenzen

besitzen, wollen wir hier schweigen, obgleich für die Landesparlamente die Möglichkeit bestünde, statt einer *Landesrechtsverordnung* ein *Landesgesetz* zu erlassen und als handelnden Akteur die Landesregierung zugunsten des Landesparlaments zu verdrängen (Artikel 80 Absatz 4 Grundgesetz).

Das Infektionsschutzgesetz enthielt und enthält sehr weitreichende Verordnungsermächtigungen. Das Grundgesetz hat aus historischer Erfahrung bei der Ermächtigung der Exekutive zur Normsetzung strenge Maßstäbe angeordnet. Ein Ermächtigungsgesetz, das den entscheidenden Baustein der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ 1933 bildete, soll es nicht mehr geben können. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Vorgaben dahingehend konkretisiert, dass das Parlament selbst entscheiden müsse, dass es einer Programmfestsetzungspflicht unterliege und dass für den Bürger die Folgen bereits aus dem Parlamentsgesetz und nicht erst aus der darauf beruhenden Rechtsverordnung vorhersehbar sein müssten. Die Verlagerung der grundrechtseingriffsermöglichenden Befugnisse vom demokratisch legitimierten parlamentarischen Gesetzgeber auf die normsetzende Exekutive hat in der derzeitigen Situation noch nicht die nötige Aufmerksamkeit gefunden. Dem Erlass einer Rechtsverordnung durch eine Landesregierung oder ein Landesgesundheitsministerium fehlen nämlich alle Vorzüge parlamentarischer Gesetzgebung: Es gibt kein Verfahren und damit auch keine Öffentlichkeit. Rechtsverordnungen kommen buchstäblich aus der „Dunkelkammer“ der Ministerialverwaltung.

## ZURÜCKHALTENDE JUDIKATIVE

Die Vermutung liegt nahe, dass die mäßige Akzeptanz vieler rechtlicher Vorgaben in der Pandemie auch darauf beruhen, dass keine wirkliche politische Diskussion stattfinden konnte. Gegenläufige Meinungen werden regelmäßig im Gesetzgebungsverfahren artikuliert. Die Opposition – und mag sie noch so abwegig argumentieren – wird erst einmal eingebunden. Nur über das parlamentarische Verfahren können heterogene Interessen einbezogen und zu einem Ausgleich gebracht werden. Darin liegt eine erkenntnistheoretische Leistung des Parlamentarismus. Der naheliegende Einwand, dass man durch Formalismus doch keine Leben aufs Spiel setzen könne, wurde in der Krise widerlegt: Die exekutiven Abstimmungsverfahren zwischen Bundeskanzleramt und Ministerpräsidenten sind alles andere als schneidig; sie sind langwierig, ja zäh und trotzdem wenig legitimationsfördernd, da sie parlamentarische und öffentliche Debatten kaum ersetzen können.

Der Bundestag hat im Herbst schließlich das Infektionsschutzgesetz nachgebessert; da sich das Wissen über Infektion und Pandemie kontinuierlich ändert und erweitert, müsste das Parlament freilich in anderer Weise das Geschehen begleiten. Warum die Gesetzesnovelle des Infektionsschutzgesetzes

nur als „Klarstellung“ deklariert wurde, bleibt unerfindlich. Etwas mehr parlamentarischer Selbstbewusstsein und etwas mehr Kommunikation wären hilfreich.

Zur Rechtsprechung können wir bisher wenig sagen. Das liegt darin begründet, dass sich praktisch alle Verfahren vom örtlichen Verwaltungsgericht bis zum Bundesverfassungsgericht im Eilrechtsschutz bewegten und die endgültigen Entscheidungen, insbesondere der Höchstgerichte, ausstehen. Einige Vorgehensweisen in der Pandemiebekämpfung (unplausible und nicht zielführende – juristisch übersetzt: ungeeignete – Einschränkungen der Fortbewegungsfreiheit, nicht gerechtfertigte Ausnahmen für Branchen mit besonders guter Lobbyarbeit, die Verwendung der Handlungsform der Allgemeinverfügung, also eines bloßen Verwaltungsakts, um den Lockdown für ein ganzes Bundesland anzuordnen, und anderes mehr) wurden aufgehoben.

Das Bundesverfassungsgericht hat viele Maßnahmen nur deshalb auf dieser Stufe passieren lassen, weil es das Informationsproblem der handelnden Organe erkannt und berücksichtigt hat und weil die gravierendsten Maßnahmen nur befristet erlassen wurden. Kontroll- und Beobachtungspflichten der Handelnden sind dann das Mittel der Wahl. Insgesamt zeigt die Judikative eine verständliche Zurückhaltung; man darf auf die endgültigen Entscheidungen freilich gespannt sein. Das Zusammenspiel von Exekutive und Judikative hat sich meines Erachtens auch in der Krise bewährt. Gerichte können nicht abgewählt werden und damit Handeln unter Unsicherheit kaum (politisch) verantworten; sie haben staatliches Handeln aus dem Zeitpunkt und vor dem Wissenshorizont der Handlung zu beurteilen.

## FINANZIELLE FOLGEN

Durch umfangreiche Maßnahmen auf Bundes- sowie auf Landesebene (einschließlich der Kommunen) – nicht nur im Bereich des Gesundheitswesens, sondern vor allem zur Stützung der Wirtschaft und infolge des Ausbringens zusätzlicher Sozialleistungen – folgt der Gesundheits-, Grundrechts- und Wirtschaftskrise eine Finanzkrise. Anders formuliert: Die Exzeptionalität der Krise setzt sich in Bezug auf die staatliche Finanzwirtschaft fort. Auch die Staatsausgaben haben 2020 einen Höchststand erreicht und werden es auch 2021 – noch dazu bei wegbrechenden Steuereinnahmen. Dies kann nur durch eine Rekordkreditaufnahme bewältigt werden. Die Finanzierungsfrage stellt sich insofern als Folge der Reaktionen auf die Pandemiebekämpfung dar. Ohne die Freiheitsbeschränkungen im persönlichen und wirtschaftlichen Bereich wären die Staatsausgaben auf sämtlichen staatlichen Teilebenen nicht derartig explodiert. Die medizinische Bekämpfung des Virus (Beteiligung an den Kosten der Entwicklung eines Impfstoffs und so weiter) nimmt sich demgegenüber in seiner finanziellen Dimension eher bescheiden aus.

Der ganz überwiegende Teil der unvorhersehbaren Sonderausgaben ist damit nur mittelbar auf das eigentliche Seuchengeschehen zurückzuführen. Die 2009 eingeführten und seit 2020 auf allen Ebenen voll geltenden neuen Schuldenbremsen haben den Pandemiefall antizipiert: Übergreifende Seuchengeschehen wurden bei den Beratungen zur seinerzeitigen Grundgesetzänderung ausdrücklich als Beispiel für die explizit genannten Naturkatastrophen und vergleichbare Fälle gesehen. Diese Ausnahmeklauseln – richtig, das heißt durchaus großzügig, angewendet – vermögen die finanzielle Belastung einzufangen. Umso erstaunlicher ist es, dass Überlegungen, die Schuldenbremse aufzugeben, von hoher Stelle aus dem Kanzleramt heraus erfolgen. Damit wird das finanzverfassungsrechtliche Institutionensetting, das – anders als das Infektionsschutzrecht – diesen Fall vorausgesehen und „eingepreist“ hat, unnötig delegitimiert.

## REPOLITISIERUNG ALS GEGENSTRATEGIE

Es wäre in jeder Hinsicht fatal, wenn sich Strapazierungen des Institutionengefüges in der Pandemie, die gerade noch hingenommen werden könnten, verfestigten und damit zum Normalfall würden. Das wäre ebenso problematisch wie eine Gewöhnung an gravierende Grundrechtseinschränkungen. Unser freiheitliches, durch demokratisch legitimierte parlamentarische Entscheidungsprozesse gesteuertes Gemeinwesen darf sich nicht in einen sozialtechnokratischen Exekutivstaat verwandeln. Die Pandemie darf nicht zu dem Hebel werden, die parlamentarische Demokratie in einen technokratischen Verwaltungsstaat zu verwandeln. Die Dominanz naturwissenschaftlich-medizinisch geprägter Entscheider, vom Kanzleramt über das Bundesgesundheitsministerium bis hin zu den Fachbehörden, bekommt einer stark institutionell orientierten Verfassungsordnung langfristig nicht gut. Die Gegenstrategie liegt in einer Repolitisierung von Führung und Staatsleitung durch Beachtung des durch die Verfassung vorgegebenen institutionellen Settings. Das spezifisch juristisch-institutionelle muss gegenüber einem funktionalen Denken gestärkt werden. Die Pandemie hat hier schon länger latente Tendenzen deutlicher erkennbar gemacht.

Die Erfahrungen der Coronazeit werden nach Abklingen der Sonderlage nicht völlig verschwinden, dürfen jedoch nicht zur Legitimierung eines Paradigmenwandels herhalten. Das institutionelle Setting des Grundgesetzes ist gerade für die Verarbeitung von Ungewissheiten, von sich dynamisch entwickelndem Erkenntnisfortschritt durchaus ebenso gewappnet wie für die Bewältigung von Notlagen. Der freiheitliche Verfassungsstaat bedarf auch in der (Corona-)Krise der Sicherung und Verteidigung. Erst in der Krise zeigt sich der Wert unserer Institutionen.

# In den Bahnen des Rechts?

Corona und die Justiz

## KATJA GELINSKY

Geboren 1967 in Osnabrück, Referentin Recht und Politik, Hauptabteilung Analyse und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Tausende sogenannter Corona-Verfahren beschäftigen die deutsche Justiz. Ob pandemiebedingte Schließungen des Einzelhandels und der Gastronomie, Veranstaltungsverbote, Ausgangs- und Reisebeschränkungen, Maskenpflicht, Besuchsverbote in Pflegeheimen und Krankenhäusern,

Gottesdienst- und Versammlungsverbote oder Kita- und Schulschließungen – auf breiter Front wurden Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus gerichtlich angegriffen. Auch Verfahren zum Thema Impfungen ließen nicht lange auf sich warten. Von einer „Klagewelle“ und einer „Bombardierung“ der Gerichte war in den Medien die Rede.

Derart alarmistische Berichte erwecken den unzutreffenden Eindruck, als habe die COVID-19-Pandemie Justiz und Rechtsstaat in eine Krise gestürzt. Davon kann keine Rede sein. Befremdlich klang es deshalb, als einzelne Politiker mahnten, es sei unverantwortlich, gegen Corona-Maßnahmen zu klagen. Nicht minder fragwürdig ist es umgekehrt, wenn Politiker dazu aufrufen, gerichtlich gegen Corona-Restriktionen vorzugehen. Aufgabe der Politik ist es, die Pandemie im Einklang mit dem geltenden Recht zu bewältigen und die Bürgerinnen und Bürger von der Richtigkeit der ergriffenen Maßnahmen zu überzeugen. Gelingt das nicht, steht der Rechtsweg offen, unabhängig davon, ob Politikerinnen und Politiker gerichtliches Vorgehen gegen Corona-Regelungen kritisieren oder dazu ermuntern. Beide Vorgehensweisen zeugen von wenig Sensibilität für die Grundprinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung gerade in Krisenzeiten. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik sind Grund- und Freiheitsrechte derart tiefgreifend und flächendeckend eingeschränkt worden wie seit Ausbruch der Pandemie. Umso wichtiger ist es, dass die Gerichte kontrollieren, ob die Politik im Kampf gegen das Virus in den Bahnen des Rechts agiert. Weder politisches Abraten noch Anheizen von Corona-Klagen ist hilfreich und angebracht.

## BETRÜGERISCHE GESCHÄFTE

Trotz eingeschränkter Arbeitsfähigkeit im Lockdown und digitaler Rückständigkeit der deutschen Gerichtsbarkeit gibt es bisher keine Notsituation. Es sind nicht in erster Linie Rechtsschutzgesuche gegen staatliche Krisenmaßnahmen, die die Justiz besonders belasten. Den Löwenanteil der Pandemie-Verfahren bilden Betrugsfälle. Den größten Zuwachs – mehr als 20.000 pandemiebedingte Verfahren – hatte im ersten Corona-Jahr die Strafjustiz zu verzeichnen. Ermittelt wird aufgrund zu Unrecht bezogener Corona-Soforthilfen, aber auch wegen betrügerischer Geschäfte, etwa mit minderwertigen Masken oder vermeintlichen Corona-Medikamenten, die vor allem über das Internet angeboten wurden. Im Vergleich zu den Strafverfahren machen die Corona-Verfahren gegen staatliche Verbote, Beschränkungen und Auflagen zur Eindämmung des Virus nur einen Bruchteil aus. Bis zum Winter-Lockdown verzeichneten die Verwaltungsgerichte ungefähr 6.500 zusätzliche Streitfälle. Im Verhältnis zu den Verfahren, die ohnehin jährlich anfielen, sei das „nichts, was wir nicht schultern können“, stellte der Vorsitzende des Bundes Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterrinnen, Robert Seegmüller, in einem Interview fest. In ganz anderen Dimensionen bewegen sich vor allem die Asylverfahren. Jährlich kommen bei den Verwaltungsgerichten etwa 100.000 neue Verfahren Asylsuchender hinzu. Der Anteil der Streitfälle aufgrund der Corona-Restriktionen, so der Deutsche Richterbund (DRB), habe 2020 bei weniger als zwei Prozent der Neuzugänge für die Verwaltungsgerichtsbarkeit gelegen.

Betrachtet man die bisherigen Corona-Entscheidungen der Gerichte, scheint die Politik auf den ersten Blick klare Siegerin zu sein. Zwar hatten Anträge gegen Verbote und Gebote da und dort Erfolg. So haben Gerichte in mehreren Bundesländern das während des „Lockdowns light“ verhängte Beherbergungsverbot gekippt; Berlin scheiterte mit einer Sperrstundenregelung; Düsseldorf musste die Maskenpflicht anpassen, und im Saarland wurden Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen teilweise außer Kraft gesetzt. Selbst wenn die Gerichte manche Maßnahmen als zu restriktiv rügten, änderten die erstrittenen Freiheitsgewinne jedoch zunächst nichts daran, dass die weitflächigen Beschränkungen bei der Ausübung von Grundrechten prinzipiell Bestand hatten. Indes forderten die Gerichte relativ früh Korrekturen bei behördlichen Entscheidungen, die auf Kosten der Versammlungsfreiheit gingen. Das Bundesverfassungsgericht, dessen Pandemie-Rechtsprechung im ersten Corona-Jahr insgesamt eher blass blieb, stellte im vergangenen April in zwei Eilentscheidungen klar, dass zur Eindämmung des Infektionsgeschehens nicht ohne Weiteres Versammlungsverbote ausgesprochen werden dürfen. Vielmehr müsse sich die Behörde um eine Lösung bemühen, die dem Ziel des Infektionsschutzes und des Schutzes von Leib und Leben, zugleich aber der Versammlungsfreiheit und ihrer konstituierenden Bedeutung für die freiheitlich-demokratische Staatsordnung gerecht werde.

## UNGEWISSEITEN UND UNBERECHENBARKEITEN

Wird die Justiz ihrerseits ihrer Kontrollaufgabe gegenüber der Exekutive in Zeiten der Pandemie gerecht? Haben die Gerichte bei der Überprüfung der zahlreichen massiven Einschränkungen des privaten Lebens, des Bildungs- und Kulturbereichs sowie der Wirtschaft intensiv genug hingeschaut und ausreichend strenge Maßstäbe angelegt? Wer hätte vor der Pandemie gedacht, dass hierzulande elementare Kontakte von der Geburt (Kreißsaalverbot für Väter) bis zum Tod (Besuchsverbot in Hospizen) unterbunden werden? Vertragen sich derartige Restriktionen mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung? Der Schutz von Leben und Gesundheit, auf den sich die politischen Entscheidungsträger im Kampf gegen das Virus berufen, hat nicht immer und überall Vorrang vor anderen Grundrechten – auch wenn dieser Eindruck vor allem zu Beginn der Pandemie von politisch Verantwortlichen vermittelt wurde. Tatsächlich ist in der konkreten Konfliktsituation ein möglichst schonender Ausgleich zwischen den staatlichen Bemühungen um Lebens- und Gesundheitsschutz und anderen Grundrechten – von der Religions- bis zur Berufsfreiheit – herzustellen. Möglichst wirksame und zugleich grundrechtsschonende Maßnahmen gegen die Ausbreitung der Pandemie zu treffen, wird jedoch durch Ungewissheiten über das Virus und seine Wirkungen erschwert. Wie lässt sich beurteilen, ob Schließungen von Betrieben,

Kultureinrichtungen, Sportstätten und Schulen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens hinzunehmen sind, wenn einerseits Unsicherheiten über Ansteckungswege und Infektionsverläufe bestehen? Andererseits gibt es große Unsicherheiten, was der Lockdown für Arbeitsplätze und Lieferketten, aber auch für die Entwicklung von Kindern und das Gesamtbefinden der Menschen bedeutet.

## EIGENWILLIGE ARGUMENTATIONSMUSTER

Die Gerichte haben sich beholfen, indem sie den politischen Entscheidungsträgern einen weiten Einschätzungsspielraum zubilligten, ihnen aber zugleich Pflichten zur Überprüfung und Neujustierung des Corona-Schutzkonzepts auferlegten. Auch Ausnahmeregelungen und Befristungen spielen für die Rechtmäßigkeit von Corona-Maßnahmen eine wichtige Rolle. In einigen Fällen versuchten die Gerichte, durch eigenwillige Argumentationsmuster und Rechtskonstruktionen einen Ausgleich zu schaffen. So befand der Bayerische Verwaltungsgerichtshof im Streit über die Begrenzung der Verkaufsfläche, dass die sogenannte 800-Quadratmeter-Regelung gegen den Gleichheitssatz verstoße, da die verordnete unterschiedliche Behandlung von Betrieben sachlich nicht gerechtfertigt sei. Aufgrund des „besonderen Ausnahmefalls“ wegen des Infektionsgeschehens ließ der Gerichtshof die verfassungswidrige Regelung jedoch weitergelten – was im Gesetz nicht vorgesehen ist. Der seltsame Rechtszustand währte jedoch nicht lange. Noch am gleichen Tag reagierte die bayerische Landesregierung auf den Richterspruch und erlaubte auch größeren Geschäften unter Auflagen die Öffnung.

Die Rechtsprechung zur 800-Quadratmeter-Regel ist auch ein Beispiel dafür, wie unterschiedlich die Gerichte zuweilen Corona-Maßnahmen beurteilten. Die Oberverwaltungsgerichte (OVG) Bremen, Hamburg, Niedersachsen und zunächst auch das OVG Saarland wiesen Eilanträge gegen die Verkaufsflächenbegrenzung ab. In einem weiteren Eilverfahren gab das OVG Saarland jedoch drei Tage später einem anderen Antragsteller Recht, der unter anderem einen Verstoß gegen das Gleichbehandlungsgebot rügte. Auch der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg befand, die Regelung sei gleichheitswidrig. Doch hatten die Richter Hemmungen, die Landesregierung in die Schranken zu weisen, und ließen die für rechtswidrig erkannte Begrenzung fortgelten, bis die entsprechende Corona-Verordnung ohnehin außer Kraft treten sollte. Auch anhand der Entscheidung des OVG Nordrhein-Westfalen zur 800-Quadratmeter-Regelung lässt sich ablesen, wie schwer sich die Gerichte zum Teil damit tun, den Infektionsschutz und grundrechtlich geschützte Belange der Wirtschaft in Einklang zu bringen. So ließ das Gericht offen, ob die unterschiedliche Behandlung von Betrieben bei der Verkaufsflächenregelung sachgerecht sei, und verwies auf Unsicherheiten darüber,

„welchen Grenzen der Gestaltungsspielraum des Verordnungsgebers in der gegenwärtigen Situation unterliegt“.

Im zweiten Jahr der Pandemie sind viele Rechtsfragen noch ungeklärt. Zwar wurden zunächst in durchschnittlich neun von zehn Streitfällen die angegriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie bestätigt. Die Aussagekraft dieser Zahlen ist jedoch begrenzt. „Wer Rechtsstaatlichkeit allein anhand einer Saldierung der Anzahl von abweisenden und stattgebenden Gerichtsentscheidungen bemessen wollte, macht es sich zu einfach“, mahnt der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Stephan Harbarth. So landet nicht jede rechtlich fragwürdige Corona-Maßnahme vor Gericht. Pointiert schreibt der Staatsrechtler Oliver Lepsius: „Klagen muss man sich finanziell und seelisch leisten können.“

## DAS LETZTE WORT STEHT NOCH AUS

In einem zweiten Schritt sind prozessuale Hürden zu überwinden. Ein großer Teil der Corona-Verfahren wurde bereits als unzulässig abgewiesen; es wurde also nicht geprüft, ob die Corona-Maßnahmen zu beanstanden waren. Vor allem aber haben die Gerichte im ersten Corona-Jahr nahezu ausschließlich Eilentscheidungen getroffen. Für ausführliche Prüfungen ist in Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes keine Zeit und Gelegenheit. Anfangs wurde überwiegend im Wege der sogenannten Folgenabwägung entschieden, dass es weniger schlimm sei, Grundrechtsausübungen zu verwehren, selbst wenn das zu Unrecht geschehe, als den Tod vieler Menschen zu riskieren. Eine Entscheidung darüber, ob die beanstandeten Maßnahmen, etwa Schließungen von Restaurants oder Ausgangsbeschränkungen, rechtmäßig waren, wurde damit aber nicht getroffen. Das geschieht erst im Hauptsacheverfahren. Wenn die Gerichte in Eilverfahren die Verhältnismäßigkeit der Ge- und Verbote hinterfragten – was im Laufe der Pandemie zunehmend geschah –, blieb es trotzdem bei einer vorläufigen summarischen Prüfung. Die eigentliche gerichtliche Kontrolle politischer und behördlicher Maßnahmen gegen das Virus steht in den meisten Corona-Streitfällen also noch aus. Spätestens dann werden die Gerichte klären müssen, ob die Corona-Maßnahmen in verfassungsrechtlich angemessener Form erlassen wurden. Daran gibt es in der Rechtswissenschaft und auch in der Richterschaft zum Teil erhebliche Zweifel. Grund dafür ist die aus Sicht der Kritikerinnen und Kritiker unzureichende Mitbestimmung der Parlamente über die Corona-Maßnahmen. Der „Ausfall des Parlamentarismus“ werde auch nicht durch die neue, im November 2020 vom Bundestag beschlossene Ermächtigungsgrundlage im Infektionsschutzgesetz behoben. In der ersten Gerichtsentscheidung zu der umstrittenen Reform erteilte der Verwaltungsgerichtshof Bayern zwar grünes Licht. Aber das letzte Wort ist damit noch längst nicht gesprochen.

# Kollaterale Depriorisierung

Zur Priorisierung überlebenswichtiger medizinischer Ressourcen

## EVA WINKLER

Geboren 1971 in Mannheim, Altstipendiatin der Journalistischen Nachwuchsförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Heisenberg-professorin für Translationale Medizinische Ethik an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und Oberärztin am Nationalen Centrum für Tumorerkrankungen, Universitätsklinikum Heidelberg.

## LENA MAIER-HEIN

Geboren 1980 in Hamburg, Leiterin der Abteilung Computer-assistierte Medizinische Interventionen am Deutschen Krebsforschungszentrum,

Professorin an der Medizinischen Fakultät und der Fakultät für Mathematik und Informatik, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

## MICHAEL BAUMANN

Geboren 1962 in Westerstede, Mitglied des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung, Professor für Radioonkologie, Technische Universität Dresden, Honorarprofessor der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Wissenschaftliches Mitglied des Stiftungsvorstandes und Vorstandsvorsitzender des Deutschen Krebsforschungszentrums.

In der zweiten Welle der Corona-Pandemie waren aufgrund der großen Anzahl beatmungspflichtiger Patienten mit COVID-19 die Intensivbetten in den meisten Bundesländern zu über achtzig Prozent belegt. Was im Frühjahr 2020 ein entferntes Szenario war – illustriert mit den tragischen Berichten aus Bergamo –, wurde Monate später auch ein Thema für die Ärzteteams in Deutschland: entscheiden zu müssen, wer eine intensivmedizinische Versorgung erhält, wenn die Kapazitäten nicht für alle reichen. „Triage“ ist der Begriff, der dafür oftmals verwendet wird. Er kommt eigentlich aus der Kriegs- und Katastrophenmedizin und meint die Stratifizierung der Opfer nach Dringlichkeit und Überlebenschancen.

## STETIG KNAPPER WERDENDE RESSOURCEN

Die Ethik verortet diese Entscheidungen, in denen nur einer von mehreren Patienten versorgt werden kann, unter die tragischen Entscheidungen, bei denen es keine befriedigende Lösung gibt.<sup>1</sup> Schlecht ist der Ruf der Triage auch in der Medizinethik, weil sie den Prinzipien ärztlicher Ethik zuwiderläuft. Ärzte und Ärztinnen sind in ihrem Handeln primär dem Wohl des einzelnen Patienten verpflichtet. Unter Triage-Bedingungen sind sie jedoch gezwungen, sich – je nach Zuteilungsprinzip – gegen den einen und für einen anderen Patienten zu entscheiden.

Unter Pandemiebedingungen tritt der Mangel nicht wie beim Katastrophenfall unmittelbar ein, sondern die Ressourcen werden über Wochen stetig knapper. Daher sprechen die Orientierungshilfen

zu dem Thema auch nicht von Triage, sondern von Priorisierungs- oder Zuteilungsentscheidungen unter Knappheitsbedingungen. Pandemiepläne teilen die Knappheit nach einem Ampelsystem in mindestens drei Phasen ein, für die jeweils eigene Zuteilungsprinzipien gelten (siehe Seite 58).

In der ersten Phase ist eine normale, patientenzentrierte Versorgung noch möglich. In Phase 2 ist der Mangel an Kapazitäten an einem Standort durch lokale oder überregionale Umverteilung noch kompensierbar. Bei weiterer Verknappung werden in Phase 2 nach dem Prinzip der Dringlichkeit und in Phase 3 bei nicht kompensierbarem Mangel Fälle mit gleicher Dringlichkeit nach dem Prinzip der höheren Überlebenschancen priorisiert.

Zum Verfahren und zu den Kriterien für Priorisierungsentscheidungen wurden bereits im März 2020 klinisch-ethische Empfehlungen gemeinsam von medizinischen Fachgesellschaften veröffentlicht.<sup>2</sup> Das wesentliche Priorisierungskriterium ist dabei die klinische Erfolgsaussicht der Intensivtherapie mit Blick auf eine höhere Überlebenschancen. Umgesetzt werden soll es nach dem Mehr-Augen-Prinzip und nach Prüfung medizinischer Indikatoren, die mit einer schlechten Erfolgsaussicht intensivmedizinischer Maßnahmen vergesellschaftet sind. Das Mehr-Augen-Prinzip soll eine unabhängige und gleiche Beurteilung gleichgelagerter Fälle garantieren und kann in Form von Triage-Teams oder Triage-Konferenzen umgesetzt werden. Diese Teams überblicken den Priorisierungsprozess, erhalten die Daten aller Patienten und weisen mancherorts auch anhand von Punktesystemen den Patienten bestimmte Prioritätslevel zu.

		Leitende Prinzipien bei Behandlungsentscheidungen
Phase 1	Kapazitäten reichen aus	Patientenzentrierte Versorgung: – Indikation – Patientenwille
Phase 2	Kapazitäten werden knapp, können aber durch lokale oder überregionale Verteilung kompensiert werden	Priorisierung nach Dringlichkeit: – Akut lebensbedrohlich Erkrankte werden vorrangig behandelt – Verschiebung operativer Eingriffe, wo ohne relevante Auswirkung auf die Prognose möglich
Phase 3	Kapazitäten reichen nicht mehr aus, um alle intensivpflichtigen Patienten zu versorgen	Priorisierung nach Überlebenswahrscheinlichkeit bei gleicher Dringlichkeit – Priorisierung der Patienten mit besseren kurz- und mittelfristigen Erfolgsaussichten im Sinne der höheren Überlebenswahrscheinlichkeit – Alter, sozialer Status, vorbestehende Erkrankung, Behinderung(en) stellen per se kein Aus- oder Einschlusskriterium dar

Gegen die Verwendung einiger der diskutierten Indikatoren und die alleinige Verwendung des Effizienzkriteriums haben Menschen mit Behinderung im Juli 2020 Verfassungsbeschwerde eingelegt. Besonders strittig ist, ob sehr große Unterschiede in den Überlebenschancen zwischen den Patienten in Behandlung und den noch unbehandelten Patienten ein legitimer Grund zur Beendigung der Intensivtherapie der ersten zugunsten der letzteren sein darf. Es ist also notwendig und absehbar, dass ähnlich wie bei der Diskussion um gerechte Verteilungskriterien bei der Organtransplantation um die richtige Gewichtung von Dringlichkeit, Erfolgsaussicht und Chancengleichheit gerungen wird.

Ethisch relevant und bislang wenig diskutiert ist auch die Frage, wie die Über-

gänge der Phasen gesteuert und kommuniziert werden. In Phase 2, in der bei knapper werdenden Kapazitäten nach Dringlichkeit priorisiert wird, ist es zum Beispiel ethisch problematisch, die Behandlung von Patienten – etwa mit einer noch lokal begrenzten Tumorerkrankung – zu verschieben. Diese Patienten sind zwar nicht akut durch ihre Krankheit bedroht, haben jedoch durch eine Verschiebung oder gar einen Verzicht auf wesentliche Schritte der Behandlung ein relevantes Risiko für eine Verschlechterung ihrer Prognose. Um das zu verhindern, hat etwa die Deutsche Gesellschaft für Allgemein- und Viszeralchirurgie in ihren Empfehlungen zur Priorisierung von Operationen bei begrenzter Operationskapazität Tumorpatienten direkt nach Notfalleingriffen gelistet.<sup>3</sup> Dennoch birgt die psychologische Macht

des Prinzips der Akutrettung (*Rule of Rescue*) das Risiko, dass Patienten aus dem Blick geraten, die ebenfalls lebensbedrohlich erkrankt sind, aber nicht sofort an ihrer Erkrankung versterben.

Genau solche kollateralen Depriorisierungsprozesse medizinischer Kapazitäten haben während der COVID-Pandemie weltweit in vielen Ländern stattgefunden. Dies geschieht im Wesentlichen un bemerkt von Medien und Öffentlichkeit und auch ohne umfassende politische und medizinische Debatte über die Parameter einer solchen Priorisierung.

### VORGEHEN BEI KREBSPATIENTEN

Patienten mit anderen lebensbedrohlichen Krankheiten, darunter Krebs, mussten hinnehmen, dass Kapazitäten des Gesundheitswesens durch die zunehmende Zahl von Patienten mit schweren Verläufen einer COVID-Erkrankung reduziert und zum Teil ausschließlich für COVID-Patienten reserviert wurden. Semiquantitative Erhebungen einer gemeinsamen Taskforce des Deutschen Krebsforschungszentrums, der Deutschen Krebshilfe und der Deutschen Krebsgesellschaft ergaben schon in der ersten Pandemiewelle deutliche, wenn auch meist noch nicht flächendeckende und akut bedrohliche Einschränkungen der Versorgung krebskranker Patienten.<sup>4</sup> In der zweiten Welle kam es in vielen Regionen zu gravierenden Einschränkungen, zum Beispiel Verschiebungen von Operationen. Zum genauen Ausmaß gibt es noch keine aktuellen öffentlichen Zahlen. Im Gegensatz zu SARS-CoV-2-Infektionen, die täglich

durch das Robert Koch-Institut (RKI) veröffentlicht werden, liegen die RKI-Registerzahlen zu Krebserkrankungen erst mit monate-, meist sogar mit jahrelangem Verzug vor. Da Krebs in aller Regel nicht innerhalb kurzer Zeit zum Tode führt und sich die Neuerkrankungs- und Sterberaten nur langsam über Jahre ändern, ist die Krebsregistrierung in Deutschland bislang zwar wissenschaftlich nicht optimal, aber für viele Belange ausreichend gewesen. Während der COVID-Pandemie reicht die öffentliche Krebsstatistik in Deutschland jedoch nicht aus, um beurteilen zu können, ob und wie stark Diagnose und Behandlung von Krebs eingeschränkt sind.

Zur kollateralen Depriorisierung kommt die nicht unbegründete Angst von Krebspatienten hinzu, aufgrund einer Immunsuppression einen schwereren Verlauf einer COVID-Erkrankung zu erleiden. Auch kann der Wunsch, das Gesundheitswesen in Krisenzeiten nicht zusätzlich zu belasten, dazu führen, dass Früherkennungsuntersuchungen nicht wahrgenommen oder Symptome, die auf eine Krebserkrankung hinweisen, nicht rechtzeitig abgeklärt werden. Derzeit erkranken allein in Deutschland Jahr für Jahr etwa 500.000 Menschen neu an Krebs, 210.000 Patienten versterben daran. Dies ist auch im Vergleich zur COVID-Erkrankung eine beträchtliche Sterberate. Verzögerungen von Krebsbehandlungen sowie Veränderungen der Behandlungsqualität können sich schnell zu großen Effekten bezüglich Sterblichkeit und Lebensqualität auswirken. Für Deutschland werden wir hierzu erst viel zu spät, in einigen Jahren, über gesicherte wissenschaftliche Daten verfügen. Modellrechnungen zu anderen Ländern, darunter Großbritannien und

den USA, gehen jedoch von einer besorgniserregenden Zahl zusätzlicher Krebstodesfälle innerhalb der nächsten fünf Jahre aus.<sup>5</sup>

Für eine gesellschaftliche Debatte zu ethischen Grundsätzen und politischen Konsequenzen lassen sich bereits jetzt wesentliche Beobachtungen festhalten. Die Fokussierung der gesamten Gesellschaft auf nur eine lebensbedrohliche Erkrankung birgt ein erhebliches Risiko, dass die Überlebenschance von Patienten mit anderen Erkrankungen unbemerkt kollateral geschmälert wird. Das Risiko ist umso stärker, je mehr die politischen Entscheider, das Gesundheitswesen, aber auch die Medien, den Blick auf die neue Gefahr verengen. Wichtige Lösungsansätze, die auch andere Erkrankungen einbeziehen, können dadurch übersehen werden. Zum Beispiel wäre es für viele Krebspatienten während der Pandemie relativ problemlos möglich gewesen, an geeigneten Krebszentren in anderen, nicht so stark von COVID betroffenen Regionen Deutschlands operiert zu werden.

Zu fragen ist, ob dies den Patienten bei verschobenen Operationen systematisch angeraten wurde und ob entsprechende überregionale Netzwerke, wie sie bei COVID entstanden sind, auch für andere Krankheiten etabliert wurden. Gibt es politische Initiativen für eine überregionale Optimierung der Nutzung knapper Behandlungskapazitäten lebensgefährlich erkrankter Patienten, unabhängig davon, ob der Tod wie bei COVID sehr schnell oder erst mit einer Verzögerung wie bei Krebs eintritt? Gibt es hierzu einen ausreichenden öffentlichen Diskurs in Politik, Medizin und Medien?

Eine weitere Schlussfolgerung aus den Erfahrungen mit Krebspatienten in

der Pandemie ist, dass, wenn im Gegensatz zu COVID keine aktuellen Daten zur Inzidenz und Behandlung vorliegen, eine evidenzbasierte Diskussion und Steuerung von Kapazitäten und eine Abschätzung der Effekte von Maßnahmen nahezu unmöglich sind. Hier gebieten somit nicht länger nur abstrakt-wissenschaftliche, sondern handfeste ethische und gesundheitspolitische Argumente, dass die Krankheits- und Ressourcenregistrierung in Deutschland zügig und umfassend verbessert wird und aktuelle Daten öffentlich zur Verfügung gestellt und analysiert werden.

## DATENWISSENSCHAFTEN ALS GROSSES POTENZIAL

Vor dem Hintergrund der ethischen Fragen und dem in Artikel 3 Grundgesetz festgeschriebenen Anspruch auf Gleichbehandlung bieten Datenwissenschaften ein großes Potenzial für die Bewältigung der nicht trivialen Priorisierungsaufgaben. Mit ihnen ließen sich aus patientenindividuellen Parametern (etwa Alter, Komorbiditäten, also weiteren, neben der Grunderkrankung vorhandenen Krankheitsbildern) patientenindividuelle Modelle berechnen, die in Abhängigkeit von einer medizinischen Intervention den nötigen Ressourcenbedarf (etwa Intensiv-/Beatmungszeit, Laborkapazitäten, Personalbedarf) sowie das zu erwartende Behandlungsergebnis abschätzen könnten. Alle zugrunde gelegten Parameter müssen dabei klar definiert, messbar und gesellschaftlich konsentiert sein.

In einem ersten Schritt könnten derartige Modelle als Grundlage eines

evidenzbasierten Entscheidungsprozesses fungieren und auch für eine bessere regionale und überregionale Ressourcenplanung genutzt werden. So könnten beispielsweise kollektive Pauschalbestimmungen (zum Beispiel die Zielvorgabe, einen festgelegten Anteil der Intensivbetten für COVID-Patienten freizuhalten) durch situationsadaptive, lokale Richtlinien ersetzt werden. Perspektivisch könnte die modellbasierte Entscheidungsfindung durch ihre Unterstützung bei der Verwirklichung des Effizienz- und Gleichheitsgrundsatzes auch das in Krisenzeiten ohnehin physisch wie psychisch geforderte Personal entlasten. Dabei müsste klar definiert sein, welche Metrik(en) (zum Beispiel Sterblichkeit, qualitätskorrigierte Lebensjahre et cetera) durch den datengetriebenen Algorithmus optimiert werden sollen.

## HÜRDEN ÜBERWINDEN

Aus der Notwendigkeit der Wahl einer Metrik sowie der mittelbaren Abhängigkeit individueller Menschenleben von dieser Wahl würde sich wiederum eine Reihe weiterführender ethischer Streitpunkte ableiten, die in einer gesellschaftlichen Debatte geklärt werden müssten. Bei Zugrundelegung des akuten Überlebens als Zielmetrik blieben beispielsweise Langzeitüberleben und Gesamtprognose in der Zusammenschau weiterer patientenindividueller Erkrankungen unberücksichtigt (siehe oben). Erste Ansätze zur KI-basierten Triage wurden bereits publiziert, allerdings beschränken sie sich noch auf verhältnismäßig einfach zu erfassende Patientenparameter, Ressourcen oder Ergebnisse.<sup>678</sup>

Langfristig müssen datengestützte patientenindividuelle Modelle nicht nur für COVID, sondern für viele verschiedene Erkrankungen entwickelt werden, um auch im Vergleich von Betroffenen unterschiedlicher Erkrankungen untereinander differenzierter entscheiden zu können und eine unausgesprochene Depriorisierung ganzer Patientengruppen zu verhindern. Die unabdingbare Grundlage aller durch Datenwissenschaften erzeugten Modelle und ihrer Qualität bilden dabei stets belastbare Daten selbst. Deren Erfassung geht naturgemäß mit einigen Herausforderungen einher. So müssen Daten aus unterschiedlichen Informationsquellen zunächst einmal bereitgestellt und zusammengeführt werden, was mit der Überwindung großer infrastruktureller und regulatorischer Hürden einhergeht.

Die Erfassung von Ressourcen und Ergebnissen stellt eine weitere Hürde dar – Langzeitbehandlungsergebnisse liegen meist nicht vor, Ressourcen können erfahrungsgemäß schwer quantifizierbar sein. Eine unausgewogene Verfügbarkeit von Daten (zum Beispiel das Vorliegen vergleichsweise weniger klinischer Verlaufsdaten zu COVID in jüngeren Bevölkerungsgruppen) kann zu Verzerrungen im Datenbild führen, die wiederum die Zuverlässigkeit resultierender Modelle negativ beeinflussen können. Erschwerend käme bei der Modellentwicklung hinzu, dass sowohl Kosten als auch patientenindividueller Nutzen von schwer bis nicht zu modellierenden äußeren Faktoren abhängen können, wie etwa dem Erfahrungslevel des ärztlichen Personals. Solche verborgenen Variablen müssten aufgedeckt sowie der Umgang mit Fällen, die signifikant von den Trainingsdaten abweichen, definiert werden.



Für die Bewältigung der aktuellen COVID-Pandemie ist aufgrund der bislang lückenhaften medizinischen Datenlage nur von einer geringen Unterstützung durch diesen modernen Forschungsansatz, der Ethik, Medizin, Politik- und Datenwissenschaften zusammenführt, auszugehen. Umso wichtiger ist es jedoch, dass bereits jetzt systematisch die vielfältige, zuverlässige und schnelle Erfassung von patienten- sowie ressourcenbezogenen Daten aus unterschiedlichen Quellen optimiert wird, damit auf dieser Grundlage in Zukunft hochqualitative Modelle zu einer evidenzbasierten, optimalen medizinischen Versorgung der Bevölkerung beitragen können.

*Der Beitrag entstand mit Unterstützung der Mitarbeiterin Minu D. Tizabi.*

<sup>1</sup> Guido Calabresi / Philipp Bobbitt: *Tragic Choices. The Conflicts Society Confronts in the Allocation of Tragically Scarce Resources*, Norton & Company, New York 1978.

<sup>2</sup> Entscheidungen über die Zuteilung intensivmedizinischer Ressourcen im Kontext der COVID-19-Pandemie (Version 2). Klinisch-ethische Empfehlungen der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI), der Deutschen Gesellschaft für Interdisziplinäre Notfall- und Akutmedizin (DGINA), der Deutschen Gesellschaft für Anästhesiologie und Intensivmedizin (DGAI), der Deutschen Gesellschaft für Internistische Intensivmedizin und Notfallmedizin (DGIIN), der Deutschen Gesellschaft für Neurointensiv- und Notfallmedizin (DGNI), der Deutschen Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin (DGP), der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin (DGP)

und der Akademie für Ethik in der Medizin (AEM), [www.divi.de/empfehlungen/publikationen/viewdocument/3436/covid-19-ethik-empfehlung-v2](http://www.divi.de/empfehlungen/publikationen/viewdocument/3436/covid-19-ethik-empfehlung-v2) [letzter Zugriff: 26.01.2021].

<sup>3</sup> COVID-19: Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Allgemein- und Viszeralchirurgie (DGAV), [www.awmf.org/fileadmin/user\\_upload/Stellungnahmen/Medizinische\\_Versorgung/DGAV\\_COVID\\_Empfehlung2.pdf](http://www.awmf.org/fileadmin/user_upload/Stellungnahmen/Medizinische_Versorgung/DGAV_COVID_Empfehlung2.pdf) [letzter Zugriff: 26.01.2021].

<sup>4</sup> Stefan Fröhling / Volker Arndt: „Versorgung von Krebspatienten: Corona-Effekt in der Onkologie“, in: *Deutsches Ärzteblatt*, Nr. 46/2020, 13.11.2020, [www.aerzteblatt.de/archiv/216717/Versorgung-von-Krebspatienten-Corona-Effekt-in-der-Onkologie](http://www.aerzteblatt.de/archiv/216717/Versorgung-von-Krebspatienten-Corona-Effekt-in-der-Onkologie) [letzter Zugriff: 26.01.2021].

<sup>5</sup> Camille Maringe / James Spicer / Melanie Morris / Arnie Purushotham / Ellen Nolte / Richard Sullivan / Bernard Rchet / Ajay Aggarwal: „The impact of the COVID-19 pandemic on cancer deaths due to delays in diagnosis in England, UK: a national, population-based, modelling study“, in: *The Lancet Oncology*, 21. Jg., Nr. 8, 01.08.2020, [www.thelancet.com/journals/lanonc/article/PIIS1470-2045\(20\)30388-0/fulltext](http://www.thelancet.com/journals/lanonc/article/PIIS1470-2045(20)30388-0/fulltext) [letzter Zugriff: 26.01.2021].

<sup>6</sup> Wenhua Liang / Jianhua Yao / Ailan Chen et al.: „Early triage of critically ill COVID-19 patients using deep learning“, in: *Nature Communications*, Nr. 11, 3542/2020, 15.07.2020, [www.nature.com/articles/s41467-020-17280-8](http://www.nature.com/articles/s41467-020-17280-8) [letzter Zugriff: 26.01.2021].

<sup>7</sup> Logan Ryan / Carson Lam / Samson Mataraso / Angier Allen / Abigail Green-Saxena / Emily Pellegrin / Jana Hoffman / Christopher Barton / Andrea McCoy / Ritankar Das: „Mortality prediction model for the triage of COVID-19, pneumonia, and mechanically ventilated ICU patients: A retrospective study“, in: *Annals of Medicine and Surgery*, 59. Jg., November 2020, [www.sciencedirect.com/science/article/pii/S2049080120303496](http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S2049080120303496) [letzter Zugriff: 26.01.2021].

<sup>8</sup> Guangyao Wu / Pei Yang / Yuangliang Xie et al.: „Development of a Clinical Decision Support System for Severity Risk Prediction and Triage of COVID-19 Patients at Hospital Admission: an International Multicenter Study“, in: *European Respiratory Journal*, Jg. 56, Nr. 2/2020, 15.08.2020, <https://erj.ersjournals.com/content/erj/early/2020/06/25/13993003.01104-2020.full.pdf> [letzter Zugriff: 26.01.2021].

# Alma matrix

—  
Studi allein zu Hause

## FRANZISKA TISCHNER

Geboren 2002 in Leipzig, Studentin im ersten Semester der Fächer Geschichte und Deutsch an der Freien Universität Berlin.

Die Corona-Pandemie 2020 hat viele Pläne zunichtegemacht. Unter diesen Voraussetzungen ein Studium zu beginnen, durchkreuzte alle meine schönen Erwartungen. Der Abschied vom Elternhaus wurde nur ein halber. Es gab ja wenig Grund, sich vollständig am Studienort einzurichten. Viele von uns hatten sich auf ein gänzlich anderes Leben gefreut: eine neue Art des wissenschaftlichen Arbeitens kennenlernen, interessante Kontakte knüpf-

fen, vielleicht nebenbei neue Erfahrungen in einem Nebenjob sammeln, selbst etwas Geld verdienen. Man stellte sich vor, in überfüllten Hörsälen zu sitzen und in interessanten Bibliotheken zu grübeln, in Seminaren von Angesicht zu Angesicht miteinander zu diskutieren, sich mit anderen über das Studium auszutauschen und sich darüber anzufreunden.

Nichts davon war möglich. So erwies sich der Studienanfang im Wintersemester 2020/21 als „kalte Dusche“. Von der ersten Woche an fanden Vorlesungen und Seminare nur digital statt, und die Fremdheit war immens: Die meisten Lehrpersonen auf dem Bildschirm kannte man ja

nicht in Person. Wer traut sich da, Fragen zu stellen? Offenbar blieben Introvertierte in digitalen Räumen noch stiller. Aber in der Anonymität der Videokonferenzen war es für jeden schwierig, sich zu beteiligen: Will man etwas fragen oder sagen, muss man sich über das vom Konferenztool vorgesehene Zeichen umständlich zu erkennen geben. Wird man aufgerufen, hat man leicht vergessen, das Mikro einzuschalten, und spricht los, ohne dass die anderen einen hören können. Das ist natürlich unangenehm!

Nicht nur zu den Lehrenden, sondern auch zu den Mitstudierenden blieb das Verhältnis aufgrund der technischen Barriere zumindest anfangs unpersönlich. Statt in den dichten Sitzreihen eines Hörsaals, die zu „Normalzeiten“ wohl zum Leidwesen mancher Dozierenden ein lebendiges Durcheinander an privaten Gesprächen ermöglichen, begegnet man sich in Webex- oder Zoom-Calls in kleinen, sauberlich separierten Bildschirmquadranten, und das auch nur, wenn die Verbindung stabil genug für das Anzeigen der Videos ist. Nebenbei-Kommunikation ist nur mit zusätzlichem technischem Gerät möglich. Diese Hürden bei der Kontaktknüpfung trugen erheblich dazu bei, dass sich viele von uns ratlos fühlten. Die unglaubliche Menge neuer Informationen und Dinge schien ohne Austausch mit „Leidensgefährten“ noch überwältigender. Wie soll man das alles organisieren und verarbeiten – allein von zu Hause?

Einige haben nicht einmal eine Wohnung am Studienort. Wer beispielsweise Geschichte studiert, bekommt dann ein Problem. Schriftliche Quellen, etwa aus der Universitätsbibliothek, sind unerlässlich, aber nicht immer online abrufbar. Studierende der Biologie und Medizin

ohne Labore oder der Sportwissenschaften ohne Turnhallen haben es noch schwerer. Anderen fehlte zunächst die kostspielige technische Ausrüstung – ein halbwegs guter Laptop, eine Webcam oder ein Mikrofon gehören zur absoluten Grundausstattung.

Allgemein, aber speziell bei uns Studienanfängern, herrscht Unsicherheit darüber, wie digitale Prüfungen ablaufen sollen. Bereits die Anmeldung zu den Lehrveranstaltungen hatte ja schon eine handfeste administrative Hürde dargestellt. Inzwischen höre ich von Forderungen aus der Studierendenschaft, die Prüfungen entfallen zu lassen, aber sie mit „Bestanden“ zu werten. Der besonderen Situation angemessen finden auch viele von uns, dass BAföG-Studierenden, deren staatliche Unterstützung an eine Regelstudienzeit gekoppelt ist, eine Verlängerung ihres Unterstützungszeitraums bewilligt werden sollte. Vielleicht helfen auch „Freiversuche“ bei einer Klausur.

Bequem ist es, dass einige Vorlesungen nicht live gehalten werden, sondern als Videos jederzeit über das Uni-Netzwerk abrufbar sind. Schließlich kann man sich den Tag dann besser nach eigenem Gusto einteilen. Unaufmerksamkeit hat keine Folgen, weil man das Video ja beliebig oft abspielen kann. Wird es allzu langweilig, lässt sich die „Pause“-Funktion einschalten, und man versorgt sich mit anregendem Kaffee oder Tee. Allerdings liegt in dieser Freiheit auch eine Gefahr: So ist ein bisher eher unbekanntes Wort – Prokrastination – vielen von uns Homeoffice-Studierenden inzwischen sehr geläufig. Es bezeichnet das häufige unnötige Vertagen von Aufgaben und ist – wenn beispielsweise die Leitungen zur Uni schwächeln, aber Netflix auf dem Laptop

super läuft – wohl ein zunehmendes akademisches Problem.

Zum Glück gab es erstaunlich viele Initiativen, die das Abgleiten ins Digital-Nirwana abzuwenden versuchten. Fraglos haben auch viele Dozierende für uns ihre virtuellen Grenzen nach Möglichkeit ausgetestet. Die Fachschaft und andere Hochschulgruppen boten Foren, bei denen sich Studierende kennenlernen und austauschen konnten – beispielsweise bei Spieleabenden auf Gamer-Plattformen.

Leider ist absehbar, dass sich das Sommersemester 2021 von all diesen Bedingungen nicht essenziell unterscheiden wird. Wahrscheinlich wird es weiterhin wenig bis gar keinen Präsenzunterricht geben, Kontaktmöglichkeiten werden be-

schränkt sein, und für einen Arbeitsplatz in einer der Universitätsbibliotheken wird man sich vorab anmelden müssen. Allerdings zeigt die Erfahrung, dass – wenn alle, Dozierende und Studierende, weiterhin dazulernen – auch digitales Studieren manch Gutes hat. Zu hoffen bleibt, dass sich mit den Impfungen die Situation so weit verbessert, dass wenigstens im nächsten Wintersemester wieder der Großteil der Veranstaltungen in Präsenz stattfinden kann. Ob sich dann meine ursprünglichen Erwartungen erfüllen?

Das Abitur habe ich als Schülerin des ersten Abschlussjahrgangs unter Corona geschrieben. Auf einen Studienabschluss unter denselben Bedingungen würde ich gern verzichten.

# Getrübte Zukunft

Die Situation Jugendlicher in der Coronakrise

## SABINE WALPER

Geboren 1956 in Düsseldorf, seit 2001 Professur für Pädagogik mit dem Schwerpunkt Jugendforschung (C3), Institut für Pädagogik, Ludwig-Maximilians-Universität München, seit 2012 Forschungsdirektorin am Deutschen Jugendinstitut (DJI) e.V., München.

Die COVID-19-Pandemie hat das Familienleben und die Alltagserfahrungen junger Menschen dramatisch verändert. Schulisches Lernen musste sich im Eiltempo digitalisieren und angesichts der Schulschließungen in das eigene Zimmer verlagern. Persönliche Kontakte wurden drastisch zurückgefahren. Wer eine Berufsausbildung oder ein Studium an einem anderen Ort beginnen wollte, konnte

seine neue „Peer Group“ zunächst nur virtuell kennenlernen. Nicht wenige zogen zurück in den elterlichen Haushalt, um den Lockdown nicht allein durchstehen zu müssen.

Die Situation Jugendlicher in der Corona-Pandemie blieb lange im toten Winkel der öffentlichen Aufmerksamkeit. Während die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise rasch ins Blickfeld gerieten, wurde die Situation von Eltern, Kindern und Jugendlichen erst mit Verzögerung aufgegriffen. Nach den prominent verhandelten Fragen des schulischen Lernens werden allmählich auch der veränderte Alltag, das Fehlen sozialer Kontakte und deren Bedeutung für Kinder und Jugendliche thematisiert.

Der Erkenntnisstand zur Situation Jugendlicher in der Corona-Pandemie ist noch begrenzt. Umfangreiche Ad-hoc-Online-Befragungen wie die beiden JuCo-Studien *Junge Menschen und Corona*, die im Mai und November 2020 junge Menschen im Alter von fünfzehn bis dreißig Jahren adressiert haben, sprechen wichtige Themen an, erlauben jedoch kaum Vergleiche zur Situation vor der Corona-Pandemie. Individuelle Veränderungen in der Alltagspraxis und dem Wohlergehen Jugendlicher zwischen 2019 und (Früh-) Sommer 2020 lassen sich schlüssiger anhand der Corona-Erhebungen des DJI-Surveys *Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten (AID:A)* und des deutschen Beziehungs- und Familienpanels *pairfam (Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics)* nachzeichnen. Fast alle Studien beleuchten allerdings lediglich die Situation im ersten Lockdown und erlauben damit nur in begrenztem Maße Rückschlüsse auf die gegenwärtige Lage, die sich vermutlich deutlich zugespitzt hat.

## FAMILIENLEBEN, FREIZEITGESTALTUNG UND FREUNDESKREIS

Während des Lockdowns wurde der Familienhaushalt für viele zum zentralen Lebensraum, und Kontakte zu Gleichaltrigen konnten nicht mehr im gewohnten schulischen Kontext stattfinden. Weit mehrheitlich fühlten sich die jungen Menschen zu Hause sicher, und über 70 Prozent berichteten, dass es dort einen Ansprechpartner gibt, der ihnen hilft, wenn sie ein Problem haben (1. JuCo-Studie). Gleichzeitig hat sich unter dem Eindruck der Pandemie in vielen Familien das „Klima“ verändert. Laut der *pairfam*-Befragung erlebte fast die Hälfte aller Jugendlichen die Stimmung zu Hause vermehrt als „stressig und genervt“, während nur jede/r achte Jugendliche über einen Rückgang von Stress in der Familie berichtete. Mehr als jeder vierte Jugendliche erlebte eine ängstlichere und sorgenvollere Stimmung, während nicht einmal jeder zehnte einen Rückgang dieser Stimmung angab. Auch Streitigkeiten hatten eher zu- als abgenommen. Insgesamt überwogen für jeden zweiten Jugendlichen die negativen Veränderungen im Familienklima.

Für die große Mehrheit der jungen Menschen (81 Prozent) hat sich bis November 2020 die Freizeitgestaltung deutlich verändert, und 70 Prozent wünschten sich, ihren Hobbys wieder nachgehen zu können (2. JuCo-Studie).

Die Zeit sinnvoll zu füllen, war durchaus eine Herausforderung. Bereits im Mai 2020 hatten sich immerhin 32 Prozent der Befragten mehrmals am Tag gelangweilt (1. JuCo-Studie). In der Rückschau der Jugendlichen fiel ihre Zufriedenheit mit der verbrachten Zeit vor Corona deutlich höher aus als während der Pandemie im Mai 2020.

Erwartungsgemäß haben sich die Aktivitäten Jugendlicher stärker in das Internet verlagert. In der Online-Befragung *JIM plus 2020 Lernen und Freizeit in der Corona-Krise* gab die Mehrheit der befragten Jugendlichen (zwölf bis neunzehn Jahre) an, mehr Videos bei YouTube zu schauen (81 Prozent), mehr Musik zu hören (78 Prozent), Streamingdienste häufiger zu nutzen (71 Prozent) und mehr fernzusehen (54 Prozent). Wenig überraschend beschäftigten sich Jungen häufiger als Mädchen mit Computerspielen, sei es allein oder mit Freunden.

Die meisten Jugendlichen pflegten weiterhin Kontakte mit Personen außerhalb des Haushalts, die sich allerdings weitgehend auf wenige Personen konzentrierten. Um in Kontakt zu bleiben, wurden hauptsächlich Messenger, Telefon, Computerspiele oder TeamSpeak, Videochats, soziale Medien und SMS genutzt. Persönliche Treffen standen in der 1. JuCo-Studie lediglich an fünfter Stelle. Vergleicht man in der *AID:A-Corona-Studie* die Zufriedenheit mit dem Freundeskreis im Sommer 2020 zum Vorjahr, so zeigt sich ein deutlicher Rückgang. Auch die Zufriedenheit mit den Möglichkeiten, sein Leben selbst gestalten zu können, hatte sich gegenüber dem Vorjahr merklich reduziert.

Mehrheitlich haben sich die Jugendlichen an die Kontaktbeschränkungen gehalten. Kontakte mit der älteren Bevölkerung wurden weitgehend gemieden. Wo Kontakte stattfanden, mögen sie durchaus uneigennützig gewesen sein. Vor allem die 17- bis 21-Jährigen haben anderen emotionale Unterstützung oder Hilfe bei Technikfragen gegeben.

## LERNEN IN ZEITEN VON CORONA

Intensiv diskutiert wurden Fragen der schulischen Bildung unter Bedingungen der Kontaktbeschränkungen und des Distanzlernens. Angesichts der Schließung von Schulen wurde schnell klar, wie wenig die meisten Schulen auf den digitalen Unterricht vorbereitet waren. Laut dem deutschen Schulbarometer während der Coronakrise bezeichneten die Lehrer am häufigsten die fehlende digitale Ausstattung der Schüler als größte Herausforderung. Zwei Drittel der Lehrer gaben an, dass ihre Schüler nur teilweise über die notwendige Hardware verfügten, sodass nicht alle Schüler in gleichem Maße online unterrichtet werden konnten. Auch die Schulen waren mit ihrer technischen Ausstattung nur unzureichend auf die Situation vorbereitet.

Ergebnisse der *pairfam*-COVID-19-Studie bestätigen, dass das Homeschooling beziehungsweise Distanzlernen eine große Herausforderung darstellt. Fast 60 Prozent der Befragten fiel das Lernen zu Hause schwerer als in der Schule. Auch laut der 1. JuCo-Studie waren 54 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit ihrem Lernerfolg zu Hause (eher) unzufrieden. Auffällig ist die große Unzufriedenheit mit Fachkräften der (Schul-)Sozialarbeit und Jugendarbeit. Immerhin fast die Hälfte der Schülerinnen und Schüler äußerte Sorgen um ihre schulische Zukunft (*AID:A Corona Add-on*). Auch in den offenen Angaben zur aktuell größten Herausforderung standen die Sorge um Schule/Ausbildung für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Vordergrund. Am wenigsten zuversichtlich blickt die Gruppe der 17- bis 21-Jährigen in die Zukunft.

Vor allem für Jugendliche kurz vor dem Schulabschluss ist die Situation belastend. Ein Drittel der befragten Abiturienten und Abiturientinnen machte sich wegen der Schulschließungen Sorgen um ihre berufliche Zukunft. 45 Prozent hatten große oder sehr große Sorgen über eventuell negative Auswirkungen von Schulschließungen auf ihre Schulleistungen. Stärkere Sorgen äußerten Schülerinnen und Schüler mit schlechterem Notenschnitt und diejenigen, die in der Vorabschlussklasse waren.

## ZUKUNFTSÄNGSTE, EINSAMKEIT UND STRESS

Zukunftsängste waren schon nach dem ersten Lockdown weit verbreitet. Über 45 Prozent der Befragten der 2. JuCo-Studie stimmten zu, Angst vor der Zukunft zu haben. Besonders bedenklich ist, dass schon in der 1. JuCo-Studie (Mai 2020) ein Viertel der Jugendlichen den Eindruck äußerte, dass ihre Sorgen nicht gehört werden. Noch stärker gilt das für die Politik: Knapp 60 Prozent der jungen Menschen hatten den Eindruck, dass ihre Situation der Politik nicht wichtig sei, und 65 Prozent gaben in der 2. JuCo-Studie an, ihre Sorgen würden von der Politik überhaupt nicht gehört.

Eine wichtige Rolle spielt die Einsamkeit der Jugendlichen während der Kontaktbeschränkungen. Über ein Drittel der Befragten der 2. JuCo-Studie äußerte, dass sie sich in der aktuellen Situation einsam fühlen. Auch in einer weiteren Online-Befragung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen fühlten sich 30 Prozent der Befragten oft oder sehr oft sozial isoliert, sogar nachdem die Infektionsschutzmaßnahmen gelockert wurden.

Vergleicht man anhand der *pairfam*-Daten das Wohlbefinden der Jugendlichen während des Lockdowns mit deren Wohlbefinden bei der Befragung 2019, so zeigten sich Veränderungen in beide Richtungen: 36 Prozent der Jugendlichen gaben an, während der Pandemie mehr an Einsamkeit zu leiden als zuvor, 29 Prozent fühlten sich jedoch weniger allein. 35 Prozent zeigten keine Veränderung. Hinsichtlich Aktivität und Tatkraft fiel die Veränderung

noch ungünstiger aus: 45 Prozent der Befragten fühlten sich weniger aktiv, tatkräftig und energiegeladen, während das Gegenteil nur bei 17 Prozent der Befragten der Fall war (38 Prozent unverändert). Zugleich nahm auch der Stress häufiger ab als zu. Insgesamt überwogen die negativen Veränderungen. Einen bedeutsamen Anteil hieran hatten die Veränderungen im Familienklima: Das Wohlbefinden der Jugendlichen war in mehr Bereichen beeinträchtigt, wenn auch die negativen Veränderungen des Familienklimas überwogen. Auch die Studie „Corona und Psyche“ (*COPSY-Studie*) lässt darauf schließen, dass die Lebensqualität und das psychische Wohlbefinden für einen Großteil von Kindern und Jugendlichen während der Corona-Pandemie gesunken sind. Viele gaben psychische und psychosomatische Auffälligkeiten an (Gereiztheit 54 Prozent, Einschlafprobleme 44 Prozent und Kopf- und Bauchschmerzen 40 beziehungsweise 31 Prozent), insbesondere Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Familien. Das Risiko für psychische Auffälligkeiten stieg von 18 Prozent vor Corona auf 31 Prozent während der akuten Krise.

Besonders alarmierend ist der Anstieg klinisch relevanter Depressionen unter Jugendlichen, der sich in der *pairfam*-Befragung zeigte: Schon im ersten Lockdown des Jahres 2020 gab es mehr als eine Verdopplung der Depressionen im Vergleich zum Vorjahr. Dieser Anstieg war unter den Mädchen und jungen Frauen noch ausgeprägter als unter männlichen Befragten. Interessanterweise waren nicht die ohnehin emotional labilen Jugendlichen von diesem Anstieg betroffen, sondern vor allem sozial aufgeschlossene, gesellige Jugendliche (hohe Extraversion). Dies zeigt, dass die Belastungen der Corona-Pandemie nicht nur die bekannten Risikogruppen treffen. In diesem Fall waren es sogar eher jene Jugendlichen, die sich unter normalen Umständen als besonders resilient erweisen, weil sie dank ihrer sozialen Orientierung in schwierigen Situationen leichter soziale Unterstützung generieren können. Die Kontaktbeschränkungen haben diese Gruppe offensichtlich besonders hart getroffen.

## FEHLENDER DISKURS MIT FATALEN FOLGEN

Jugendliche sind in vielfacher Weise durch die COVID-19-Pandemie in ihrem alltäglichen Leben, ihren sozialen Bezügen, ihren Bildungsmöglichkeiten und ihren Zukunftsperspektiven tangiert. Dies hat sich schon im ersten Lockdown gezeigt, wobei die Erfahrungen und Reaktionen durchaus heterogen ausgefallen sind. Inzwischen dürfte sich die Situation vieler Jugendlicher verschärft haben. Sie wurden jedoch bislang viel zu wenig gehört. Die hier berichteten Studien haben sich darum bemüht, ihnen eine Stimme zu geben.

Vor allem fehlt eine stärkere Berücksichtigung dieser Altersgruppe im politischen Diskurs. Bislang war die öffentliche Diskussion sehr stark auf

Bildungsfragen fokussiert, die für die Jugendlichen fraglos von zentraler Bedeutung sind. Es fehlt jedoch ein Blick auf die Folgen der Pandemie für jene anderen Entwicklungsaufgaben Jugendlicher, mit denen sie sich in dieser Entwicklungsphase auseinandersetzen müssen. Kontakte zu Gleichaltrigen sind von zentraler Bedeutung, um vertiefte Beziehungen aufzubauen, Selbstsicherheit im sozialen Kontext zu gewinnen und die eigene Identität profilieren zu können. Erste romantische Beziehungen legen die Basis für die spätere Entwicklung tragfähiger Partnerschaften. Die Möglichkeiten hierfür sind allerdings unter den gegebenen Bedingungen eingeschränkt. Wer auf das Internet als Alternative zurückgreift, begibt sich auf eine Bühne mit zahlreichen Fallstricken. Die Gefahren des Cybergrooming dürften wachsen.

Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sollten eine wichtige Ausgleichsfunktion übernehmen, um Stress abzubauen und motivierende Aktivitäten sowie soziale Kontakte im geschützten Raum zu ermöglichen. Sie sind jedoch vielfach ausgesetzt. Es wird darauf ankommen, auch für die Öffnung der Jugendarbeit geeignete Konzepte zu entwickeln, Schulsozialarbeit zu stärken und möglichst bald in der Lage zu sein, Vor-Ort-Angebote wieder aufzunehmen.

Nicht zuletzt gilt: Das Hineinwachsen in die Gesellschaft bemisst sich an den Teilhabechancen Jugendlicher. Das schon im vergangenen Jahr verbreitete Gefühl, von der Politik nicht gehört zu werden, könnte fatale Folgen für die Einstellungen junger Menschen zur Politik haben und Politikverdrossenheit befördern. Umso wichtiger ist es, jetzt gegenzusteuern und Jugendlichen eine Stimme im Prozess der Krisenbewältigung zu geben.

## Literatur

Andresen, Sabine / Heyer, Lena / Lips, Anna / Rusack, Tanja / Schröer, Wolfgang / Thomas, Severine / Wilmes, Johanna: „Die Corona-Pandemie hat mir wertvolle Zeit genommen“. *Jugendalltag 2020*, Universitätsverlag Hildesheim, Hildesheim 2020.

Anger, Silke / Bernhard, Sarah / Dietrich, Hans / Lerche, Adrian / Patzina, Alexander / Sandner, Malte / Toussaint, Carina: Schulschließungen wegen Corona: Regelmäßiger Kontakt zur Schule kann die schulischen Aktivitäten der Jugendlichen erhöhen, *IAB-Forum*, 23.04.2020.

Berngruber, Anne / Gaupp, Nora: „Unterstützung suchen, Unterstützung leisten. Junge Menschen in der Zeit des sogenannten Corona-Lockdowns im Frühjahr 2020“, in: Gaupp, Nora / Holthusen, Bernd / Lüders, Christian / Milbradt, Björn / Seckinger, Mike: *Jugend ermöglichen – auch unter den Bedingungen des Pandemieschutzes*, Deutsches Jugendinstitut, München, im Erscheinen.

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs): *JIMplus 2020. Lernen und Freizeit in der Corona-Krise*, Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs), Stuttgart 2020.

Ravens-Sieberer, Ulrike / Kaman, Anne / Otto, Christiane / Adedeji, Adekunle / Devine, Janine / Erhart, Michael / Napp, Ann-Kathrin / Becker, Marcia / Blanck-Stellmacher, Ulrike / Löffler, Constanze / Schlack, Robert / Hurrelmann, Klaus: „Psychische Gesundheit und Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen während der COVID-19-Pandemie – Ergebnisse der COPSY-Studie“, in: *Deutsches Ärzteblatt International* 117 (48), 2020, S. 828–829. DOI: 10.3238/arztebl.2020.0828.

Walper, Sabine / Reim, Julia: „Young People in the COVID-19 Pandemic: Findings from Germany“, in: *ISSBD Bulletin*, Heft 2 (78), Deutsches Jugendinstitut, München 2020, S. 18–20.

# Stille Unruhe

Krise und Krisenfolgen für Musikstudium und Musikkultur

## SUSANNE RODE-BREYMANN

Geboren 1958 in Roydorf (heute: Winsen/Luhe), Präsidentin der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover (HMTMH), Herausgeberin und Leiterin des Forschungszentrums Musik und Gender an der HMTMH.

Der erste Lockdown im März 2020 unterbrach alle Routinen an den 24 deutschen Musikhochschulen. Es war eine Disruption und der Beginn einer ungeplanten „Expedition“ im Versuch, ein einigermaßen funktionierendes Studium zu konstituieren. Die Hochschulen haben diese extreme Herausforderung gemeistert, jedoch ging eine Seite ihrer Doppel-

existenz als Hochschule und Kultureinrichtung sofort verloren: Live-Veranstaltungen mit Publikum endeten vollständig. Ein Neubeginn eines öffentlichen Kulturangebots rückt seit Herbst 2020 und nun im Kontext der Virusmutationen in immer weitere Ferne.

Die Hochschulen haben der Situation im ersten Corona-Semester auf beeindruckende Weise Spielräume auch im Digitalen abgerungen. Es wurden, je nach baulicher Situation und Inzidenzwerten vor Ort, Konzepte für das Studium entwickelt und mit großer Achtsamkeit Lösungen und ausgeklügelte Hygienemaßnahmen erarbeitet, sodass Lehrende ihre Studierenden auch persönlich sehen und betreuen konnten. Die Disruption und das dadurch ausgelöste Experimentieren war und ist ein starker Impuls und Beleg dafür, dass in jeder Krise auch eine Chance steckt. Manches, was aus dem Stand entwickelt und erprobt wurde, läuft im zweiten Corona-Semester bereits zufriedenstellend und wird dauerhaft in die künstlerische Lehre integriert werden.

Aber die Exzellenz eines künstlerischen Studiums als Beginn einer künstlerischen Karriere ist ohne gemeinsames Musizieren und ohne Auftritte vor Publikum nicht erreichbar. Und hier schlägt nun, da das dritte Corona-Semester ansteht, die Situation um – in eine Langzeitkrise mit dramatischen Folgen: Ohne den Erfahrungsraum des Bühnenauftritts vor realem Publikum führt kein Studium zum Ziel einer ausreichenden Befähigung für eine Berufstätigkeit in der Kultur. Dieses Zurückbleiben hinter dem Notwendigen wird durch die fehlenden Berufsaussichten in der Psyche potenziert – und je länger es unter der Bedrückung von Lockdown-Monat zu Lockdown-Monat andauern wird, umso mehr wird die Zahl nicht funktionierender Lebensläufe und damit menschliches Leid zunehmen.

## KREATIVITÄT ODER ÜBERLEBENSWILLEN?

„Kreativität“ ist seit April 2020 in aller Munde. In seiner Osteransprache lobte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Krisenfähigkeit der Bürger, bat um Geduld, Disziplin und sprach von einer „geradezu explodierenden Kreativität“. Ort dieser Kreativität war auch in den Künsten ab sofort das Netz. Aber was sind die per Twitter live gestreamten Konzerte, die digitalen Proben von Chören: Kreativität oder Überlebenswillen? Widerständige Aktionen angesichts des Verbots von Kulturveranstaltungen oder Auseinandersetzungen von Künstlerinnen und Künstlern mit der Krise? Es ist beeindruckend, was Künstlerinnen und Künstler sich einfallen lassen, um zu überleben und in der Situation zurechtzukommen. Wieso aber ist von Kreativität die Rede?

Kunst ist im Kern „affektive Intensität“ und, so Andreas Reckwitz, „auf das Gefühl der ästhetischen Freiheit, auf handlungsentlastete Ergriffenheit, Versenkung, Bestürzung, Verblüffung, Genuss oder Vergnügen im Umgang mit dem Kunstwerk“ ausgerichtet. Davon ist das, was derzeit inflationär als „Kreativität“ bezeichnet wird, weit entfernt. Der Begriff „Kreativität“ beschönigt, dass wir musikbezogen in einer Dystopie gelandet sind,

wie es sie historisch kaum je so gab. Und je länger sich der unterschiedslose Lockdown hinzieht, desto mehr scheint der Begriff der „Kreativität“ zur Wunschvorstellung zu werden, die den Blick auf die Langzeitfolgen verdeckt. Was passiert mit einer Gesellschaft, die zulässt, dass ihr die Kultur abhandenkommt?

## DIMENSIONEN VON LEBEN

Seuchen in früheren Jahrhunderten gingen einher mit besonderen Sinndeutungen, Reflexionen, „Tonfällen“ zwischen Trost, Trauer und Hoffnung in der Kunst. Wir tun derzeit alles für die körperliche Unversehrtheit (und das ist gut so), aber wir vernachlässigen Herz, Hirn, Seele, also andere Dimensionen von Leben. Artikel 2 Grundgesetz garantiert das „Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“. Das „und“ wird derzeit überlesen, und es wird nicht diskutiert, was „Leben“ heißt. Was sind Humanität, Sinnhorizonte, Nachdenken über Tod und Sterben, Versenkung durch und in Kunst wert – gerade für ein Leben mit dem Virus? Was hat es für Folgen für Kinder, Jugendliche und Studierende, wenn wir diese Dimensionen von Leben in der Krise für nachrangig halten? Welche Lebenswege werden hier vorgezeichnet? Werden Kinder jetzt beginnen, Musikinstrumente zu spielen, werden Studierende ihr Studium abbrechen und in „systemrelevante“ Berufe wechseln? Was jetzt nicht beginnt, wird nicht sein; wer keinen Baum pflanzt, wird kein Holz ernten. Mit Überbrückungszahlungen lassen sich Langzeitschäden, die durch zu lange Ausgesetztes oder gar nicht erst Begonnenes entstehen, nicht beheben.

Musikhochschulen, in denen Präsenzlehre zentral ist, standen anders als Universitäten gleich in den ersten Tagen des Lockdowns vor der Herausforderung, ein „hybrides Semester“ mit Präsenzlehre und digitaler Lehre zu „erfinden“. Dabei waren sie digital in der Regel nicht gerade gut ausgestattet und mussten ihre Infrastruktur erheblich nachrüsten. Digitalisierung an Musikhochschulen, in denen es im Digitalen vor allem um eine gute Klangqualität geht, verlangt eine technisch exzellente Ausstattung in Bezug auf Mikrophonie und Klangübertragung. Hier wurde vieles geleistet, hier muss noch vieles geleistet werden.

In einem Kraftakt ist es gelungen, schon im Sommersemester 2020 „hybride“ Lehrangebote zu realisieren und eine hybride Eignungsprüfung „aus dem Boden zu stampfen“. Bedenkt man, wie viel Zeit Strukturänderungsprozesse in Hochschulen normalerweise benötigen, grenzt es an ein Wunder, wie in jeweils einem Monat zunächst ein funktionierendes „hybrides Semester“ „erfunden“ wurde, dann ein vollkommen neues Format von Eignungsprüfungen mit Mischungen von digitaler erster Runde und zweiter Präsenzzrunde auf die Beine gestellt wurde.

Davon wird manches in die Zukunft getragen werden, aber noch klarer als vor diesem Experiment steht der unschätzbare Wert der analogen „Welt Musikhochschule“ vor Augen. Es bedarf kritischer Reflexion, inwieweit der derzeit gepriesene Weg ins Digitale wirklich als Königsweg für Bildung taugt. Studierenden und Lehrenden, die sich von zu Hause aus miteinander vernetzen sollen und dabei zunehmend in digitale Vereinzelung geraten, steht oft nicht das notwendige technische Equipment für eine digitale Unterrichtsstunde in angemessener technischer Qualität zur Verfügung. Wer meint, sie könnten dafür privat aufkommen, zielt auf eine Privatisierung der Pandemiefolgen und übersieht, dass nicht zuletzt unsere Gesellschaft auf Dauer die Leidtragende sein wird.

## KUNST ALS „VOX HUMANA“

In einer beispiellosen Krise, die mehr Aushandeln als zuvor bedürfte, setzen wir auf das Digitale, das wir aufgrund des Kontaktreduzierungsgebots für den einzigen Weg halten, und erschweren somit alles Aushandeln komplexer Zusammenhänge. Stattdessen erleben wir Ordnungspolitik. Hannah Arendt hat auf beeindruckende Weise in ihrer Lessing-Rede von 1959 thematisiert, dass die gemeinsame Welt „in einem ganz präzisen Sinne unmenschlich bleibt, wenn sie nicht dauernd von Menschen besprochen wird. Denn menschlich ist die Welt nicht schon darum, weil sie von Menschen hergestellt ist, [...], sondern erst, wenn sie Gegenstand des Gesprächs geworden ist. [...] Erst indem wir darüber sprechen, vermenschlichen wir [...] und in diesem Sprechen lernen wir, menschlich zu sein.“ Nehmen wir Hannah Arendts humanitären Appell ernst, dann kann es auch unter den schwierigen Bedingungen der Pandemie keine „Alternativlosigkeit“ geben!

Kein Lösungsweg für ein gegebenes Problem darf als einzig mögliche Lösung betrachtet werden. Es mag etwas als die einzig derzeit bekannte und mit aller Verantwortlichkeit bedachte Lösung erscheinen, doch tatsächlich gibt es sie nicht – die einzig wahre Lösung. Wirklichkeit meint immer die Wirklichkeit eines Beobachters. Alles, was gesagt wird, wird von einem Beobachtenden gesagt, von Vertreterinnen oder Vertretern einzelner Fachdisziplinen.

Der Kunst aber wird derzeit keine Stimme zugestanden, obwohl sie jahrhundertlang als *vox humana* das Dasein mitgestaltete. Wir müssen dieser *vox humana* dringend wieder Raum geben und ihr Gehör schenken – und dies auf der Grundlage von Vertrauen in menschliche Urteilskraft, dezentrale Intelligenz und das Potenzial aller im Ringen um Lösungen auch für die Zukunft von Musikstudierenden, in deren Händen die Zukunft unserer Kultur liegt. Kunst ist kein „Freizeitvergnügen“, sondern unverzichtbar für die Erschließung von Sinnhorizonten und Erlebnissen der inneren Perspektive.

Wir müssen mit aller Kraft verhindern, dass den Studierenden 2021 die Luft ausgeht und wir sie verlieren, denn schon jetzt steht mit erschreckender Deutlichkeit vor Augen, dass die noch vor Kurzem gepriesenen Patchwork-Musikerlebensläufe mit ein wenig Konzertieren und ein wenig Unterrichten weggebrochen sind und nun auch das Überleben vieler Kultureinrichtungen auf der Kippe steht. Ob es nicht bereits zu spät ist, Langzeitfolgen zu verhindern, ist fraglich. Fraglich ist ebenfalls, ob nicht auch bereits ein bitterer Prozess großen Ausmaßes begonnen hat zwischen den ganz Großen, die Biss haben, unter allen Umständen durchhalten, in der Krise noch mehr Aufmerksamkeit in den Medien finden und zuerst wieder auftreten werden, und den anderen, deren Potenziale im Studium geweckt und sorgsam entfaltet werden und die vor Corona die Vielfalt unserer Kultur ausgemacht haben.

# Homeoffice gestern und heute

—  
Soziale Auswirkungen neuer Arbeitszeitmodelle

## HANS BERTRAM

Geboren 1946 in Soest, Soziologe, 1981 bis 1984 Lehrstuhl für Soziologie, Universität der Bundeswehr, München, 1984 bis 1993 Direktor des Deutschen Jugendinstituts (DJI) e.V., München, emeritierter Professor für Soziologie, Humboldt-Universität zu Berlin.

Der gelernte Teehändler John Cadbury eröffnete 1824 in der Bull Street in Birmingham ein Geschäft, in dem Tee, Kakao und Schokolade verkauft wurden. Er lebte oberhalb des Geschäfts mit seiner Familie, Verwandten und Angestellten. Mitte des 19. Jahrhunderts siedelte die Familie Cadbury in einen Vorort von Birmingham um, weil sie dort in einem eigenen Haus leben konnte, ohne andere Personen

aus dem Verwandten- und Mitarbeiterkreis. Diese Lebensform gewann in jener Zeit ein hohes Maß an Attraktivität, weil man privat und intim ausschließlich mit vertrauten Personen zusammenleben konnte. Privatheit ist eine Grundvoraussetzung von Individualität. Denn nur wer mit sich allein ist, kann verschiedene Dinge ausprobieren, kann sich ungehindert im Spiegel betrachten und sein Erscheinungsbild nach eigener Vorstellung formen.



Die *Geschichte des privaten Lebens* (Philippe Ariès et al., 1993) beschreibt eindrücklich, wie diese Idee der Privatheit und der damit verbundenen Möglichkeit der Individualisierung auch mit der industriellen Entwicklung verknüpft war: Spiegel wurden erschwinglich, weil industriell hergestellt, Bäder wurden eingerichtet, und viele der heute am Stadtrand liegenden Neubausiedlungen der 1950er-, 1960er- und 1970er-Jahre waren in vielen Ländern, etwa in Frankreich, Spanien und auch Deutschland, sehr attraktiv, weil man für sich allein mit seiner engsten Familie zusammenleben konnte.

Diese Lebensform setzte die Trennung von Arbeit und Familie voraus. Möglich wurde die Trennung aber erst, als durch die Industrialisierung zunehmend große und kapitalintensive Investitionen zur Güterproduktion notwendig wurden und die Industrialisierung zugleich den Wohnraum schaffte, der diese Privatheit ermöglichte. Die Entwicklung dahin ist keineswegs immer friedlich verlaufen, denn diese Lebensform hat bestimmte Konsequenzen. Der Zeittakt der Industriearbeit richtet sich nach den Produktionsabläufen im Maschinensaal oder im Büro. Der Preis für die Privatheit war die Bereitschaft, sich dem fremdbestimmten Takt von Arbeits- und Fahrtzeit zur Arbeit zu unterwerfen. Denn vorher arbeitete ein großer Teil auch der armen Bevölkerung zu Hause, vor allem in den ländlichen Regionen, produzierte etwa Textil- oder Lederprodukte, für die die Rohmaterialien angeliefert und die fertigen Produkte danach abgeholt wurden. Solche Formen der Arbeit gab es teilweise noch in den 1950er- und 1960er-Jahren.

## PROJEKTORIENTIERTE ARBEITSZEITMODELLE

Die möglichst effiziente Verwendung des eingesetzten Kapitals führte notwendigerweise zu einer Konzentration der Arbeitsplätze mit einer Rhythmisierung des Lebens durch die Stechuhr der Industriegüterproduktion. Der Blick auf die S-Bahn-Pläne von Berlin und die Öffnungszeiten von Geschäften, Büros und Schulen sowie der Drei-Schicht-Betrieb großer Konzerne lässt diesen Rhythmus gut nachvollziehen.

Noch heute sind die Industriearbeiter diesem Rhythmus unterworfen, ebenso wie die meisten Akteure der Pflegeberufe im medizinischen und sozialen Bereich, Sicherheitskräfte, Logistiker, technisches Wartungspersonal und Reinigungskräfte, um nur einige Bereiche zu nennen. Dabei begannen bereits in den 1980er-Jahren die großen Softwarekonzerne, sowohl für ihre Entwickler als auch für ihre Dienstleister andere Arbeitszeitmodelle zu entwickeln, die nicht mehr an feste Arbeitszeiten und auch nicht mehr an die Präsenz am Arbeitsplatz gebunden waren, sondern projektorientiert organisiert wurden. Aus Sicht der Unternehmer war es eine Win-win-Situation, weil sie erhebliche Bürokosten einsparen konnten – man brauchte nicht mehr für jeden Mitarbeiter einen Schreibtisch –, und für die Mitarbeiter war es ebenfalls ein

Gewinn, weil sich jetzt die ihnen übertragenen Projekte oder ihre Serviceleistungen mit dem eigenen Lebensstil und der eigenen Kreativität verbinden ließen.

Dass solche Modelle in Zeiten attraktiv sind, in denen aus Sicherheitsgründen die Mobilität und die Kontakte der Menschen reduziert sind und die Arbeit mithilfe des Computers und des Internets an Attraktivität gewinnt, ist nachvollziehbar: Auch lassen sich mit dieser Arbeitsorganisation Mitarbeiter gewinnen, die nicht in der Nähe ihres Arbeitsplatzes wohnen, sondern weiter außerhalb. Der Redakteur einer Zeitung kann seinen Text überall dort verfassen, wo er sich gut konzentrieren kann, und er kann über entsprechende Programme mit seinen Kollegen kommunizieren. Das Gleiche gilt für eine Vielzahl von Berufen, die in unserer Gesellschaft inzwischen erheblich an Bedeutung gewonnen haben. Auch für Familien kann eine solche Entwicklung vorteilhaft sein, weil jetzt Arbeitszeit, Schulzeit, Fahrtzeit zur Arbeit, häusliche Arbeiten und private Kommunikation zumindest teilweise wieder in die Disposition des Einzelnen und der einzelnen Familie gelegt werden. Wer jeden Morgen um 7.00 Uhr in der S-Bahn sitzt, um gegen 8.00 Uhr am Schreibtisch zu sein, freut sich über die gewonnene Stunde.

## SOZIALE DISKREPANZEN

Es sollte aber nicht unterschätzt werden, dass diese neue Form der Arbeitszeit ganz unterschiedliche Auswirkungen für verschiedene soziale Gruppen und Familien haben kann. Es wurden bereits einige Berufsgruppen genannt, die nicht in dieser Arbeitsform arbeiten können, und dahinter liegt ein sozial schwierig zu lösendes Problem. Intellektuelle Berufe und Tätigkeiten, die sich als Projekte gestalten lassen, können in einem solchen Arbeitsprozess verhältnismäßig gut organisiert werden. Aber die Dienstleister, die die Pakete bringen, die im Krankheitsfall zur Verfügung stehen oder die die Sicherheit gewährleisten, um nur einige Beispiele zu nennen, werden in der Regel nicht besonders gut bezahlt und müssen ihren Beruf weiterhin im Takt der organisierten Arbeit ausüben; heute durch die elektronische Kontrolle zudem extrem verfeinert, weil die Vorgesetzten auf diese Weise jede Minute des Mitarbeiters kontrollieren können. Auf dieses Dilemma hat schon Stefanie Coontz am Beispiel der New Yorker Banker im ausgehenden 19. Jahrhundert hingewiesen, die auch meist zu Hause arbeiten konnten und nur ein- oder zweimal in der Woche ins Büro gingen, während ihre Mitarbeiter im Zehn-Stunden-Takt zu arbeiten hatten, An- und Abreise nicht eingerechnet.

John Cadburys Söhne haben dieses Problem anders gelöst. Sie haben um die Fabrik herum eine Gartenstadt gebaut, die noch heute in Birmingham zu besichtigen ist. Dort gilt selbst heute noch ein Großteil der Regeln, die sie damals aufgestellt haben, etwa kein Verkauf und Ausschank von Alkohol.

Der Grundgedanke hinter diesem Konzept ist relativ gut nachzuvollziehen: Die Fabrik mit ihren Produktionsprozessen gibt eine bestimmte Zeitstruktur vor; wenn es jedoch gelingt, allen dort Arbeitenden in der Nähe der Fabrik privaten Wohnraum zu geben, wird der Gegensatz zwischen denjenigen, die sich dem Takt der Fabrikarbeit unterwerfen müssen, und denjenigen, die mehr Projektarbeit oder anderes machen, zwar nicht aufgehoben, aber deutlich verringert. Wer heute über Homeoffice und virtuelle Arbeit nachdenkt, steht vor dem gleichen Problem wie die Cadburys und ihre Zeitgenossen. Neue Produktionsformen und neue Arbeitsmöglichkeiten erfordern eine neue Form von Kommunikation und Interaktion. Wer sich nur darauf konzentriert, dass virtuelle Arbeitsplätze entstehen, ohne die sozialen Konsequenzen zu bedenken, wird genau jene Gegensätze hervorrufen, wie sie am Beispiel der Büroarbeit der New Yorker Bank und ihrer Chefs beschrieben wurden. Hieraus ergeben sich drei große Herausforderungen:

**Erstens:** In den großen Städten, etwa Berlin oder Hamburg, sind etwa sechzig Prozent der Haushalte Ein-Personen-Haushalte, bei denen sich in der Regel ein Bereich der Wohnung privat gestalten lässt und ein Bereich als Arbeitsplatz; in dieser Struktur lässt sich die Privatheit behalten oder aufgrund der vergrößerten Zeitdisposition sogar ausweiten.

Eine Familie mit Kindern, etwa in einer Vier-Zimmer-Wohnung, kann das nicht. Denn der Familienrhythmus und die Notwendigkeit zur konzentrierten Arbeit lassen sich viel schwerer miteinander vereinbaren, wenn Arbeit und Familie gleichzeitig an einem Ort stattfinden. Eine Steuerfachgehilfin, die Steuererklärungen prüft, kann ihrem dreijährigen Kind kaum erklären, dass sie die nächsten zwei Stunden für das Kind nicht zu sprechen ist, weil sonst die Fehlerquote zu groß wird. Auch lässt sich in einer solchen Familienwohnung die Privatheit kaum abgrenzen: Will man seinen privaten Lebensort, sei es das Schlafzimmer, die Küche oder das Wohnzimmer, so öffnen, dass alle Kollegen und der Chef genau wissen, wie man wohnt, welche Bilder an der Wand hängen, welche Musik man gern hört und Ähnliches mehr? Dadurch geht ein Stück Privatheit verloren.

**Zweitens:** Die Arbeit im Büro ist nicht nur sachlich-rational. Die Menschen gehen auch gern zur Arbeit, weil sie die konkrete soziale Kommunikation mit einem Kollegen oder einer Kollegin schätzen. Der Mensch ist ein soziales Wesen und auf diese Kommunikation angewiesen. Er ist auch darauf angewiesen, unabhängig vom Partner und seinen Kindern mit anderen Menschen personale Beziehungen und Kontakte, wie Freundschaften, aufzubauen. Bei der Konzentration der gesamten Arbeit zu Hause entfällt diese soziale Komponente der Arbeit, denn die virtuelle Kommunikation unterscheidet sich strukturell von der konkreten sozialen Interaktion von zwei Personen.

**Drittens:** Das zentrale Problem ist die Situation für die Kinder. Sollen Kinder in einer Welt aufwachsen, in der die Eltern ihre Arbeitszeit, die sich strukturell von der Familienzeit unterscheidet, in der häuslichen Interaktion

gegen die Kinder durchsetzen? Oder ist der häusliche Kontext nicht genau der Rahmen, in dem solche Verpflichtungen gerade keine Rolle spielen? Darüber hinaus aber sind Kinder und Jugendliche für ihre Entwicklung besonders darauf angewiesen, mit anderen Menschen real zu kommunizieren und zu interagieren, und nicht nur medial. Schon jetzt weist eine Reihe von Untersuchungen auf das Problem hin, dass die Kinder und Jugendlichen, die stark in den sozialen Netzen unterwegs sind, ausgeprägte personale Probleme aufzeigen. Wenn jetzt auch noch die Eltern fast ausschließlich in dieser Form medial agieren, wie wichtig nehmen dann die Kinder auf Dauer das Erlernen konkreter sozialer Beziehungen?

## MEHR FREIHEIT, WENIGER PRIVATHEIT

So stehen wir heute vor dem gleichen Problem wie die Gesellschaften des frühen 19. Jahrhunderts. Auf der einen Seite zeichnen sich, jetzt noch verstärkt durch die Coronakrise, durch die vermehrte Projektarbeit und die Virtualisierung der Beziehungen neue Arbeitsmöglichkeiten ab. Wenn diese Entwicklung in ihrer Struktur wesentlich dem Effizienzgewinn der Arbeit untergeordnet wird, werden sich ebenso wie in der Industriegesellschaft die sozialen Gegensätze zwischen denjenigen, die so leben können und Arbeit produzieren, und denjenigen, die für diese Gruppe die Dienstleistung erbringen, verstärken.

Den Familien wird ein Stück an Privatheit genommen; für die Alleinlebenden und diejenigen mit entsprechendem Wohnraum wird etwas Privatheit hinzugegeben; doch die soziale Kompetenz von Kindern wird möglicherweise auf Dauer eingeschränkt. Daher sollte diese Entwicklung weder vorbehaltlos begrüßt noch verteufelt werden. Vielmehr muss ebenso wie zu Beginn des 19. Jahrhunderts darüber diskutiert werden, wie diese Arbeitsorganisation so in das soziale Leben eingebettet werden kann, dass die Vorteile daraus nicht nur für einzelne Gruppen im ökonomischen Bereich erwachsen, sondern dieses Modell für einen Großteil der Gesellschaft attraktiv wird.

# Albtraum für den „Traumberuf“

—  
Ein Pilot am Boden

## PETER HAASE

Berufspilot bei der Lufthansa.

Seit 23 Jahren arbeite ich als Pilot für die Deutsche Lufthansa, vor zehn Jahren wurde ich vom Co-Piloten zum Kapitän geschult. Die Pilotenausbildung hatte ich direkt nach Abitur und Bundeswehr begonnen. Über eine andere Ausbildung oder ein Studium verfüge ich nicht.

2007 heiratete ich, wir bekamen zwei Kinder, heute neun und elf Jahre alt, und bauten ein Haus. Meine Frau hat 2019 ihren Job gekündigt, da meine Dienstpläne immer enger wurden und eine meiner

Töchter aufgrund einer Krankheit viel unserer Zeit benötigte, Lufthansa damals aber alle Anträge auf Teilzeit grundsätzlich ablehnte. Rein finanziell war dieses Alleinverdienermodell mit meinem Gehalt und den regelmäßigen Überstunden problemlos möglich. Pilot war ein „Traumberuf“, nicht ohne Schwierigkeiten, vor allem familiär, aber fraglos finanziell privilegiert.

Während meiner gesamten Karriere habe ich in meiner Berufsgruppe niemals etwas anderes als Personalmangel erlebt, auch nach der Bankenkrise 2008 nicht.

Ich war daran gewöhnt, Monat für Monat die maximal tariflich zugelassenen Überstunden arbeiten zu müssen. Das hatte zur Folge, dass ich meine Familie selten sah, aber ein ordentliches Jahreseinkommen bekam. Angst um meinen Arbeitsplatz hatte ich nie. Kolleginnen und Kollegen verloren ihre Arbeit lediglich aufgrund gesundheitlicher Probleme. Für diesen Fall habe ich mich gegen Berufsunfähigkeit versichert.

Mit Beginn der Coronakrise hat sich meine berufliche Situation komplett umgekehrt. Seit April 2020 führt Lufthansa weniger als zwanzig Prozent des geplanten Flugprogramms durch. Selbst diese wenigen Flüge haben im Schnitt eine niedrige Passagierauslastung, lediglich das Frachtgeschäft generiert noch Einnahmen. Die Piloten der Passagierflugzeuge befinden sich zum größten Teil in Kurzarbeit. Ob ich arbeiten darf oder nicht, wird monatsweise entschieden. Stand März 2021 war ich fünf Monate zum Arbeiten eingeteilt und hatte sieben Monate zu einhundert Prozent Kurzarbeit; etwa die Hälfte aller meiner Cockpit-Kollegen befinden sich dauerhaft in hundertprozentiger Kurzarbeit. Selbst in den Arbeitszeitmonaten hatte ich weniger Flugeinsätze, als möglich gewesen wären, ohne Überstunden generieren zu können.

Ich bin mir bewusst, dass es Menschen in anderen Berufsgruppen aktuell insgesamt weit schlechter geht, für uns Piloten sind die Aussichten allerdings langfristig ebenfalls schlecht. Bis März 2022 erhalte ich von der Lufthansa eine Aufstockung meines Kurzarbeitergeldes auf circa 75 Prozent meines ursprünglichen Grundgehaltes. In den Arbeitsmonaten wurde mein Grundgehalt zunächst um etwa sechzehn Prozent ge-

senkt. Ob und in welcher Höhe ab April 2022 noch Kurzarbeitergeld gezahlt wird und wie weit Lufthansa dann aufstocken wird, ist derzeit offen. Diesbezügliche Verhandlungen mit dem Betriebspartner haben noch nicht stattgefunden.

Die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten der Lufthansa sind düster. Selbst bei erfolgreicher Verteilung eines COVID-19-Impfstoffs ist damit zu rechnen, dass der Geschäftsreiseverkehr, wenn überhaupt, erst nach einigen Jahren auf Vorkrisenniveau zurückkehren wird. Im dritten Quartal 2020 hat Lufthansa 1,3 Milliarden Euro Verlust erwirtschaftet. Die staatlichen Kredite in Höhe von neun Milliarden Euro werden innerhalb von zwei bis drei Jahren aufgebraucht sein, wenn sich die Situation nicht verbessert.

Im fliegerischen Alltag hat sich bisher nicht viel verändert. Natürlich müssen die Hygieneregeln befolgt werden, und es gibt hin und wieder Schwierigkeiten mit Passagieren, die zum Beispiel die vorgeschriebenen Masken nicht tragen wollen. Im Übrigen ist die Stimmung innerhalb der Crews natürlich durch die Gesamtsituation getrübt.

Lufthansa hat eine vorbildliche Sicherheitskultur, sodass ich bisher kein Anzeichen dafür sehe, dass die Coronakrise unsere Flugsicherheit negativ beeinflusst. Dennoch muss – wie nie zuvor – an allen Ecken und Enden gespart werden. Das wird Lufthansa sicherlich insgesamt in Richtung der Low-Cost-Carrier verändern. Eine neue Touristiksparte namens „Eurowings Discover“ mit deutlich schlankeren Strukturen, besonders bei den Personalkosten, ist bereits fest in Planung. Natürlich kommt bei vielen Angestellten die Befürchtung auf, dass die Geschäftsleitung die Coronakrise nutzen könnte,

um Personal aus den bestehenden Tarifverträgen in neue, für die Firma günstigere Verträge zu „transferieren“ – auf welche Weise auch immer das geschehen mag. Die für die Piloten verhandlungsführende Gewerkschaft „Vereinigung Cockpit“ teilt diese Befürchtung.

Lufthansa hat angekündigt, circa 25 Prozent ihrer Piloten kurzfristig nicht mehr beschäftigen zu wollen. Einen Sozialplan gibt es noch nicht. Allerdings steht Lufthansa der Idee einer zeitlich begrenzten, kollektiven Teilzeitbeschäftigung aller Piloten mit dem Ziel, betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden, eher ablehnend gegenüber. Dagegen wurde be-

reits angekündigt, dass die Altersstruktur der Piloten beibehalten werden soll. Niemand kann sich aufgrund seines Alters oder der Dauer seiner Betriebszugehörigkeit sicher sein, nicht gekündigt zu werden. So trage ich, einst in einem „Traumberuf“ über den Wolken unterwegs, am Boden einen Rucksack sorgenvoller Gedanken mit mir herum: Wird die Firma die Krise überleben? Werde ich meinen Job behalten? Falls nicht, was dann? Etwas anderes als das Fliegen habe ich nie gelernt. Wie wird die Zukunft meiner Familie aussehen? Niemand hätte es sich vorstellen können, aber selbst für uns Flieger platzen Träume.

# Vom Corona- zum Wahlmodus

—  
Perspektiven der Parteiarbeit

## URSULA MÜNCH

Geboren 1961 in Esslingen am Neckar, Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, Professorin für Politikwissenschaft, Universität der Bundeswehr München.

Der Begriff „Disruption“ scheint zwar überstrapaziert, beschreibt die Corona-bedingten Veränderungen in der Arbeitsweise und dem Erscheinungsbild politischer Parteien jedoch treffend. Vor Corona bezog sich die Diagnose großer Umbrüche vor allem auf den Reichweitenrückgang der klassischen Volksparteien

und die damit verbundenen Veränderungen im Parteiensystem infolge gesellschaftlicher Prozesse und externer Schocks. Die Krisenrhetorik überzog und überzog schon deshalb, weil sie die enorme Anpassungsfähigkeit von Parteien und Parteiensystem unterschätzte. Inzwischen krempelt die Pandemie die Art und Weise, wie politische Parteien ihre Funktionen im intermediären

Bereich und auf der gouvernementalen Ebene erbringen, um. Aber nicht nur das Infektionsgeschehen entwickelte sich phasenweise dynamisch, sondern auch die Haltung von Bürgerinnen und Bürgern gegenüber ihren Repräsentanten. In welcher Verfassung Parteien und Parteiensystem nach der Corona-Krise sein werden, ist nicht abzusehen.

Spätestens seit den Terroranschlägen am 11. September 2001 durchleben wir eine Häufung von Krisen, die auch die einzelnen politischen Parteien und das gesamte Parteiensystem beeinflussen: Die Finanzkrise bildete 2008 den Auslöser für die kritische Auseinandersetzung mit einer marktorientierten Politik der Deregulierung. Die Migrationskrise verschärfte das Misstrauen gegenüber einem vermeintlichen „Mainstream“ in Politik und Medien, dezimierte den Wählerzuspruch für die beiden Volksparteien Union und SPD und begünstigte den Einzug der Alternative für Deutschland (AfD) in alle deutschen Landesparlamente. Die Erderwärmung und die Bedrohung der Artenvielfalt verändern die politische Themensetzung. Vor allem eine Partei – Bündnis 90/Die Grünen – gerät jedoch unter den Druck von Bewegungen, die konkrete Maßnahmen zur Erreichung von Klimagerechtigkeit fordern und den Spagat zwischen Klimaschutz und ökonomischem Wachstumskurs anprangern. Als Begleiterscheinung vor allem der Migrationskrise wirkte sich eine neue Konfliktlinie auf das gesamte Parteiensystem sowie die meisten Parteien aus und trennt seither – vereinfacht ausgedrückt – Modernisierungsgewinner, die sich als Weltbürger sehen, von denjenigen, die sich selbst eher als Verlierer der Globalisierung und Digitalisierung wahrnehmen und ihre Hoffnungen auf die nationale Gemeinschaft richten. Gerade für die Wahlkämpfer in den Volksparteien (der Plural sei ungeachtet empirischer Evidenz erlaubt) muss das pandemiebedingte Distanzgebot angesichts dieser Krisen, von denen jede das Misstrauen gegenüber Politik und Medien verstärkt hat, fast wie Hohn wirken: Längst vor Corona gingen die Einkaufslustigen in deutschen Fußgängerzonen gern auf Abstand zu den Infoständen der Parteien.

## POLITIK ALS LEBENSRETTER

Während die genannten Krisen und die jeweilige Krisenbewältigung die Unzufriedenheit der Wählerschaft mit den jeweiligen Regierungsparteien im Bund förderten, beobachteten wir zumindest in den ersten Phasen der Pandemie einen anderen Trend: Die Regierungen in Bund und Ländern und die sie tragenden Parteien stabilisierten sich in Meinungsumfragen und erfuhren vergleichsweise hohe Zustimmungswerte. Auch wenn sich seit dem langen Winter 2020/21 ein gegenläufiger Trend abzeichnet, unterscheidet sich Corona doch von früheren Krisen: Monatlang wurde die Politik vor allem der Bundesregierung als lebensrettend wahrgenommen. Selbst Politikverdrossene waren offensichtlich froh, nicht von populistischen Hasardeuren regiert zu

werden. Das Repräsentationsdefizit (Wolfgang Merkel), das ein relevanter Teil der Wählerschaft nach 2015 wahrgenommen hatte, spielte offenbar im Zuge der Bekämpfung der Pandemie und ihrer Folgen keine nennenswerte Rolle. Dominierte in den Jahren nach 2015 der populistisch geschürte Zweifel an der Handlungsfähigkeit des Staates, erlebten wir im Frühjahr 2020 das genaue Gegenteil: eine der Gesundheits- und Wirtschaftskrise geschuldete Staatsgläubigkeit, von der zumindest bei Umfragen vor allem die CDU und die CSU profitierten.

Doch in einer „Stimmungsdemokratie“ (Heinrich Oberreuter) können auch Dankbarkeitsanwandlungen gegenüber einer paternalistisch auftretenden Regierung, die von Peter Sloterdijk in gewohnter Zuspitzung als „okkultierter Semisozialismus“ beschrieben wird, rasch verpuffen. Viel scheint es dafür angesichts des Corona-Überdrusses nicht zu brauchen: Die unvermeidbaren Ungerechtigkeiten bei der Pandemiebekämpfung, die von Nichtprivilegierten als Existenzvernichtung erlebt wird, sowie verschiedene Fehlentscheidungen, die auf dem Weg zwischen Impfstoffentwicklung und tatsächlichem „Durchimpfen“ der Bevölkerung getroffen wurden, reichen offenbar aus.

## UMSTRITTENE KANDIDATENAUFSTELLUNG

Pandemiebedingte Distanzgebote, das Erfordernis der Kontaktreduktion sowie Einschränkungen der Bewegungsfreiheit zwangen die politischen Parteien im Verlauf der Pandemie, die meisten ihrer im Grundgesetz sowie im Parteien- und Wahlgesetz festgelegten Funktionen anders als bislang üblich und vorstellbar zu organisieren und auszuüben. Davon ist besonders ihre zentrale Funktion der Selektion von Kandidatinnen und Kandidaten sowohl für Parteiämter als auch für Parlamentsmandate und damit indirekt für Regierungsaufgaben betroffen. Angesichts des „Superwahljahres“ 2021, in dem die Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahl und sechs Landtagswahlen identifiziert und innerparteilich legitimiert werden mussten, war der Handlungsdruck offensichtlich.

Der Anstoß für eine entsprechende Änderung des Bundeswahlgesetzes kam bezeichnenderweise aus den Parteizentralen: Die Generalsekretäre von CDU, CSU, SPD, Grünen, FDP und Linken wandten sich Anfang Juni 2020 in einem gemeinsamen Schreiben an den Bundestag und verwiesen auf die Notwendigkeit, wegen der anhaltenden Pandemie „eine vorsorgliche Änderung“ des Wahlrechts zum Deutschen Bundestag anzugehen. Hintergrund war die Befürchtung, dass Aufstellungsversammlungen der Parteien angesichts der Auflagen zur Pandemiebekämpfung nicht durchführbar sein würden. Tatsächlich: Bevor die Parteien die Vorgabe des Paragraph 19 Bundeswahlgesetz erfüllen können, ihre jeweiligen Landeslisten bis zum 69. Tag vor

der Wahl einzureichen, müssen sie Versammlungen zur Aufstellung der Wahlbewerber durchführen. In solchen Aufstellungsversammlungen sind Delegierte abstimmungsberechtigt, die durch eine vorgelagerte Wahl legitimiert sind. Noch zeitaufwendiger wird das Aufstellungsverfahren dadurch, dass es aus Sicht der Parteien sinnvoll ist, ihre Landeslisten erst dann aufzustellen, nachdem die Entscheidung über die Wahlkreisbewerber für das Direktmandat gefallen ist. Mit Ausnahme der AfD waren sich die Fraktionen im Bundestag mit Blick auf die Notwendigkeit pandemiebedingter Sonderregelungen für die Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 2021 einig. Schließlich steht fest: Ohne Kandidaten keine Wahl und ohne Wahl keine für die rechtsstaatliche Demokratie unverzichtbare temporäre Gewaltenteilung.

Höchst umstritten ist jedoch, ob der von der Regierungsmehrheit gewählte Verordnungsweg der verfassungsrechtlichen Stellung der Parteien, der innerparteilichen Demokratie sowie der Bedeutung ihrer Auswahlprozesse für die Demokratie gerecht wird. Auf Kritik – auch von Verfassungsrechtlern (vergleiche die Beiträge im *Verfassungsblog*) – stößt vor allem, dass die zeitlich befristete Neufassung im Bundeswahlgesetz dem Bundesinnenminister, etwa im Falle einer Naturkatastrophe, das Recht gibt, durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundestages bedarf, weitreichende Eingriffe in die binnendemokratische Ordnung der Parteien vorzunehmen. Derartige Grundsatzfragen demokratischer Willensbildung und Wahlvorbereitung wie etwa die Aussetzung der Vorschrift, dass Parteien ihre Kandidaten in einer Versammlung aufstellen müssen, sollten nach Auffassung der Kritiker nicht von der Exekutive entschieden werden, sondern vom Gesetzgeber.

Ungeachtet dieser Differenzen zwischen den Regierungsparteien und der Opposition zeigte diese Debatte auch, dass Mitglieder der größten Oppositionsfraktion im Bundestag – also der AfD – nicht davor zurückschrecken, Debatten über die Frage der Gestaltung von Wahlen in Zeiten der Pandemie dafür zu nutzen, das Vertrauen der Öffentlichkeit in den ordnungsgemäßen Wahlprozess zu unterminieren. Eine Mischung aus Selbstüberschätzung und fehlender Lernfähigkeit veranlasste die AfD sogar, Anleihen bei der Rhetorik des früheren US-amerikanischen Präsidenten zu nehmen.

Während die AfD inzwischen das Sprachrohr der Corona-Leugner sein möchte, bewegen sich die demokratisch gesinnten Parteien zwangsläufig in einem komplexeren Umfeld. So liefern manche (Partei-)Politiker durch ihr Kommunikationsverhalten die (Text-)Bausteine im Prozess der medialen „Verengung der Welt“ in Krisenzeiten (Martin Hennig/Dennis Gräf). Wer sich dagegen nicht an der Fixierung auf Krisenszenarien beteiligt, gerät entweder aus dem Scheinwerferlicht oder muss sich wenigstens vorwerfen lassen, das Pandemiegeschehen zu verharmlosen. Gleichzeitig leiden der politische Wettbewerb und damit in der Konsequenz das Vertrauen der Wählerschaft in die Parteien, wenn sich Meinungskorridore durch die Warnung zum Beispiel vor „Öffnungsdiskussionsorgien“ verengen.

Schon seit Jahren bauen sich gegenläufige Erwartungen zu einem unauflösbaren Anforderungsdruck an die Parteien auf: Einer gewissen „Basta-Sehnsucht“, die sich in den Anfangsmonaten der Pandemie zur Autoritätsgläubigkeit auswuchs, stehen die Forderungen nach hoher Transparenz politischer Entscheidungsprozesse und kontinuierlicher Beteiligung des Teils der Bevölkerungsgruppen, der die eigenen Ansichten teilt, gegenüber. Das Management einer globalen Gesundheitskrise wäre jedoch mit dem Wunsch nach diskursiver Rückbindung selbst dann nicht vereinbar, wenn sich die Digitalisierung in einem Zustand befände, den alle Akteure in Politik, Wirtschaft und sogar die Verwaltung zwar einfordern, den herzustellen sie sich selbst aber gleichzeitig außerstande sehen.

### GEFAHR NEUER DISKURS- UND REPRÄSENTATIONSDEFIZITE

Dass es überzeugend gelungen ist, einen Parteitag, dessen Entscheidungen für die gesamte Republik bedeutsam sind, samt der Wahl des Parteivorsitzenden nahezu komplett ins Netz zu verlagern, ist angesichts der früheren Schwerfälligkeit derselben Partei im Umgang mit zerstörerischen YouTube-Videos eine bemerkenswerte Leistung. Die Lernfähigkeit der CDU, aber auch anderer Parteien birgt jedoch ein Folgerisiko: Die vorübergehende Verlagerung der für eine demokratische Willensbildung gerade im Superwahljahr 2021 unverzichtbaren Aggregations-, Vermittlungs- und Artikulationsfunktionen der Parteien in Messenger-Apps und digitale Netzwerke kostet immense Ressourcen – Personal, Ideen, Zeit, Geld. Es wäre ein schwerer Fehler, angesichts des zu betreibenden Formataufwands den Austausch mit den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und das genaue Hinhören zu vernachlässigen.

Wenn die demokratisch gesinnten politischen Parteien aus der jetzigen Krise in einem besseren Zustand hervorgehen wollen als aus den früheren (aber längst noch nicht überwundenen) Krisen, müssen sie den (medialen) Corona-Diskursen im „Überbietungsmodus“ (Stefan Ruß-Mohl) etwas entgegensetzen: Statt routinierter Entschuldigungsfloskeln im Dienstleistungsjargon oder – noch schlimmer – der Unfähigkeit, offensichtliche Fehler einzugestehen, sind Prozesse des Nachdenkens, des Überdenkens und des Versuchs, aus gemachten Fehlern auch sichtbar Lehren zu ziehen, notwendig. An diesen Prozessen muss die Öffentlichkeit nicht unbedingt teilhaben – schon gar nicht in Form eines paternalistischen „Mitgenommenwerdens“. Wer jedoch das Entstehen eines folgenschweren Repräsentationsdefizits wie in den Jahren 2015 und 2016 vermeiden will, sollte bedenken, dass Defizitparteien (Karl-Rudolf Korte) von den Angebotslücken und den Inhalts- sowie Kommunikationsfehlern der anderen leben. Vor allem in Wahljahren.

# „Die Sehnsucht, Unterschiede zu versöhnen, ist groß“

Der neue Vorsitzende der CDU Deutschlands über ein „Modernisierungsjahrzehnt für Deutschland“, Perspektiven nach der Pandemie und die CDU als Brückenbauerin in Zeiten der Polarisierung

## ARMIN LASCHET

Geboren 1961 in Aachen, seit 2000 Mitglied des Vorstandes der Europäischen Volkspartei (EVP), seit 2012 Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, seit Juni 2017 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, seit 2021 Vorsitzender der CDU Deutschlands.

Herr Ministerpräsident, von jedem neuen Parteivorsitzenden werden Signale des Aufbruchs erwartet. Sie haben auch nicht gezögert und ein „Modernisierungsjahrzehnt für Deutschland“ skizziert. Was daran ist so neu und spannend, dass es neue Anstöße für Partei und Wähler auslöst?

**Armin Laschet:** Wir befinden uns in der Situation, dass die CDU seit 2005 in Deutschland Regierungsverantwortung trägt. Etwas völlig Neues zu entwickeln, würde die Frage aufwerfen: Warum habt ihr das nicht schon vorher gemacht? Insofern baut das, was wir als „Modernisierungsjahrzehnt“ erarbeiten, auf dem Stand von heute auf und reagiert auf die aktuellen Probleme – und die sind natürlich eng mit Corona verbunden.

Gegen Ende des Jahres, wenn die Pandemie hoffentlich überwunden ist, gilt es zunächst, Bilanz zu ziehen und zu ermitteln, welche Defizite aufgetreten sind – insbesondere bei der Digitalisierung, in den Verwaltungen und der Geschwindigkeit von Entscheidungen. Deutschland wird seine wirtschaftliche Dynamik wieder entfalten müssen – auch, um die riesigen Haushaltsprobleme in den Griff zu bekommen. Es geht darum, in dieser neuen Phase an die gute Phase vor der Pandemie anzuknüpfen – und das geht nur durch Wachstum und durch positive Anreize für die Wirtschaft.

Es wird nicht sein wie vorher, aber damit es wieder annähernd so wird, muss sich Deutschland modernisieren: die öffentliche Infrastruktur – Straßen und Wege – in Ordnung bringen, auch alles für die Energiewende zu einer klimaneutralen Wirtschaft, etwa mit Wasserstofftechnologien, vorbereiten. Dabei muss Deutschland ein Industrieland bleiben, und das ist die große Ambition.

Im internationalen Bereich muss die Europäische Union handlungsfähiger werden und die Wettbewerbsherausforderung durch China annehmen. In der NATO ist seit Jahren das „Zwei-Prozent-Ziel“ für die Verteidigungsausgaben der Mitgliedstaaten verabredet, aber wir ha-

ben es noch lange nicht erreicht. Mit dem Wechsel im Weißen Haus besteht die Chance, das Bündnis wieder mit neuem Leben zu erfüllen. Dennoch muss Europa so stark werden, dass wir notfalls allein handlungsfähig sind. Im Aachener Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit ist vieles vereinbart, was der Konkretisierung bedarf.

**Wie verändert die Coronakrise den Blick auf die globalisierte Welt? Treten die Gefährdungen in den Vordergrund? Wird Risikovorsorge zu einem zentralen Thema?**

**Armin Laschet:** Schon vor der Pandemie gab es Themen in der globalen Welt, die Anlass zur Sorge gaben: Klimawandel, Migrations- und Armutsbewegungen, regionale Konflikte, die schnell eskalieren können, und kriegerische Auseinandersetzungen. Die Pandemie ist als eine große Herausforderung hinzugekommen. Sie macht deutlich, dass die multilaterale Ordnung der beste Raum ist, um die Probleme anzupacken. Die Vorstellung, dass ein Land das allein könnte, ist nach der Pandemieerfahrung so offenkundig falsch, dass sie vielleicht eine Bewusstseinsänderung auslöst.

**Alle Hoffnung richtet sich zunächst auf eine Zukunft nach Corona – wenn alle Impfwilligen geimpft sind, soll es so weit sein. Welche gesellschaftliche Wirklichkeit erwarten Sie in dieser, dann „neuen Normalität“? Was ist mit „Krisenverlierern“ – etwa Soloselbstständigen, Menschen, die im Kulturbereich arbeiten? Befürchten Sie, wie manche Soziologen, einen verschärften Generationenkonflikt?**



Foto: © Steffen Böttcher

**Armin Laschet:** Das ist schwer vorauszusagen. Die Frage ist, wer ist die am meisten betroffene Generation? Betrachtet man die Verletzlichkeit und Sterblichkeit, waren weit überwiegend die Älteren betroffen. Stellt man auf die Beeinträchtigung der persönlichen Entwicklung ab, waren es eher die Jüngeren. Der Schutz der Älteren hat zurzeit die höchste Priorität, aber die Generation von Schülern, die monatelang nicht in der Schule waren, denen soziale Begegnungen fehlen, Studierende, die ihr Studium nicht richtig beginnen konnten, weil es beispielsweise an den sozialen Begegnungen gefehlt hat, sind ebenso Betroffene der Pandemie. Wir müssen alles dafür tun, dass es keine verlorene Generation gibt.

**Die Coronakrise scheint gesellschaftliche Friktionen weltweit zu beschleunigen – teils mit erschreckenden politi-**

**schen Auswirkungen. Mit Bezug auf die Geschehnisse am Kapitol in Washington haben Sie vom „Gift“ der Spaltung gesprochen. Was folgt aus dieser Besorgnis, und welche Rolle spielt die große Volks- und Mitte-Partei CDU, um diese gesellschaftlichen Polarisierungen zu überwinden?**

**Armin Laschet:** Am Beispiel der USA habe ich deutlich machen wollen, dass die Vergiftung verbal, im Netz und anonym beginnt und von prominenten Personen weiterbetrieben und befeuert wird. Am Ende ist eine Gesellschaft so gespalten, dass ein neuer Präsident wohl die ganze Wahlperiode brauchen wird, um sie wieder zusammenzuführen. Die Geschehnisse am Kapitol waren eine Lehre. Seitdem ist Populismus kein Selbstläufer mehr. Der Politikstil von Bolsonaro, Trump oder anderen ist sichtbar an Grenzen gestoßen,

**„Die Sehnsucht, Unterschiede zu versöhnen, ist groß“, Armin Laschet**

und es ist höchste Zeit, zu normalen Umgangsformen zurückkehren. Für Deutschland heißt das, dass wir als Partei in einer Gesellschaft, die in der Corona-Debatte – etwa über das Pro oder Contra von Schulöffnungen – heftig diskutiert, keinen Wahlkampf führen, der zusätzlich polarisiert. Hart in der Sache, aber nicht anheizen.

Die Sehnsucht, Unterschiede zu versöhnen, ist groß. Überall ist sie zu spüren. Das gilt auch im Verhältnis von Stadt und Land. Viele Menschen in ländlichen Regionen fühlen sich nicht mehr verstanden – besonders in Ostdeutschland, aber auch im Westen. Ein neuer Konflikt zwischen der jungen und der alten Generation könnte aufbrechen. Die CDU hat in ihrer Geschichte immer wieder Gegensätze zu einem gemeinsamen Ergebnis gebracht. Unsere von Polarisierungen geprägte Zeit macht deutlich, warum Volksparteien gebraucht werden.

**Die Union hat sich seit jeher als „Brückenbauerin“ verstanden. Nur fragt sich, woher sie dazu die Kraft nehmen soll, wenn die gesellschaftliche Mitte selbst Spaltungsprozessen unterworfen ist.**

**Armin Laschet:** Polarisierung spielt in die Mitte der Gesellschaft, sogar in den privaten Kreis hinein. Die einen Eltern sagen: Öffnet endlich die Schule, mein Kind braucht gute Bildung! Die anderen halten dagegen: Ihr schickt meine Kinder in den Tod. Solche Positionen lassen sich kaum noch miteinander versöhnen. Dann steht unsere Volkspartei in der Pflicht, die Standpunkte zumindest ernst zu nehmen und jedem die Entscheidungen gut zu erklären. Das heißt auch, den Abwägungsprozess darzustellen, deutlich zu machen,

dass die Handelnden um das Pro und das Contra wissen und um eine Lösung ringen.

**Die Grünen haben kürzlich ein neues „Ministerium für Gesellschaftlichen Zusammenhalt“ vorgeschlagen. Klingt ein bisschen nach Orwell, da gab es Ministerien für Wahrheit und Liebe. Dennoch die Frage: Lässt sich Zusammenhalt ministeriell auf dem Verordnungs- und Gesetzeswege exekutieren?**

**Armin Laschet:** Das ist eher eine Sprachkreation, wie sie mit dem „Gute-Kita-Gesetz“ als Bezeichnung von Bundesgesetzen modern geworden ist. „Gutedies“ und „Gute-das“, das sollten wir uns besser ersparen. Die Sprache des Gesetzgebers und der Verwaltung muss so sachlich und nüchtern wie möglich sein, auch bei den Benennungen von Ministerien. Diese Bezeichnungen können die Gesellschaft nicht verändern, sondern im Mittelpunkt stehen die Aufgaben, die zu erledigen sind.

Bereits vor Jahren habe ich einem „Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration“ vorgestanden. Mit anderen Worten war es bereits ein „Ministerium für gesellschaftlichen Zusammenhalt“. Es widmete sich den Fragen einer älter werdenden Gesellschaft, setzte Akzente in der frühkindlichen Bildung, förderte die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, stärkte Familien und gab Impulse für die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Wenn die Grünen unterlegen, welche konkreten Aufgaben ein solches Ministerium haben sollte, könnte man sich dem Gedanken nähern, allerdings nicht mit so einem Namen.



Es geht darum, anzuerkennen, dass Deutschland keine homogene, sondern eine sehr vielfältige Gesellschaft ist. Doch darüber hinaus braucht es etwas Einigendes. An dieser Aufgabe muss Politik mitwirken, aber sie kann es nicht allein. Kirchen, Gewerkschaften, Verbände und viele andere Akteure der Zivilgesellschaft sind ebenfalls gefragt. Mit ministeriellen Verordnungen bekommt man das gewiss nicht hin.

**Die Bonner „Pizza-Connection“ war gestern. Inzwischen ärgern Sie sich darüber, dass dieselben Grünen, die „Garzweiler II“ zugestimmt haben, heute im Hambacher Forst demonstrieren. Wo sehen Sie schwarz-grüne Gemeinsamkeiten?**

**Armin Laschet:** Zunächst muss ich feststellen, dass sich noch erweisen wird, wie eine nächste Bundesregierung aussehen wird. Die Grünen sind ein Hauptwettbewerber, weil sie teils um ähnliche Wählergruppen werben wie die Union. Oft gibt es gleiche Ziele, aber unterschiedliche Herangehensweisen. Beide sagen: Wir wollen Klimaneutralität bis 2050. Doch wir setzen mehr auf marktwirtschaftliche Mittel und Anreize, während bei den Grünen Gebote und Verbote im Vordergrund stehen. Das Ziel teilen wir, aber der Weg dorthin unterscheidet sich. Und wir werben für unseren Weg, weil wir überzeugt sind, dass er erfolversprechender ist. So gibt es sehr viele Unterschiede in Energie- und Technikfragen, aber auch in der Landwirtschaft. Ein größeres Maß an Übereinstimmung besteht sicher in der Europa-Politik.

**Sie sprechen von „einer Umweltpolitik mit Augenmaß“. Wer überzeugt ist,**

**dass „unser Haus brennt“ (Greta Thunberg), wird sich in einer solchen Formulierung vermutlich nicht wiederfinden. Wie erklären Sie jungen Menschen von „Fridays for Future“ Ihren weniger radikalen Ansatz?**

**Armin Laschet:** Wie für alle Politik gilt, dass man die Folgen seiner Handlungen bedenken muss. Entstehen auf dem Weg zum guten Ziel an anderer Stelle Schäden? Selbst Maßnahmen des Klimaschutzes können, wenn sie nicht zu Ende gedacht sind, klima- und umweltschädlich sein. Unterstellen wir einmal, wir würden eine CO<sub>2</sub>-Gesetzgebung oder -Energiepolitik betreiben, die es Stahl- und Aluminiumunternehmen unmöglich macht, in Deutschland zu arbeiten, und sie würden abwandern – auch Greta und „Fridays for Future“ müssten enttäuscht sein, weil die Unternehmen andernorts unter weniger klimaschonenden Bedingungen produzieren würden. Die zentrale Frage ist, was erreiche ich mit einer Maßnahme in Deutschland bezogen auf die Effekte für das Weltklima?

Von dieser Qualität gibt es noch zig andere Beispiele: Auch wenn wir in Deutschland keine Automobilindustrie mehr hätten, würde weltweit Mobilität stattfinden, aber die Autoproduktion läge weit unterhalb unserer Standards. Wenn sich die Landwirtschaft bei uns nicht mehr lohnt, werden trotzdem Nahrungsmittel gebraucht. Und es stellt sich die Frage: Unter welchen Bedingungen werden sie anderswo hergestellt? Wie steht es dann um soziale, ökologische und Tierschutzstandards? Sind sie besser oder schlechter? Dieses Abwägen nennt man Maß und Mitte oder Handeln mit Augenmaß.

**Die CDU muss nicht nur jünger, sondern auch weiblicher werden. Die Struktur- und Satzungskommission der CDU hat weitgehende Änderungen der Parteisatzung vorgeschlagen, um den Frauenanteil in der Partei zu erhöhen. Wie wird es damit weitergehen?**

**Armin Laschet:** Die Ergebnisse stehen und müssen auf einem Parteitag offiziell beschlossen werden. Wenn ich es richtig sehe, wird weitgehend anerkannt, dass es sich um gute Ergebnisse handelt und die Mehrheit sie beschließen wird. Anschließend werden sie in den Landesverbänden umgesetzt.

**Das wirtschaftspolitische Profil der CDU sei in den letzten Jahren verblasst, geben Unternehmerinnen und Unternehmer zu bedenken. Welche Bedeutung räumen Sie dieser Einschätzung ein?**

**Armin Laschet:** Diese Wahrnehmung gibt es. Ob sie berechtigt ist oder nicht, ist eine andere Frage. Aber unabhängig davon müssen wir zeigen, dass wir in wirtschaftlichen, industriepolitischen und arbeitsrechtlichen Fragen kompetent sind. Und es muss Personen geben, die dafür stehen. Es muss erkennbar sein, in der Programmatik und in den Personen, die sie vertreten. Das ist eine Aufgabe, die vor uns liegt.

**Die CDU basiert bekanntlich auf drei Grundströmungen. Manche sehen die liberale und christlich-soziale zu sehr im Vordergrund und wünschen sich eine stärker konservative Ausrichtung – vor allem in Ostdeutschland scheint das so zu sein. Sind die Gewichtungen aktuell gut verteilt?**

**Armin Laschet:** Aus meiner Sicht ja! Jedenfalls so lange, wie die konservative Richtung nicht klar sagt, was sie meint. Wenn das heißt: einen klaren Kurs bei der inneren Sicherheit zu haben, ein geordnetes Migrationssystem, den Mittelstand und die Wirtschaft zu stärken, dafür zu sorgen, dass der ländliche Raum nicht zurückbleibt – dann ist das nicht nur konservativ, sondern christlich-demokratisch. Ich bekenne mich gern zu Deutschland, aber wer den Eindruck erweckt, dass wir allein in der Lage wären, globale Probleme zu lösen, ist auf dem falschen Dampfer. Diese Illusion schwächt am Ende die Nation. Der Nationalstaat kann zentrale Probleme nicht allein bewältigen: Fragen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, der Währungspolitik, zunehmend auch der Außen- und Sicherheitspolitik – oder etwa die Bekämpfung von organisiertem Verbrechen und mafioser Kriminalität brauchen europäische Lösungen.

Da ich nun nach einer ostdeutschen Kanzlerin und Parteivorsitzenden aus dem tiefsten Westen komme, will ich mich umso mehr um das Thema „Ostdeutschland“ kümmern, viel vor Ort sein und denjenigen, die im Osten Verantwortung tragen, intensiv zuhören.

Nach dreißig Jahren deutscher Einheit ist festzustellen, dass es immer noch große Wahrnehmungsunterschiede zwischen Ost und West gibt. Es gibt „blühende Landschaften“ im Osten, es gibt Städte, die sehen in Sachen Infrastruktur besser aus als manche im Westen. Aber das Gefühl, ganz dazuzugehören, wahrgenommen zu werden, in den unterschiedlichen kulturellen Prägungen ernst genommen zu werden – da gibt es einiges zu tun.

**Das „C“ steht am Anfang des Parteinamens. Aber das Zutrauen schwindet. Was raten Sie als katholischer Christ anderen katholischen Christen in der Partei, wenn die Auseinandersetzungen im Erzbistum Köln zur Sprache kommen?**

**Armin Laschet:** Ich rate uns, dass sich die Politik nicht im Detail in diese Auseinandersetzung einmischt. Dennoch habe ich die Erwartung, dass diese Vorgänge aufgeklärt werden und man Mechanismen entwickelt, wie man zu einer Kultur der Transparenz kommt. Mein Eindruck ist, dass die Bischofskonferenz als Ganzes auf einem guten Wege ist.

Das „C“ steht in der Partei nicht infrage. Wir leiten unsere Politik vom christlichen Menschenbild ab, das den Menschen als Individuum mit unveräußerlicher Würde und Freiheit versteht, das aber immer auf die Gemeinschaft bezogen ist. Darüber häufiger zu sprechen und zu erklären, woraus sich konkrete Einzelentscheidungen ableiten, stärkt das Profil der Union.

**Mit welchen Hoffnungen, Sorgen und Erwartungen blicken Sie auf das „Superwahljahr“ 2021 – ein Wahljahr, das notgedrungen noch unter Pandemiebedingungen stattfindet?**

**Armin Laschet:** Das Entscheidende ist, dass dieser Wahlkampf eine vertiefte Debatte auslöst, die die Unterschiede zwi-

schen den Parteien verdeutlicht, aber in angemessener Tonlage und mit Respekt vor dem politischen Gegner – mit dem Ziel, radikale Parteien möglichst aus den Parlamenten herauszuhalten oder sie kleinzuhalten. Darüber hinaus wollen wir am Ende ein Ergebnis, das die Union in der entscheidenden Phase nach der Pandemie, wie an vielen Schnittpunkten in der deutschen Nachkriegsgeschichte, erneut zur prägenden Kraft macht und mit dem wir den Kanzler stellen. Experimente wie Rot-Rot-Grün gilt es zu verhindern, denn dann wäre das Modernisierungsjahrzehnt beendet, und Deutschland würde zurückfallen.

Der Wahlkampf selbst wird anders sein. Wahlversammlungen mit menschlicher Nähe, wie wir es gewohnt sind, wird es so nicht geben. Aber vielleicht sind persönliche Kontakte trotzdem möglich, man kann ja beim Verteilen von Flyern vor den Haustüren größeren Abstand halten. In den zurückliegenden Wahlkämpfen hat mich sehr überrascht, wie viele Menschen digitale Diskussionsveranstaltungen besucht haben. Bis zu 200 Personen waren da einem Abgeordneten in seinem Wahlkreis zuschaltet. Vielleicht schaffen wir es, mit einem digitalen Wahlkampf – und zusätzlich mit Plakaten und Ständen nach Corona-Regeln – am Ende genauso viele oder mehr Menschen zu erreichen als vorher. Das Experiment liegt vor uns.

*Das Gespräch führte Bernd Löhmann am 22. Februar 2021.*

# Nothilfe – und was dann?

–  
Ansätze für eine dauerhafte Wirtschaftsstrategie

## MARTIN SCHEBESTA

Geboren 1993 in Aachen,  
Referent Soziale Marktwirtschaft,  
Hauptabteilung Analyse und  
Beratung, Konrad-Adenauer-  
Stiftung.

Das Virus SARS-CoV-2 hat die Wirtschaft in einen Schockzustand versetzt und den Staat zu beispiellosen wirtschaftspolitischen Unterstützungsmaßnahmen veranlasst: „Lockdowns“ beeinträchtigen ganze Branchen und haben zur schwersten Rezession der Nachkriegszeit

geführt.<sup>1</sup> Um die wirtschaftlichen Folgen abzufedern, hat der Staat umfassende fiskalpolitische Maßnahmen ergriffen und 2020 zwei Nachtragshaushalte mit einem Ausgabenvolumen von 122,5 und 103 Milliarden Euro verabschiedet.

Obwohl inzwischen geimpft wird, ist auch im Frühjahr 2021 ein Ende der Pandemie noch nicht in greifbare Nähe gerückt. Genauso wenig sind die wirtschaftlichen Langzeitfolgen absehbar. Rufe nach einer Strategie für die Wirtschaft werden lauter. Soll der Staat als ständiger Nothelfer agieren? Wie gestaltet sich seine Rolle nach der Krise? Wie sehen auf kurze und lange Sicht die wirtschaftspolitischen Ziele aus? Und wie lassen sie sich erreichen?

Die Wirtschaftspolitik in Deutschland gründet auf der Sozialen Marktwirtschaft. Im Mittelpunkt stehen der Mensch, seine Freiheit und seine Eigenverantwortung. Der Staat gibt den Rahmen vor, er ist der Schiedsrichter. Er schützt den Wettbewerb und adressiert Marktversagen. Wettbewerb sichert Qualität zu vernünftigen Preisen, schafft steigenden Wohlstand für alle und sorgt für Innovation, Qualitätsverbesserungen und sinkende Preise. Dafür sind Regeln notwendig, die ein starker Staat setzt und deren Einhaltung er überwacht und durchsetzt. Anstatt das Wirtschaftsgeschehen direkt zu steuern, setzt der Staat den Ordnungsrahmen, in dem sich die Marktteilnehmer frei bewegen können.

## BALANCE VON MARKT UND STAAT

Entgegen der Auffassung ihrer Kritiker ist die Soziale Marktwirtschaft in der Lage, aktuelle Herausforderungen wie den Klimawandel, die Ressourcensicherung, die Digitalisierung und die Corona-Pandemie zu bewältigen.<sup>2</sup> In den vergangenen zwölf Monaten hat sie unter Beweis gestellt, dass sie auch unter den Bedingungen einer Pandemie über die notwendige Flexibilität und Anpassungsfähigkeit verfügt, um die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Krise zu verkraften. Temporäre, verhältnismäßige Einschränkungen sind gerechtfertigt, wenngleich nicht jedes Wirtschaftsgeschehen zur Ausbreitung der Infektion beiträgt. Der Staat reagiert mit einem zeitweiligen Abschied von der „schwarzen Null“ und mit einer höheren Neuverschuldung, verfügt er doch über den notwendigen finanziellen Spielraum aus der Haushaltspolitik der Vorjahre, um wirtschaftliche Schäden zu verhindern sowie wirtschaftliche Existenzen und die Grundversorgung der Bevölkerung zu sichern.

Die Krise zeigt auch, dass der Markt funktioniert und dass die Unternehmen flexibel genug sind, um – nach einer Anpassungsphase – auf die erhöhte Nachfrage, etwa nach Schutzmasken und Desinfektionsmitteln, zu reagieren. Auch die schnelle Entwicklung wirksamer Impfstoffe zeugt von der Leistungsfähigkeit des Marktes. Dennoch gibt es Wirtschaftsbereiche, in denen der Staat als Nothelfer gefordert ist. Hier kommt kurzfristig eine zeitweilige Verschiebung der Balance von Markt und Staat zum Tragen. Auf mittlere und lange Sicht muss der Staat jedoch Hilfs- und konjunkturpolitische Maßnahmen zurückfahren und wieder zu den Grundlinien der Sozialen Marktwirtschaft in normalen Zeiten zurückkehren. Langfristiger Auftrag des

Staates ist es, die Weichen für die Stärkung der Resilienz, Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft zu stellen. Die nachfolgenden Punkte sind Vorschläge für eine Wirtschaftsstrategie während und nach der Krise.

*Prüfung und Anpassung der Maßnahmen auf Durchsetzung, Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit.* Die durch die Infektionsschutzmaßnahmen verursachten Einschränkungen der Wirtschaft sollten fortlaufend auf ihre Durchsetzung und Wirksamkeit geprüft, bewertet und angepasst werden. Sie sollten möglichst kurz und zielgenau sein, um das Infektionsgeschehen konsequent einzudämmen – und so die Freiheit zurückzugewinnen, um die Wirtschaft schnellstmöglich wieder hochfahren zu können. Zudem empfiehlt es sich, erfolgreiche Strategien anderer demokratischer Länder zu beobachten und gegebenenfalls anzuwenden.

*Schaffung von Verlässlichkeit und Perspektiven für die Wirtschaft.* Eine gewisse Konstanz in der Wirtschaftspolitik ist auch in Krisenzeiten notwendig. Sie muss tragfähige Perspektiven aufzeigen und Investitionen sowie Wachstum ermöglichen. Obwohl die Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens eine temporäre Abweichung vom wirtschaftspolitischen Kurs erfordern, ist es richtig, an einer konstanten, verbindlichen und nachvollziehbaren Wirtschaftspolitik festzuhalten. Konkret bedeutet das, im Falle von Einschränkungen und Schließungen von Wirtschaftsbranchen auf wissenschaftlicher, empirischer Grundlage eine Exit-Strategie zu entwickeln, zu kommunizieren und nach Möglichkeit einzuhalten.

*Schnelle und bedarfsgerechte Unterstützung für Betroffene.* Unternehmen und Selbstständige, die ausschließlich beziehungsweise hauptsächlich durch die Maßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens in existenzbedrohende Lagen geraten sind, sollten nach Möglichkeit aufgefangen werden. Kurzarbeitergeld, Überbrückungshilfen und weitere Hilfsprogramme sind ein vertretbarer Ansatz. Allerdings gilt es, Missbrauch dieser Hilfsprogramme zu unterbinden und die Bedürftigkeit sowie Ausgangslage von Betroffenen in den Blick zu nehmen – denn der Staat wird kaum alle Betroffenen retten und alle Verluste ausgleichen können. Gleichwohl dürfen bürokratische Schwachstellen nicht dazu führen, dass es zu unverhältnismäßigen Verzögerungen bei den Auszahlungen kommt.

*Wahrung des sozialen Ausgleichs ohne langfristigen Ausbau des Sozialstaates.* Von den pandemiebedingten wirtschaftlichen Auswirkungen und Einkommensverlusten sind neben Selbstständigen vor allem Geringverdiener betroffen.<sup>3</sup> Es weist einiges darauf hin, dass die vorhandenen Stabilisatoren des Sozialstaates und Maßnahmen wie das Kurzarbeitergeld die Verteilungswirkungen auf die verfügbaren Einkommen abfedern und dadurch soziale Verwerfungen

verhindern. Obwohl sich die langfristigen Effekte auf die Einkommensverteilung und Vermögensungleichheit nur erahnen lassen, besteht zum jetzigen Zeitpunkt kein Bedarf an einem langfristigen Ausbau des Sozialstaates oder einem Lastenausgleich.<sup>4</sup>

*Erhalt des ordnungspolitischen Kompasses und bewährter Instrumente.* Temporäre Unterstützungsmaßnahmen dürfen nicht zum Dauerzustand werden und zu neuen Abhängigkeiten führen. Die derzeitige Neuausrichtung des Verhältnisses von Markt und Staat ist sinnvoll und richtig – sie sollte jedoch nicht zu einer dauerhaften Verschiebung in Richtung „Staatswirtschaft“ führen. Vielmehr gilt es, das Verhältnis von Markt und Staat nach der Krise wieder auszubalancieren.

Das Gleiche gilt für das vorübergehende Aussetzen bewährter Leitlinien und Instrumente wie der „schwarzen Null“ und der Schuldenbremse: Unter Krisenbedingungen sind temporäre Ausnahmen möglich und mitunter sinnvoll. Es muss aber auch in Erinnerung gerufen werden, dass erst mit der Schuldenbremse fiskalpolitische Spielräume erwirtschaftet wurden, die die Bundesregierung nun für Instrumente der Pandemiebekämpfung nutzen kann. Angesichts der hohen Neuverschuldung Deutschlands, aber auch um prozyklische Effekte zu vermeiden, muss die Schuldenbremse mit einer tragfähigen wirtschaftlichen Erholung auch wieder aktiviert werden. Eine kluge Haushaltspolitik wird nach der Pandemie Schwerpunkte auf notwendige öffentliche Investitionen für die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit legen.

*Ausbau der Resilienz und Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft.* Mittel- und langfristig müssen die Resilienz der Wirtschaft und ihre Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit gestärkt werden. Der wirtschaftliche Aufschwung nach der Krise sollte dafür genutzt werden, die Herausforderungen der Digitalisierung, des Klimawandels und der Ressourcensicherung anzugehen. Die Pandemie hat bereits jetzt dazu beigetragen, dass sich die Digitalisierung beschleunigt: Es gilt, das Momentum zu nutzen – vor allem auch in der öffentlichen Verwaltung. Im Rahmen des Krisenmanagements dürfen die großen, langfristigen Herausforderungen nicht aus dem Blick geraten. Sie müssen – wo immer möglich – gemeinsam gedacht und ganzheitlich angegangen werden.

*Nachhaltige Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft.* Um die Herausforderungen des Klimawandels und der Ressourcensicherung zu bewältigen, bedarf es einer nachhaltigen Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft. Ökonomische, soziale und ökologische Dimensionen müssen gleichzeitig und gleichberechtigt berücksichtigt werden. Dafür sind marktwirtschaftliche Instrumente wie etwa die Bepreisung von CO<sub>2</sub>-Emissionen notwendig. Damit der CO<sub>2</sub>-Preis sinnvolle Anreize zur Vermeidung von Treibhausgasen setzt, müssen nationale Initiativen mit dem Steuer- und Abgabensystem verknüpft und in den Europäischen Emissionshandel integriert werden: Nationale und

europäische CO<sub>2</sub>-Bepreisungsmaßnahmen müssen kompatibel sein, Subventionen, Steuern und Abgaben gegebenenfalls angepasst werden. Nur so wird die CO<sub>2</sub>-Bepreisung sozialverträglich und setzt die richtigen Anreize. Zudem gilt es, die Chancen der Kreislaufwirtschaft zu nutzen und ihren Ausbau anzustreben.

*Rahmenbedingungen für Innovationen verbessern.* Die Digitalisierung, die Bewältigung des Klimawandels, die Ressourcensicherung und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit erfordern Innovationen. Hier gilt es, unnötige Bürokratie abzubauen, steuerliche Rahmenbedingungen für Innovationen zu verbessern und Innovationsanreize zu schaffen. Die steuerliche Forschungsförderung und die Forschungszulagen sind richtige Schritte.<sup>5</sup> Noch fehlt es an genügend privatem Wagniskapital für innovative Start-ups, insbesondere in der Wachstums- und Spätphase. Neben steuerlichen Anreizen sind Initiativen nötig, mit denen Mittelstand und Start-ups zusammengebracht werden können. Der Staat hat hier eher die Rolle des Rahmengebers als die des Investors oder Bestimmers über die Gewinner von Innovationswettbewerben. In dieser Rolle sollte sich der Staat für einen tatsächlichen, vollständigen Europäischen Binnenmarkt und Europäischen Finanzbinnenmarkt einsetzen. Der Binnenmarkt der Europäischen Union für Kapital und Güter sorgt für ausreichenden Kapitalzugang und die nötige Marktgröße, um die Skalierbarkeit und den Absatz innovativer Geschäftsmodelle beziehungsweise Produkte zu gewährleisten.

*Offene Märkte und regelbasierten Handel erhalten und ausbauen.* In und nach der Krise ist es entscheidend, sich der Vorteile der Globalisierung zu vergewissern. Die Globalisierung hat uns in der Krise geholfen: Knappe Güter wie Masken konnten anfänglich schnell aus dem Ausland bezogen werden. Und ohne Exporte wäre die Wirtschaft noch stärker eingebrochen. Zugleich treten während der Coronakrise einseitige Abhängigkeiten zutage, die eine Diversifizierung von Lieferketten erfordern – jedoch keine Renationalisierung. Die Entscheidung, wie diversifiziert wird und ob weiterhin Just-in-time produziert wird oder Lagerbestände aufgebaut werden, trifft weiterhin die Wirtschaft, nicht der Staat. Jedoch kann der Staat durch die Stärkung des Europäischen Binnenmarktes bei gleichzeitiger breiter Vernetzung die Resilienz erhöhen. Daher sind Bundesregierung und die Europäische Union gefordert, sich für die Stärkung des liberalen Multilateralismus und einer regelbasierten Handelspolitik einzusetzen und protektionistischen Tendenzen entgegenzutreten. Nordamerika ist hier ein wichtiger Partner – die Zeichen für die Wiederbelebung dieser Partnerschaft stehen unter der neuen amerikanischen Administration gut.

- <sup>1</sup> Die Wirtschaftsleistung ist, gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt (BIP), um knapp fünf Prozent gesunken – ohne die kräftige Erholung im Sommer 2020 wäre das reale BIP noch stärker gesunken. Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: „Corona-Krise gemeinsam bewältigen, Resilienz und Wachstum stärken“, Jahresgutachten 2020/21, abgeschlossen am 01.11.2020, [www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg202021/JG202021\\_Gesamtausgabe.pdf](http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg202021/JG202021_Gesamtausgabe.pdf) [letzter Zugriff: 08.02.2021]; vgl. Jörg Hinze: „Coronavirus beherrscht die deutsche Wirtschaft“, in: ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft (Hrsg.): Wirtschaftsdienst 2020, 100. Jg., Nr. 12/2020, S. 979–980.
- <sup>2</sup> Für eine ausführliche Erklärung siehe Martin Schebesta: „Lastenausgleich in der Coronakrise – ist jetzt die Zeit für eine Vermögensabgabe?“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Analysen & Argumente, Nr. 392, Juni 2020, [www.kas.de/de/analysen-und-argumente/detail/-/content/lastenausgleich-in-der-corona-krise](http://www.kas.de/de/analysen-und-argumente/detail/-/content/lastenausgleich-in-der-corona-krise) [letzter Zugriff: 08.02.2021].
- <sup>3</sup> Vgl. Martin Breznoska / Judith Niehues / Maximilian Stockhausen: „Stabil durch die Krise? Verteilungsfolgen der Corona-Pandemie – eine Mikrosimulationsanalyse“, in: IW-Report, Nr. 65/2020, 10.12.2020, [www.iwkoeln.de/studien/iw-reports/beitrag/martin-beznoska-judith-niehues-maximilian-stockhausen-verteilungsfolgen-der-corona-pandemie-eine-mikrosimulationsanalyse.html](http://www.iwkoeln.de/studien/iw-reports/beitrag/martin-beznoska-judith-niehues-maximilian-stockhausen-verteilungsfolgen-der-corona-pandemie-eine-mikrosimulationsanalyse.html) [letzter Zugriff: 08.02.2021].
- <sup>4</sup> Für eine tiefere Analyse vgl. Martin Schebesta: „Lastenausgleich in der Coronakrise – ist jetzt die Zeit für eine Vermögensabgabe?“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Analysen & Argumente, Nr. 392, Juni 2020, [www.kas.de/de/analysen-und-argumente/detail/-/content/lastenausgleich-in-der-corona-krise](http://www.kas.de/de/analysen-und-argumente/detail/-/content/lastenausgleich-in-der-corona-krise) [letzter Zugriff: 08.02.2021].
- <sup>5</sup> Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Neue Forschungszulage in Deutschland, 22.01.2020, [www.bmw.de/Redaktion/DE/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/2020/02/kapitel-1-10-neue-forschungszulage-in-deutschland.html](http://www.bmw.de/Redaktion/DE/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/2020/02/kapitel-1-10-neue-forschungszulage-in-deutschland.html) [letzter Zugriff: 08.02.2021].

# „One Health“

Die Corona-Pandemie aus entwicklungspolitischer Sicht

## MARIA FLACHSBARTH

Geboren 1963 in Lünen, promovierte Veterinärmedizinerin, Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, seit 2018 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Die aktuelle Corona-Pandemie ist die größte globale Gesundheitskrise seit Jahrzehnten. Weltweit sind bis Januar 2021 mehr als 2,2 Millionen Menschen im Zusammenhang mit dem neuartigen Coronavirus (SARS-CoV-2) gestorben. Neben den unmittelbaren gesundheitlichen Auswirkungen sind auch empfindliche Rück-

schritte bei der Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 zu verzeichnen. Der Einbruch der Wirtschaft, gekappte Transportwege und geschlossene Schulen haben wichtige Entwicklungserfolge der letzten Jahre zunichtegemacht. Betroffen von den wirtschaftlichen und sozialen Folgen sind vor allem die Ärmsten der Armen im globalen Süden, insbesondere Mädchen und Frauen.

In Anbetracht dieser historischen Herausforderung ist es das Ziel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Leben zu schützen, Infektionsketten zu unterbrechen und Entwicklungschancen zu wahren. Dafür setzen wir ein globales

Corona-Sofortprogramm für 4,4 Milliarden Euro um und unterstützen auch in Entwicklungsländern einen gerechten Zugang zu Impfstoffen, Diagnostika und Therapeutika. Das ist nicht nur aus humanen beziehungsweise entwicklungspolitischen Gründen geboten, sondern dient in der vernetzten Welt auch unseren eigenen Interessen sowie dem sozialen Frieden in den Partnerländern. Gleichzeitig halten wir an unseren langfristigen Handlungsfeldern fest: Gesundheit erhalten und Lebensqualität verbessern, demokratische Prozesse unterstützen und wirtschaftliche und soziale Sicherheitsnetze resilient machen. Um in Zukunft solche schweren Krisen gar nicht erst entstehen zu lassen, setzen wir künftig noch stärker auf die Prävention und Früherkennung von Gesundheitsrisiken.

Gesundheit ist eines der siebzehn nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (*Sustainable Development Goals*) und eine Grundlage für die Erreichung aller anderen Ziele. Gesundheit ist auch ein zentrales Menschenrecht. Sie umfasst nicht nur die menschliche Gesundheit, sondern auch die Tiergesundheit sowie ökologische, klimatische, soziale und ökonomische Aspekte. Bei SARS-CoV-2 handelt es sich um eine Zoonose, also eine Infektion, die auf natürliche Weise zwischen Menschen und anderen Wirbeltieren übertragen werden kann. Die wechselseitige Übertragung von Infektionen zwischen Menschen, Haus-, Nutz- und Wildtieren hat es schon immer gegeben. Nicht erst COVID-19, sondern auch andere zoonotische Infektionskrankheiten wie Lassafieber, Ebola, SARS oder MERS, die Zunahme antimikrobieller Resistenzen, der Klimawandel sowie der stetige Schwund an biologischer

Vielfalt und natürlichen Lebensräumen führen uns vor Augen, wie vielschichtig das Thema Gesundheit ist und wie sehr es an globalpolitischer Bedeutung gewonnen hat.

Nach Angaben der Weltorganisation für Tiergesundheit sind sechzig Prozent der bekannten menschlichen Infektionskrankheiten zoonotischen Ursprungs. Wann und wo welcher Erreger die Artbarriere überschreiten wird, ist schwer vorzusagen. Gewiss ist, dass das Risiko einer Entwicklung solcher punktuellen Geschehen rasch von kleinen, lokal begrenzten Ausbrüchen zu großflächigen Epidemien oder Pandemien durch die weltumspannende Mobilität und die hohe Bevölkerungsdichte ansteigt. Der Erreger SARS-CoV-2, der sich ausgehend von einer Millionenmetropole in China binnen kürzester Zeit weltweit auf über 190 Länder ausgebreitet hat, zeigt dies überdeutlich. Auch andere Coronaviren und bestimmte Varianten der Influenzaviren besitzen zoonotisches und pandemisches Potenzial. Um solchen gefährlichen Entwicklungen besser vorzubeugen, müssen wir stärker präventiv vorgehen und die Gesamtsysteme betrachten, in denen sich Krankheiten entwickeln und ausbreiten.

## PRÄVENTION UND INTERDISZIPLINARITÄT

Vor allem ein Begriff, der bisher hauptsächlich in der wissenschaftlichen Welt verwendet wurde, ist jetzt integraler Bestandteil der Entwicklungspolitik geworden: *One Health* – ein holistischer Ansatz, der die strukturellen Zusammenhänge zwischen der Gesundheit von Mensch,

Tier und Umwelt betrachtet. Er beruht vor allem auf zwei Grundprinzipien: Prävention und Interdisziplinarität. Es gilt, Gesundheit ganzheitlich zu denken.

Herzstück einer effektiven *Prävention* von Gesundheitsrisiken sind funktionierende Gesundheitssysteme. Deshalb wird darin auch in Zukunft ein wichtiger Entwicklungsschwerpunkt liegen. Wir bilden Menschen vor Ort aus, die nach dem Schneeballprinzip ihr Wissen an andere weitergeben. Aufklärung und Bildung der Bevölkerung, Ausbildung und Qualifizierung von Fachpersonal, Lehre und Forschung, eine verbesserte Ausstattung sowie der Ausbau von Früherkennungssystemen und diagnostischen Laborkapazitäten sind nicht nur für die „Alltagsgesundheit“ wichtig, sondern auch, um frühe Anzeichen neu auftretender Gesundheitsrisiken erkennen und rechtzeitig eindämmen zu können. Wir haben im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit in diesen Bereichen Erfahrungen gesammelt, die uns jetzt auch in Deutschland zugutekommen: Bereits im Zuge des westafrikanischen Ebola-Ausbruchs 2016 hat das BMZ die Einführung des digitalen Früherkennungssystems SORMAS (*Surveillance Outbreak Response Management and Analysis System*) in Westafrika unterstützt. SORMAS wurde vom Helmholtz-Institut entwickelt und kann auch dann betrieben werden, wenn keine Mobilfunkverbindung besteht. Dieses System wird nun auch Schritt für Schritt in den deutschen Gesundheitsämtern zur Fall- und Kontaktpersonenbearbeitung für COVID-19 eingeführt.

Im Sinne des neuen Schwerpunkts *One Health* fokussieren wir deutlicher auf Schnittstellen zu anderen Bereichen. Dafür unterstützen wir Mechanismen auf

lokaler, nationaler und globaler Ebene, die die *interdisziplinäre Vernetzung* zwischen Human- und Veterinärmedizin, Agrarökologie, ländlicher Entwicklung, Ernährungs-, Hygiene-, Sozial- und Umweltwissenschaften fördern.

## RISIKEN AN SCHNITTSTELLEN REDUZIEREN

Die Schnittstelle Mensch, Nutztier und Umwelt ist beispielsweise von entscheidender Bedeutung bei der Vorbeugung antibiotikaresistenter Keime. Die Schnittstelle Mensch und Umwelt (Klima) spielt eine entscheidende Rolle bei der Ausbreitung vektorübertragener Krankheiten, da in diesen Fällen lebende Organismen die Krankheitserreger von einem infizierten Tier oder Menschen übertragen; die Schnittstelle Mensch, Wildtier und Umwelt (zum Beispiel Naturschutzgebiete) ist wichtig für die Entstehung neuer Zoonosen und ihrer Ausbreitung. Wir setzen uns verstärkt dafür ein, die Risiken an diesen Schnittstellen zu reduzieren, beispielsweise mit der neu gegründeten internationalen Allianz zur Reduzierung von Gesundheitsrisiken im Wildtierhandel oder dem internationalen Naturerbe-Fonds (*Legacy Landscapes Fund*).

Wir fördern nicht nur konkrete *One Health*-Projekte, sondern auch Institutionen, die das *One Health*-Prinzip umsetzen. So haben wir Ende 2020 die Gründung des *One Health Research, Education and Outreach Center in Kenia* (OHRECA) unterstützt. Ziel ist die Verbesserung der Gesundheit von Mensch, Tier und Ökosystemen durch Kapazitätsaufbau, Netzwerkstärkung, evidenzbasierte

Politikberatung und praktische Anwendungsempfehlungen in Subsahara-Afrika.

Um die Zusammenarbeit zwischen Human- und Veterinärmedizinern bei der Vorbeugung, Früherkennung und Bekämpfung von Zoonosen zu fördern, haben wir Anfang 2021 die „Schnell Einsetzbare Expertengruppe Gesundheit“ (SEEG), die bisher Humanmediziner entsandt hat, um die Komponente Tiergesundheit ergänzt. Mit der SEEG, die 2020 über zehn Einsätze weltweit durchgeführt hat, unterstützen wir Partnerländer vor Ort bei der Vorbereitung und Reaktion auf Ausbrüche von Infektionskrankheiten.

Im Bereich der internationalen Kommunikation von Gesundheitsrisiken plädieren wir für mehr Transparenz und eine bessere Verzahnung der zahlreichen, aber nicht miteinander verknüpften nationalen und internationalen Gesundheitsdatenbanken für Mensch, Tier und Umwelt, um eine effiziente Vorbeugung, Früherkennung und Kontrolle von Krankheiten zu ermöglichen.

### LANGFRISTIGES ENGAGEMENT IM KAMPF GEGEN HUNGER UND ARMUT

Ein weiterer wichtiger Hebel unserer Entwicklungszusammenarbeit ist die Stärkung der *Resilienz*. Um beispielsweise dem Problem der *Mangelernährung* entgegenzuwirken, ist die Förderung einer nachhaltigen Agrar- und Ernährungswirtschaft ein Grundpfeiler der Entwicklungszusammenarbeit. So stellen wir mit der neuen Kernthemenstrategie „Eine Welt Ohne Hunger“ (SEWOH) die Weichen für das langfristige Engagement des BMZ im

Kampf gegen Hunger und Armut. Konkrete Beispiele für die Arbeit auf Augenhöhe mit der ländlichen Bevölkerung sind die Projekte zur nachhaltigen Verbesserung von einzelnen Wertschöpfungsketten wie zum Beispiel von Milch, Geflügel oder Kakao, die mittlerweile in sechzehn Ländern durchgeführt werden.

Schließlich gehören zu *One Health* im weitesten Sinne gesundheitsfördernde Maßnahmen durch infrastrukturelle und städteplanerische Elemente wie die Versorgung mit Strom oder integrierte Abwassersysteme.

Um *One Health* in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu verankern, haben wir im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eine neue Unterabteilung und einen interdisziplinär besetzten Beirat *One Health* gegründet, der uns bei der entwicklungspolitischen Schwerpunktsetzung berät. Um *One Health* auf internationaler Ebene zu verankern, setzen wir uns für eine enge Kooperation zwischen der Weltgesundheitsorganisation, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, der Welttiergesundheitsorganisation und dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen ein. Um global eine breite Unterstützung für den *One Health*-Ansatz zu erreichen, suchen wir den Schulterschluss mit internationalen Organisationen, nationalen Regierungen, mit der Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft sowie mit Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen. Präventive, interdisziplinäre Ansätze und die enge Kooperation auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene sind von entscheidender Bedeutung, um die Pandemie zu überwinden und künftig Krisen dieser Art zu vermeiden.

# Getriebene Jäger

Pandemiebekämpfung und die Rolle der AfD

### TOBIAS MONTAG

Geboren 1981 in Erfurt, Referent Innenpolitik, Abteilung Demokratie, Recht und Parteien, Hauptabteilung Analyse und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Seit ihrer Gründung 2013 ist es der Alternative für Deutschland (AfD) wiederholt gelungen, die deutsche Politik bei einzelnen Themen vor sich herzutreiben. Angesichts ihrer Wahlerfolge schien es manchen kaum vorstellbar, dass die Partei selbst zu den Getriebenen ge-

hören könnte. Und doch ist genau das nach dem Ausbruch der Pandemie 2020 geschehen. Zunächst ist festzuhalten, dass die AfD nicht in bester Verfassung ins erste Pandemiejahr gestartet ist. Die Partei hatte bereits zuvor einen erbitterten internen Richtungsstreit geführt. Es geht bis heute um die strategische Frage, ob sich die AfD weiter radikalisieren oder politisch mäßigen soll. Die relativ gemäßigten Gruppierungen befürchten, dass ein weiteres Abdriften in den Extremismus das Wählerpotenzial dezimiert. Die radikalen Kräfte sehen jedoch genau hierin die Zukunft der Partei. Dass sich die AfD zu

einer sektiererischen Kleinstpartei entwickeln könnte, halten sie für unwahrscheinlich. Getrieben ist diese Position vor allem durch die regionale Spaltung. Im Osten der Republik erzielte die AfD bisher ihre besten Wahlergebnisse – trotz deutlicher Radikalisierung. Im Westen fällt es der Partei insgesamt deutlich schwerer, mit radikalen Positionen Politik zu machen. Diese regional unterschiedlich verteilten Erfahrungshorizonte der AfD-Funktionäre erklären, warum beide Seiten so heftig aneinandergeraten.

Das Erfolgsrezept für die einen ist für die anderen eine politische Sackgasse. Insbesondere die Gruppe um Ko-Bundessprecher Jörg Meuthen sieht in den Erfolgen in den Neuen Ländern eher ein Einmauern der AfD im Osten. Obwohl sie dort stärker sein mag, ist das politische Gewicht der ostdeutschen Länder allein schon aufgrund der demografischen Entwicklung perspektivisch geringer. Wenn die dort angewandten politischen Erfolgsrezepte nicht in den bevölkerungsreichen westdeutschen Bundesländern verfangen, verharrt die AfD bundesweit in den Umfragen bei neun bis zehn Prozent. Diese strategische Überlegung steht auch hinter dem Ansatz Meuthens, die Radikalen in der AfD mittels Verweis auf die anstehende Beobachtung der Gesamtpartei durch die Verfassungsschutzämter zu bekämpfen und aus der Partei zu drängen. Meuthen, der sich in der Vergangenheit selbst immer wieder dem völkischen „Flügel“ angebidert hatte, erzwang im März 2020 dessen Auflösung und brachte eine Teilung der AfD in eine Ost- und eine West-Partei ins Spiel.

## **RICHTUNGSSTREIT ERSCHWERT POSITIONIERUNG**

Im Frühjahr 2020, während die Bundesrepublik von der ersten pandemischen Welle erfasst wurde, befanden sich die internen Auseinandersetzungen der AfD auf einem Höhepunkt. Die Bürger erwarteten ein schnelles und effektives Handeln und keine politische Selbstbeschäftigung. Die beiden verfeindeten Lager innerhalb der AfD sortierten sich anhand der Frage, wie sie es mit dem Corona-Virus halten. Während die Radikalen teils die Existenz oder Gefährlichkeit des Virus infrage stellten und der Bundesregierung vorwarfen, eine „Corona-Diktatur“ errichten zu wollen, gehen die relativ gemäßigten Kräfte von einer realen Gefahrenlage aus und wollen den politischen Streit auf die Mittel und Wege der Pandemiebekämpfung und -bewältigung konzentrieren. Noch auf dem Präsenz-Bundesparteitag in Kalkar Ende November 2020 warf Meuthen den Parteiradikalen vor, man könne nicht von einer Diktatur sprechen. Die Überlappung mit dem innerparteilichen Richtungsstreit erschwert nach wie vor eine geschlossene Positionierung in der Seuchenpolitik.

Vor diesem Hintergrund verwundert es wenig, dass die AfD einen frühzeitigen und damit glaubwürdigen Einstieg in die Proteste gegen die Pandemie-Politik verpasste. Die „Hygienedemos“ des Frühjahres 2020 waren noch

sehr heterogen. Nur vereinzelt marschierten dort AfD-Funktionäre mit. Insbesondere die Parteiradikalen betonten die Tradition der AfD als „Bewegungspartei“ und suchten frühzeitig den Schulterchluss mit den Protestlern.<sup>1</sup> Die Haltung zu den Protesten schien zunächst entlang der Parteilager zu verlaufen. Damit war eine stärkere Unterstützung beziehungsweise Steuerung der Proteste durch die AfD nicht möglich.

Erst als sich der Protest mehr und mehr auf die sogenannten „Querdenker“ verlagerte und es Ende August 2020 beinahe einer Gruppe von Protestlern gelang, die Treppen vor dem Bundestag zu „erstürmen“, witterten auch die Gemäßigten in der AfD eine Chance, von der vermeintlichen „Massenbewegung“ zu profitieren. Dies ging so weit, dass sich Jörg Meuthen gemeinsam mit seinem verfeindeten Ko-Bundessprecher, Tino Chrupalla, und den beiden Bundestagsfraktionschefs Alexander Gauland und Alice Weidel am 7. Januar 2021 in einer gemeinsamen Presseerklärung zum „Sturm auf das Kapitol“ in Washington äußerte und sich jeglichen Vergleich mit den Ausschreitungen vor dem Bundestag verbat. Und das, obwohl sich Meuthens Worte gegen die vermeintliche „Corona-Diktatur“ auch gegen die „Querdenker“-Protestler richtete. Dennoch kam dieses Einschwenken auf die Linie der AfD als Bewegungspartei zu spät, denn im Herbst 2020 erreichte Deutschland die zweite Pandemiewelle, und infolgedessen sank die Aussicht auf eine breitere gesellschaftliche Unterstützung für die Protesthaltung. Das richtige Gespür für die emotionale Stimmung in der Bevölkerung – nach ihrer Selbstwahrnehmung eigentlich ein Merkmal rechtspopulistischer Parteien – fand die AfD in der Pandemie bisher nicht.

## **STIMME DER VERNUNFT ODER DER VERSCHWÖRUNG?**

Die Frage des Umgangs mit den Protesten gegen die Pandemiebekämpfung stellt die Partei ebenfalls vor ernsthafte ideologische Probleme. Sie muss sich positionieren: Soll sich die AfD Behauptungen von Verschwörungstheoretikern zu eigen machen, die in der breiten Bevölkerung abgelehnt und selbst von Teilen der eigenen Mitgliedschaft nicht geglaubt werden? Oder soll sie eher als Stimme der Vernunft innerhalb des Protests wahrgenommen werden? Ersteres könnte ihr Wählerpotenzial schmälern. Letzteres könnte eines der Gründungsfundamente der AfD erschüttern. Dazu gehört, dass die Partei – wie der Journalist Justus Bender es formulierte – die Menschen von den Zumutungen der Freiheit befreien will, und sei es vom lästigen Konsens, Behauptungen begründen zu müssen.<sup>2</sup> Dass man in der AfD sagen könne, was man wolle – eben auch Verschwörungstheorien –, gehört zu deren Gründungsmythos.

Abgesehen davon, dass sich die AfD von diesem Selbstanspruch nicht so leicht lösen kann, verweist Michael Butter, ein Experte für Verschwörungstheorien, auf die Anfälligkeit populistischer Parteien für Verschwörungstheorien.



Seiner Meinung nach gibt es strukturelle und funktionale Parallelen zwischen dem populistischen Diskurs und der Verschwörungsideologie. Beide vereinfachen das politische Feld radikal. Während Populisten Politik auf einen Konflikt zwischen Eliten und Volk reduzieren, bauen Verschwörungstheoretiker auf einen Gegensatz von Verschwörern und hilflosen Opfern. Das Misstrauen gegenüber Eliten verbindet beide<sup>3</sup> – und macht die AfD für Verschwörungsideologen integrationsfähig. Deshalb fällt es der Partei auch so schwer, eine klare Linie in der Corona-Pandemie zu finden und sich eindeutig von den extremen Kräften im Protestmilieu abzugrenzen. Auch in ideologischer Hinsicht ist die AfD deshalb getrieben. Sie bestimmt das Geschehen viel weniger selbst, als es ihrem Führungspersonal mit Blick auf das Wählerpotenzial recht sein kann.

Die AfD ist unvorbereitet in die Coronakrise getaumelt. Sie musste erstmals die Erfahrung machen, selbst Getriebene zu sein. Ihr Umfragehöhenflug nach der Bundestagswahl 2017 bleibt unerreicht. Auch die Mitgliederzahlen sind rückläufig.<sup>4</sup> Die Gründe gehen nicht allein auf die Pandemie zurück; die Umstände verschärfen die innerparteilichen Konflikte jedoch spürbar. Das muss freilich nicht so bleiben. Bisher gelang der AfD das Kunststück, Wahlerfolge von ihrer Zerstrittenheit zu entkoppeln. Könnte die AfD nicht von einem sinkenden Zuspruch zur Corona-Politik der Bundesregierung profitieren?

## BLEIBT DER AfD NUR DAS SPEKTRUM DER „QUERDENKER“?

In diese Richtung wird bereits in Teilen der AfD nachgedacht. Bei einem Treffen der Meuthen-Gegner im brandenburgischen Steinhöfel im Januar 2021 sprach Tino Chrupalla davon, „Grundrechte, Freiheiten und Coroneinschränkungen“ in den Mittelpunkt der Bundestagswahlkampagne zu stellen.<sup>5</sup> Dieser Ansatz baut darauf, dass die Zustimmung der Deutschen – ermatet von den Einschränkungen im Zuge der Pandemiebekämpfung – zur Regierungskoalition schwindet. So einfach ist das freilich nicht: Zwar gibt es ein nachlassendes Vertrauen in die Politik, das möglicherweise vor allem aus den Problemen bei der Impfstoffbeschaffung resultiert, doch befürwortet eine Mehrheit der Deutschen im Februar 2021 in Umfragen weiterhin harte Einschnitte zum Schutz der Bevölkerung.<sup>6</sup> Die neu entdeckte Liebe der AfD zur Freiheit im Angesicht der alltäglichen Einschränkungen muss also nicht zwingend von den Wählern goutiert werden.

Hinzu kommt noch, dass die Rolle der Verteidigerin der Freiheitsrechte bereits glaubwürdiger von der FDP besetzt wird. Während die AfD im Frühjahr 2020 noch mit sich selbst rang, schlugen die Freien Demokraten früh einen Kurs ein, der auf eine Betonung der ökonomischen Folgen der Corona-Politik, frühe Lockerungen, eine möglichst rasche Beendigung der

Grundrechtseinschnitte und nicht zuletzt auf eine breite Einbindung der Parlamente in der Corona-Politik abzielte. Die FDP nutzt dabei geschickt die Komplexität der Kompetenzverteilung im deutschen Bundesstaat aus, um die Nichtzuständigkeit des Bundestags in vielen Fragen des Infektionsschutzes und in der Umsetzung der Seuchenpolitik als vermeintliches Demokratiedefizit zu geißeln. Sie bietet damit ein „Gesamtpaket“ für alle nicht radikalen „Protestler“ und setzt damit die AfD unter Druck.<sup>7</sup>

Mit anderen Worten: Im deutschen Parteiensystem ist die Rolle des „seriösen“ Kritikers der Corona-Politik bereits vergeben. Der AfD bleibt damit nur das Spektrum der „Querdenker“ mit seinen Verschwörungstheoretikern, Extremisten und Menschen mit heterogener Protesthaltung, die mit einer gesamtheitlichen Parteikampagne nur bedingt erreichbar sind. Dieses Wählerpotenzial ist zudem limitiert. Ob es der AfD gelingt, sich einer für sie wenig erfolgversprechenden Verengung des Wahlkampfes auf die Seuchenpolitik zu entziehen, wird am Ende vom innerparteilichen Machtkampf entschieden. Die relativ gemäßigten Gruppierungen innerhalb der Partei wollen eher andere Schwerpunkte setzen. Bis dahin ist die größte Oppositionspartei im Bundestag nicht Treiber im Parteiensystem, sondern wird selbst gejagt.

<sup>1</sup> Vgl. Tobias Montag: Protest gegen die Pandemiebekämpfung. Analyse und Handlungsempfehlungen, Informationen & Recherchen der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2020, S. 9–10.

<sup>2</sup> Justus Bender: Was will die AfD? Eine Partei verändert Deutschland, Pantheon Verlag, München 2017, S. 36.

<sup>3</sup> Michael Butter: „Nichts ist, wie es scheint“. Über Verschwörungstheorien, Suhrkamp, Berlin 2018, S. 170–178.

<sup>4</sup> Vgl. Markus Wehner: „Verdächtig erfolglos“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.02.2021, S. 3.

<sup>5</sup> Zitiert nach Jan Sternberg: „AfD-Geheimtreffen: Spitzen des aufgelösten Flügels treffen sich mit Meuthen-Gegner“, in: Redaktionsnetzwerk Deutschland, 05.02.2021, [www.rnd.de/politik/geheimtreffen-der-meuthen-gegner-fur-die-afd-geht-es-im-wahljahr-rund-M2I2JMT5JFGGHNMECKD6AIWTLM.html](http://www.rnd.de/politik/geheimtreffen-der-meuthen-gegner-fur-die-afd-geht-es-im-wahljahr-rund-M2I2JMT5JFGGHNMECKD6AIWTLM.html) [letzter Zugriff: 16.02.2021].

<sup>6</sup> Vgl. „Vertrauen der Bürger in Corona-Politik sinkt“, in: ntv, 04.02.2021, [www.n-tv.de/politik/Vertrauen-der-Buerger-in-Corona-Politik-sinkt-article22336745.html](http://www.n-tv.de/politik/Vertrauen-der-Buerger-in-Corona-Politik-sinkt-article22336745.html) [letzter Zugriff: 16.02.2021]; „Mehrheit befürwortet Lockdown-Verlängerung“, in: ntv, 11.02.2021, [www.n-tv.de/politik/Mehrheit-befuerwortet-Lockdown-Verlaengerung-article22355851.html](http://www.n-tv.de/politik/Mehrheit-befuerwortet-Lockdown-Verlaengerung-article22355851.html) [16.02.2021].

<sup>7</sup> Vgl. Tobias Montag: „Die Rückkehr. Die FDP vor und nach der Bundestagswahl 2017“, in: Karsten Grabow / Viola Neu (Hrsg.): Das Ende der Stabilität? Parteien und Parteiensystem in Deutschland, Heft 5, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin / Berlin 2018, S. 56–57.

# Nah bei den Menschen?

Lehren aus der Corona-Pandemie für die Kirchen

## CORNELIA COENEN-MARX

Geboren 1952 in Rheydt (Mönchengladbach), Pastorin und Autorin, 2004 bis 2015 Oberkirchenrätin der Evangelischen Kirche in Deutschland, seit 2015 Geschäftsführerin der Agentur „Seele und Sorge – Impulse, Workshops, Beratung“, Garbsen-Osterwald.

Ein zentrales Versprechen der Pandemiepolitik war der Schutz der Alten, schrieb der *Spiegel* zum Jahresende.<sup>1</sup> Aber „nun sterben sie trotzdem“. Auch und gerade die Kirchen hätten diejenigen allein gelassen, die sie am meisten gebraucht hätten – die Pflegebedürftigen, Kranken und Sterbenden –, meinten auch kirchenverbundene Journalisten und Politikerinnen wie Christine Lieberknecht oder Heribert

Prantl.<sup>2</sup> Nach anfänglichem Widerspruch – schließlich hatten die Einrichtungen das Menschenmögliche getan, ihre Bewohnerinnen und Bewohner trotz fehlender Schutzanzüge und Tests zu schützen – schlossen sich Bischöfe an: „Ordnungspolitik, die totalitär wird, darf keine Option sein für einen

demokratischen Staat. Wir dürfen Sterbende nicht wieder allein lassen“, so die niedersächsischen Bischöfe in einer ökumenischen Stellungnahme. Auch die Kirche habe sich in einer Schockstarre befunden.<sup>3</sup> Ebenso wie sie spricht die Schriftstellerin Thea Dorn dem Staat das Recht ab, einer Tochter zu verbieten, bei ihrer sterbenden Mutter zu sein. Das sei zutiefst unmenschlich, meint die Protagonistin in ihrem Roman *Trost*.<sup>4</sup> Man denkt an Kreon und Antigone.

## SEELSORGE UND SOZIALE DISTANZ

Tatsächlich nahmen viele Angehörige die Dinge selbst in die Hand. Sie machten Musik vor der Tür, zogen Körbe mit Obst an Seilen auf den Balkon, schickten Tablets und Kameras. Ehepartner zogen selbst ins Pflegeheim, Töchter holten die Mutter ins eigene Haus. So viele Ideen, Kreativität und Bereitschaft, das Risiko zu teilen! Ich bewundere das – auch wenn ich überzeuge bin, dass wir als Gesellschaft andere Lösungen hätten finden müssen. Es gab eine Fülle guter Vorschläge der Fachgesellschaften, wie bezahlte freie Betten oder einen Teilumzug in ein leerstehendes Hotel.<sup>5</sup> Sie wurden nicht gehört. Die entscheidende Frage, wie man Menschen schützen kann, ohne sie abzuschotten, hat die Verantwortlichen während des gesamten Pandemiejahres bewegt. Denn „was nützt es, wenn Menschen überleben, aber den sozialen Tod gestorben sind?“, fragte Peter Dabrock, der frühere Vorsitzende des Deutschen Ethikrates.<sup>6</sup> Bei vielen, die über Wochen allein auf ihrem Zimmer bleiben mussten – ohne Besuche, Begegnungen und Gemeinschaft in der vertrauten Runde –, verschlechterte sich die gesundheitliche Verfassung erheblich.

„Es gab bisher noch keine Situation, in der ich derart als Seelsorgerin gefragt war“, schreibt Pfarrerin Katharina Scholl, die im Frühjahr 2020 in einer abgeschotteten Pflegeeinrichtung als Aushilfe arbeitete: „Seit Neuestem gehören für mich auch Handmassagen bei Bettlägerigen zum pastoralen Dienst. Wenn ich Frau H. die Hände eincreme, massiere, sehe, wie sie das genießt, dann hab ich das Gefühl, als ahnte ich jetzt langsam, wie es sich anfühlt, wenn man das Evangelium in den Händen hält.“<sup>7</sup> „Ist jemand unter euch krank, der rufe zu sich die Ältesten der Gemeinde, dass sie über ihm beten und ihn salben mit Öl in dem Namen des Herrn“, heißt es auch im Brief des Jakobus 5,14 – und damit sind wir nah dran an den Herausforderungen dieser Pandemie. Sie trifft die Kirche im Kern – bis hin zu den Sakramenten, die samt und sonders auch leiblich sind. Wie gestalten wir Gemeinschaft in sozialer Distanz? Wie feiern wir Gottesdienst, wenn wir uns nicht in Kirchen versammeln können? Immerhin konnten einige Ältere nun an den Streaming-Gottesdiensten der eigenen Gemeinde teilnehmen.

Im letzten Jahr schien es, als seien die Erfahrungen aus dreißig Jahren Hospizbewegung vergessen: Die Angst vor den letzten Tagen auf einer

Intensivstation, vor Apparatemedizin und Einsamkeit im Sterben griff um sich. Das Versprechen, auch diese letzte Zeit mit anderen gestalten zu können, konnte nicht erfüllt werden; der Wunsch nach Selbstbestimmung geriet in Spannung zu den Schutzmaßnahmen für die Schwächsten. Einrichtungsleitungen und Pflegende kamen in ethische Zerreißproben. Und als ob das alles nicht genug wäre, wurde in den letzten Wochen auch noch das vom Bundesverfassungsgericht gestärkte „Recht auf assistierten Suizid“ diskutiert. Als sei mit Corona ein Schutzwall gebrochen, war plötzlich für alle spürbar, dass das Leben nicht garantiert schmerzfrei, das Wachstum nicht garantiert, nicht alles planbar ist. Die Erschütterung, die damit verbunden war, hat viele herausgefordert. Trost in der Trauer ist gefragt – nicht nur für Thea Dorn, die auch als Nicht-Gläubige den Finger in die offene Wunde legt.

## KEINE STARKEN IMPULSGEBER

Das Virus habe endgültig deutlich gemacht, wie nutzlos die Kirchen mittlerweile geworden seien, meinte Gerhard Wegner, ehemals Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche Deutschlands, in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.<sup>8</sup> Religiös Hilfreiches zur Bewältigung der Krise sei von ihnen nicht zu hören gewesen. Gleich zu Beginn der Pandemie hätten es die Bischöfe auf den Punkt gebracht: Gott habe mit COVID-19 nichts zu tun – und damit hätten sich die Kirchen selbst aus den Debatten geschossen. Neben theologischen Auseinandersetzungen gab es aber symbolische Akte. Ich denke an den leeren Petersplatz, auf dem der Papst auf dem Höhepunkt der Krise vor dem historischen Pestkreuz betete. Leer – und zugleich gefüllt mit Sehnsucht und Leid. „Könnte es sein, dass in der erlittenen Abwesenheit Gottes neu aufgeht, wie nahe er uns ist – aber nicht als ‚Stück‘ Welt, nicht als Gegenstand unserer Erfahrung oder bloß unseres Wünschens“, fragte Gotthard Fuchs: „Nicht als Nothelfer, sondern als das Gegenüber, das unsere Leere teilt?“<sup>9</sup>

Unsere Leere, aber auch unsere Hilflosigkeit und Ratlosigkeit. Denn Erklärungen gab es ja durchaus – nicht nur von Bischöfen. Erklärungen, die die Wachstumsgesellschaft herausfordern und unseren Umgang mit Globalisierung und Klimawandel, mit der Zerstörung der Lebenswelt thematisieren. Es geht um Sozialethik, aber auch um Bewältigung. Allerdings haben die Kirchen auch hier kein Monopol mehr: Längst ist ja, wenn es um die Auseinandersetzung mit Sterblichkeit geht, eine Vielzahl von Texten, Ritualen und Initiativen aus der Zivilgesellschaft neben die kirchlichen Traditionen getreten. Die Kirchen sind nicht mehr die starken Impulsgeber, die Prantl und Lieberknecht in ihnen sehen – umso mehr kommt es darauf an, dass sie die ausgesprochenen und unausgesprochenen Fragen wahrnehmen und aufnehmen.

Ich denke an die Trauer um die Toten, die lange Zeit nur in der Statistik auftauchten: Während an der Copacabana Luftballons in den Himmel stiegen und der *New Yorker* Namen und Lebensgeschichten druckte, gab es in Deutschland lange Zeit keine Initiative für öffentliche Trauer – bis Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit seinem Vorschlag an die Öffentlichkeit ging. Und wieder war es die Zivilgesellschaft, die den Corona-Toten ein Gesicht gab und in Köln oder Berlin jeden Freitagabend Kerzen auf Rathaus-treppen oder Plätzen anzündete.<sup>10</sup> Es hat ein paar Wochen gedauert, bis die Kirchen den Bundespräsidenten unterstützten und unter dem Hashtag *#lichtfenster* gemeinsam aufriefen, Kerzen in die Fenster zu stellen.

## „CARE-ARBEIT IST SYSTEMRELEVANT“

Nah bei den Menschen sein, das heißt auch, das Ohr am Puls der Zivilgesellschaft zu haben. Nah dran zu sein an der neuen Wahrnehmung unserer Sterblichkeit, der Achtsamkeit für die Verwundbaren, der Sorge um die Zukunft der Kinder – all den Themen, in denen das Herzblut Jesu fließt. Kann es sein, dass die Kirchen sich selbst daran hindern? Mit überalterten, sozialpatriarchalen Bildern vom Alter, von Menschen mit Behinderung oder von Familien: viel Fürsorge, wenig Empowerment? Auch bei den Kindern aus sozial benachteiligten Familien hat Corona zu massiven Ausgrenzungen geführt. Frauen wurden mit der Vereinbarkeit von Beruf und Sorgearbeit bis an die Grenzen gefordert, pflegende Angehörige allein gelassen, Alleinerziehende sahen ihre Unterstützungsstrukturen brechen. „Das alles hat in bisher kaum gekannter Schärfe gezeigt, dass nicht nur Wirtschaftszweige und Banken ‚systemrelevant‘ sind, sondern auch ‚Care-Arbeit‘“, schreibt Beate Hofmann, die Bischöfin von Kurhessen-Waldeck.<sup>11</sup> Das Geflecht, das die Gemeinschaft in Familie und Nachbarschaft zusammenhält, ist – ganz im Sinne der Subsidiarität – auf die praktische und seelsorgliche Unterstützung und die politische Solidarität der Kirchen angewiesen.

„Der Sturm legt unsere Verwundbarkeit bloß und deckt jene falschen und unnötigen Gewissheiten auf, auf die wir unsere Projekte, Gewohnheiten und Prioritäten gebaut haben“, so Papst Franziskus.<sup>12</sup> „Er macht sichtbar, wie wir die Dinge vernachlässigt haben, die unsere Gemeinschaft nähren, erhalten und stark machen.“ Corona legt aber zugleich offen, wie viel Phantasie und Energie in den Gemeinden verborgen liegt. Die Gottesdienste und Krip-penwege auf Straßen und Plätzen, die Telefonandachten und Einkaufshilfen zeigen ein neues Bild von Kirche – mit dem Volk Gottes unterwegs zu den Häusern. „Dich schickt der Himmel“ heißt eines der Projekte, in denen die Kirchen ökumenisch und im Verbund mit Vereinen und Kommunen Einkaufshilfen organisierten. Auch die kleinen Andachten, die in den „Sonntagstüten“ lagen, haben viele angesprochen – nicht nur Kirchenmitglieder.

- <sup>1</sup> Stefan Kuzmany: „Das gebrochene Versprechen“, in: Der Spiegel, Heft 53, 18.12.2020.
- <sup>2</sup> MDR Thüringen: Lieberknecht wirft Kirchen Versagen in Corona-Krise vor, 19.05.2020, [www.mdr.de/thueringen/mitte-west-thueringen/erfurt/lieberknecht-kritisiert-kirchen-100.html](http://www.mdr.de/thueringen/mitte-west-thueringen/erfurt/lieberknecht-kritisiert-kirchen-100.html) [letzter Zugriff: 12.02.2021].  
Heribert Prantl: „Was war mit Glaube, Liebe, Hoffnung? Kirchen in der Coronakrise“, in: Süddeutsche Zeitung, 07.08.2020, [www.sueddeutsche.de/politik/kirche-corona-kolumne-prantl-1.4992658?reduced=true](http://www.sueddeutsche.de/politik/kirche-corona-kolumne-prantl-1.4992658?reduced=true) [letzter Zugriff: 12.02.2021].
- <sup>3</sup> Hannoversche Allgemeine: Bischöfe warnen vor möglichem Lockdown: Wir dürfen Sterbende nicht allein lassen, 26.10.2020, [www.haz.de/Nachrichten/Politik/Niedersachsen/Niedersachsens-Kirchen-wollen-auch-in-Corona-Zeiten-Sterbende-begleiten](http://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Niedersachsen/Niedersachsens-Kirchen-wollen-auch-in-Corona-Zeiten-Sterbende-begleiten) [letzter Zugriff: 12.02.2021].
- <sup>4</sup> Thea Dorn: Trost. Briefe an Max, München 2021.
- <sup>5</sup> Jasper von Altenbockum: „Wie viel Lockdown muss es sein?“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.02.2021, S. 3.
- <sup>6</sup> So Peter Dabrock in: Der Spiegel, Heft 34, 17.08.2020, S. 28, [www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/corona-und-pflegeheime-wie-kann-man-die-alten-schuetzen-ohne-sie-abzuschotten-a-00000000-0002-0001-0000-000172492986](http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/corona-und-pflegeheime-wie-kann-man-die-alten-schuetzen-ohne-sie-abzuschotten-a-00000000-0002-0001-0000-000172492986) [letzter Zugriff: 12.02.2021].
- <sup>7</sup> Katharina Scholl: „Vom Talar in den Pflegekittel. Als Pfarrerin im Altenheim zur Zeit eines Corona-Ausbruchs“, in: zeitzeichen, 2020, <https://zeitzeichen.net/node/8670> [letzter Zugriff: 12.02.2021].
- <sup>8</sup> Gerhard Wegner: „Jeder stirbt für sich allein“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.01.2021, S. 12.
- <sup>9</sup> Gotthard Fuchs: „Hochfahren. Mystik im Alltag“, in: Christ in der Gegenwart, Nr. 20, 17.05.2020, S. 5.
- <sup>10</sup> Westfalen-Blatt: Corona-Toten ein Gesicht geben. Bielefelder Flaneure initiieren Gedenkort auf dem Klosterplatz, 29.12.2020, [www.westfalen-blatt.de/OWL/Bielefeld/Bielefeld/4337906-Bielefelder-Flaneure-initiiieren-Gedenkort-auf-dem-Klosterplatz-Corona-Toten-ein-Gesicht-geben](http://www.westfalen-blatt.de/OWL/Bielefeld/Bielefeld/4337906-Bielefelder-Flaneure-initiiieren-Gedenkort-auf-dem-Klosterplatz-Corona-Toten-ein-Gesicht-geben) [letzter Zugriff: 12.02.2021].
- <sup>11</sup> Siehe Beate Hofmann in: „Theologische Perspektiven auf die Corona-Erfahrung“, Septemberbrief an die Gemeinden, 2020, [www.ekkw.de/aktuell/meldung/aktuell\\_31090.htm](http://www.ekkw.de/aktuell/meldung/aktuell_31090.htm) [letzter Zugriff: 12.02.2021].
- <sup>12</sup> Papst Franziskus in seiner besonderen Andacht in der Zeit der Epidemie, Petersplatz, 27.03.2020, [www.vatican.va/content/francesco/de/homilies/2020/documents/papa-francesco\\_20200327\\_omelia-epidemia.html](http://www.vatican.va/content/francesco/de/homilies/2020/documents/papa-francesco_20200327_omelia-epidemia.html) [letzter Zugriff: 12.02.2021].

# Neue Linke?

Die langen Geburtswehen der 68er in der Bundesrepublik und den USA

## TOM MANNEWITZ

Geboren 1987 in Wurzen, Professur für politischen Extremismus und politische Ideengeschichte, Hochschule des Bundes, Berlin.

Michael Frey: Vor Achtundsechzig. Der Kalte Krieg und die Neue Linke in der Bundesrepublik und in den USA, Wallstein Verlag, Göttingen 2020, 471 Seiten, 42,00 Euro.

Zu den „blinden Flecken der 68er-Bewegung“ – so der Titel einer Studie des RAF- und 68er-Chronisten Wolfgang Kraus-

haar – gehört ihre Vorgeschichte. Auf sie muss blicken, wer „die erste globale Rebellion“ (Kraushaar) verstehen will. Eine der frühen und widerständigsten Deutungen in Deutschland ist die „einer studentischen Bewegung“ (S. 23), die sich gegen die Heuchelei ihrer NS-belasteten (Groß-)Eltern und das piefig-miefige Klima der frühen Bundesrepublik aufgelehnt hat. Diese Lesart der 68er geht nicht komplett fehl, ist jedoch missverständlich: einerseits, weil sich die Erzählung einer homogenen studentischen Protestgeneration schon vor einiger Zeit als „nachträgliche publizistische Konstruktion“ (S. 23) entpuppte;

andererseits, weil die Nabelschau Parallelen zu anderen Gesellschaften kaschierte: Nicht nur Deutschland hatte „sein 68“. Es gab stattdessen über fünfzig – in Europa, Asien, Afrika, Nord- und Lateinamerika! Der lange Schatten des Nationalsozialismus kann darum allenfalls ein Faktor sein, um das 68er-Geschehen zu begreifen. Doch warum gab es so viele parallele Entwicklungen? Sind jeweils nationale (zufällig gleichzeitig ablaufende) politische Disruptionen, Generationenkonflikte, die „stille Revolution“ oder „Ansteckungseffekte“ verantwortlich zu machen?

Michael Freys an der Friedrich-Schiller-Universität Jena entstandene Dissertationsschrift versteht sich als „Beitrag zur Frage nach der Entstehung dieser parallelen Protestzusammenhänge am Beispiel der amerikanischen und der bundesdeutschen Protestbewegungen“ (S. 11). Dabei weist er sowohl die Deutung einer „Eruption“ (der Titel *Vor Achtundsechzig* deutet die lange Vorgeschichte an) als auch die einer rein kulturell bedingten Parallelität zurück.

## TONARTEN DES PROTESTSOUNDS

Ausgangspunkt seiner Parallelgeschichte ist die Annahme einer nachhaltigen Sozialisation der Gesellschaft durch den Kalten Krieg, dessen Frühphase von „antikomunistischem Ausgrenzungsmechanismen“ geprägt war (S. 75) – McCarthy lässt grüßen. Linke, die sich „gegen Stalinisten und Kalte Krieger“ (S. 78) gleichermaßen wendeten, hatten es schwer: Zwischentöne bleiben ungehört oder ernten Argwohn, wo Freund-Feind-Denken gras-

siert. Einen Ausweg habe die „Entstehung der Dritten Welt“ (S. 80) zwischen 1954 und 1956 geboten. Die Blockmentalität innerhalb des Westens erodierte. Bestrebungen eines „Third Camp“ beziehungsweise eines „Dritten Weges“ seien als Frühtriebe einer reifenden Neuen Linken zu begreifen.

Bei Freys Suche nach Parallelen zwischen Deutschland und den USA geraten jedoch die Unterschiede manchmal unter die Räder: Zeigte sich etwa die US-Bewegung mit ihrem Fokus auf eine pazifistische Alternative zu Warschauer-Pakt- und NATO-Staaten stark von der internationalen Politik getrieben, „war der bundesdeutsche ‚Dritte Weg‘ zunächst nichts anderes als eine Form linkssozialistischer Wiedervereinigungshoffnungen“ (S. 135). Dass Frey die zwei unterschiedlichen Tonarten des Protestsounds überhört, überrascht umso mehr, als er in großer historischer Tiefe schürft, beginnend bei Marx’ Deutung der französischen Militärdiktatur als „Bonapartismus“ (S. 119). Der Autor lokalisiert hier die Wurzeln des Narrativs vom Dritten Weg.

In der Inkubationszeit um die Jahrzehntwende habe sich eine „Frühe Neue Linke“ (S. 167) etabliert – ein Wust aus Verbänden, Bewegungen und Zeitschriften, deren Gemeinsamkeit wohl bloß darin bestand, dass sie kein Teil der traditionellen Linken mehr sein wollten. Exemplarisch anhand der „Achtundfünfziger-Studentenbewegung“ und der *Student Peace Union* skizziert Frey, wie die Reifung in Gestalt „direkter Aktionen, kreativer Protestmethoden oder zivilen Ungehorsams“ (S. 171) daherkam. Es will jedoch nicht recht zusammenpassen: Einerseits lässt der Autor den Protest der „Greensboro Four“ gegen „Rassensegregation“ (S. 168)

im Frühjahr 1960 als „Erweckungsereignis der amerikanischen New Left“ (S. 167) durchgehen – andererseits schenkt er dem Thema in seiner Vor-Geschichte der „New Left“ praktisch keinerlei Aufmerksamkeit. Wenn die (atomare) Abrüstung und der Pazifismus über Jahre identitätsstiftend wirkten, warum verdichtete sich die Geschichte dann bei einem ganz anderen Thema?

Die nächste Entwicklungsetappe habe der Algerienkrieg eingeleitet – jedenfalls in Deutschland. Dabei brauchte es eine gewisse Zeit, bis die hiesige Solidarität Fahrt aufnahm: Nicht das Niederschlagen der Befreiungsbewegung, sondern erst das Votum der Franzosen, Atomwaffentests in der algerischen Wüste durchzuführen (und womöglich Deutschland dabei einzubeziehen, so die Furcht), habe hierzulande größere Reaktionen ausgelöst, zumal in der 1957 von Klaus Rainer Röhl gegründeten Zeitschrift *konkret*. Am Ende stand eine Neue Linke, die sich – organisatorisch vernetzt, inhaltlich radikalisiert und thematisch reorientiert – mehr und mehr auf das Dritte-Welt-Thema einschoss und der SPD selbstbewusst die Stirn bot.

## ERSTE GLOBALE REVOLUTION?

Was der deutschen Neuen Linken „Algerien“, war der amerikanischen *New Left* „Kuba“, genauer: der Umgang der Kennedy-Regierung mit dem sozialistischen Land, so Frey. Überraschend ist an diesem Verlauf weniger die Institutionalisierung (im soziologischen Sinne) einer Neuen Linken infolge verstetigter Interaktion und Organisation dies- wie jenseits des

Atlantiks. Was überrascht: In Deutschland ebenso wie in den USA setzte dasselbe Thema – die „Dritte Welt“ – diese Institutionalisierung in Gang. Woran lag das? Warum entfalteten nicht andere Themen das gleiche Potenzial wie „Algerien“ und „Kuba“ (sowie später: „Vietnam“)? So entsteht der Eindruck historischer Zwangsläufigkeiten. Den Zwist im linken Lager, genauer: die Abnabelung der Neuen von der gemäßigten Linken in ihrer Aufgabe des Antikomunismus, kartographiert die Studie wiederum überzeugend.

Michael Frey ist eine detaillierte Biographie über die „Jugend“ zweier Protestbewegungen gelungen. Er entlarvt viele vermeintliche „Geburtsstunden“, „Kristallisationspunkte“ und „führende Köpfe“ als das, was sie sind: selektive Rekonstruktionen (zum Teil von früheren Protagonisten), die dem Rückschaufehler aufsitzen. Die 68er haben eine lange Vorgeschichte – und viele Väter und Mütter, die weit vor 1968 ein stabiles Netzwerk, eine eigene Identität und Themenfelder aufbauten. Zugleich: Zeichnet Frey die jeweils nationalen Formationsprozesse akribisch nach, kommen bei ihm die transnationalen Interaktionen manchmal über das Anekdotische nicht hinaus.

Ohne sich in Determinismus zu verrennen: Wer nach den – langen – Wurzeln nicht nur der 68er, sondern auch des „Deutschen Herbstes“ gräbt, kommt an den „beendeten Diskursblockaden“ der Neuen Linken nicht vorbei, die jedoch vielfach schon recht früh in neuem Dogmatismus (zumal gegenüber der gemäßigten Linken) mündeten. Michael Freys Studie leistet einen wichtigen Beitrag zur Frühphase der „ersten globalen Rebellion“. Dass diese einer Revolutionslogik folgte, kann nun niemand mehr behaupten.

# Vorbild mit Widersprüchen

Zum 100. Geburtstag von Sophie Scholl

\* 9. Mai 1921 in Forchtenberg, † 22. Februar 1943 in München

## JUDITH MICHEL

Geboren 1979 in Tübingen, Wissenschaftliche Referentin, Abteilung Zeitgeschichte, Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Sophie Scholls Weg in den Widerstand war keineswegs vorgezeichnet: Aufgewachsen in einer bildungsbürgerlichen Familie, gesegnet mit Selbstbewusstsein und Lebensfreude, genoss Sophie Scholl zunächst als begeistertes Jungmädels die Entfaltungsmöglichkeiten in der NS-Jugendorganisation Bund Deutscher Mädel (BDM), in der

sie schon bald Führungsaufgaben übernahm. Doch das nationalsozialistische Vorgehen gegen Aspekte der von ihr gelebten Jugendkultur sowie die einfältige Uniformität regten ersten Widerwillen in ihr. Den Krieg lehnte sie von Beginn an ab; den Arbeits- und Kriegshilfsdienst, den sie 1941/42 ableisten musste, empfand sie als stupide Zumutung. Dennoch dauerte es bis 1942, bis die aus einem evangelischen Elternhaus stammende Sophie Scholl unter dem Einfluss reformkatholischer Intellektueller Denken und Handeln in Einklang brachte – ohne Märtyrerabsichten, doch

im vollen Bewusstsein der möglichen Konsequenzen. 1942/43 war sie maßgeblich an der Vervielfältigung und Verbreitung der von ihrem Bruder Hans und weiteren Mitstreitern verfassten „Flugblätter der Weißen Rose“ beteiligt. Von den Nationalsozialisten gefasst, wurden ihr und ihren Mitverschwörern Hans Scholl, Alexander Schmorell, Willi Graf, Christoph Probst und Kurt Hubert Hochverrat, Wehrkraftzersetzung und Feindbegünstigung vorgeworfen, wofür sie 1943 hingerichtet wurden.

Sophie Scholls mutiges Handeln ruft auch einhundert Jahre nach ihrer Geburt zu Recht Bewunderung hervor. Ihre Idealisierung zur Ikone des selbstlosen, reinen Widerstands, die schon bald nach Kriegsende einsetzte, wird ihren Taten jedoch nur teilweise gerecht. Auch heute halten sich verklärende Darstellungen der jungen Widerständlerin als Märtyrerin, die zur „säkulare[n] Konsensheilige[n]“ (Robert M. Zoske) der Deutschen avancierte. Erheblichen Vorschub für das idealisierte Bild leistete die Darstellung der älteren Schwester Inge Scholl aus dem Jahr 1952. Sie prägte damit zum einen den Begriff der „Weißen Rose“, als deren Mittelpunkt sie unter Marginalisierung der anderen Beteiligten ihre Geschwister darstellte; zum anderen zeichnete sie ein nahezu widerspruchsfreies Bild ihrer zur Heldin geborenen Schwester Sophie.

Obleich Inge Scholl zutreffend beschrieb, dass ihr Bruder Hans im Vergleich zu Sophie die treibende Kraft der Widerstandstätigkeit war, fokussierte sich das öffentliche Interesse und Gedenken in den folgenden Jahrzehnten auf das jüngste und einzige weibliche Mitglied des inneren Kreises der Widerstandsgruppe. So wurden zahlreiche Schulen, Plätze und

Straßen nach Sophie Scholl benannt, während es weit weniger Benennungen nach den anderen Mitgliedern des inneren Widerstandskreises gibt, die mindestens genauso intensiv an der Verfassung und Verbreitung der Flugblätter beteiligt waren und allesamt für ihre Taten mit dem Leben bezahlten. Zudem ist sie die Protagonistin mehrerer Spielfilme. Auch als Denkmal – etwa in der Walhalla bei Regensburg oder in der popkulturellen Variante als Wachsfigur bei *Madame Tussauds* in Berlin – muss Sophie Scholl stellvertretend für den gesamten studentischen Widerstand herhalten, während man ihre Mitstreiter dort vergeblich sucht.

## LEITFIGUR FÜR ALLE POLITISCHEN LAGER

Dabei wurde sie auch immer wieder von den Falschen vereinnahmt – und das nicht erst durch den absurden Vergleich einer jungen „Querdenkerin“ aus Kassel, die bekannte, sie fühle sich wie Sophie Scholl, da sie seit Monaten aktiv im Widerstand sei. So bezeichnete sich beispielsweise 2012 die islamophobe und rechtspopulistische Kleinpartei „Die Freiheit“ als die „neue Weiße Rose“. 2013 zog der Allgemeine Studentenausschuss der Freien Universität Berlin Parallelen zwischen der „Weißen Rose“ und der linksterroristischen „Roten Armee Fraktion“ (RAF), und 2017 warb ein Kreisverband der Alternative für Deutschland (AfD) mit dem Slogan „Sophie Scholl würde AfD wählen!“.

Die Vereinnahmungen von Sophie Scholl und der „Weißen Rose“ durch diese verschiedenen Seiten weisen auf ein Phänomen hin, das auch zur vergleichsweise



Sophie Scholl verabschiedete am 23. Juli 1942 Freunde beziehungsweise Mitglieder der „Weißen Rose“, die in einer Studentenkompanie zum Sanitätsdienst an die Ostfront (Russland) abkommandiert wurden (München, Ostbahnhof). Von links: Hubert Furtwängler (kein Widerstandskämpfer), Hans Scholl, Raimund Samüller, Sophie Scholl und Alexander Schmorell. Foto: © George (Jürgen) Wittenstein / akg-images

schnellen Würdigung der Widerstandsgruppe im Nachkriegsdeutschland beitrug: Durch die idealisierte Darstellung des Widerstands als Sühneopfer wurde er zugleich entpolitisiert und taugte damit als Vorbild für alle politischen Lager. Darüber hinaus ersparte der Bezug auf eine vermeintlich unpolitische Widerstandsgruppe der Nachkriegsgesellschaft die inhaltliche Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit.

Anders als den Attentätern des 20. Juli 1944 haftete der „Weißen Rose“ zudem nicht der Vorwurf des „Verrats“ am eigenen Volk und Vaterland an; auch schien die Lebenswelt der Studenten insbesondere jungen Menschen näher zu sein als die der Offiziere um Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Die „Weiße Rose“ äußerte

in ihren Flugblättern zwar deutlich ihre Ablehnung des Nationalsozialismus, blieb aber nur vage bei der Formulierung von Nachkriegsplänen, die mit Schlagwörtern wie „christlich“, „liberal“, „rechtsstaatlich“, „vernünftig-sozialistisch“ und „europäisch“ lediglich skizziert wurden. Dies erleichterte ebenfalls die Vereinnahmung der Widerstandsgruppe für eigene Ziele – vom Antifaschismus bis zum Rechtspopulismus.

Die Forschung hat inzwischen ein weit differenzierteres Bild von der „Weißen Rose“ im Allgemeinen und von Sophie Scholl und ihrer Rolle innerhalb der Widerstandsgruppe im Besonderen gezeichnet. Neuere Publikationen beschreiben Sophie Scholl als jungenhafte, naturliebende, künstlerisch begabte und

#### Vorbild mit Widersprüchen, Judith Michel

belesene junge Frau, die sowohl in sich gekehrt als auch lebenslustig, kompliziert und klug war.

Das pazifistische und NS-kritische Elternhaus bewahrte sie und ihre älteren Geschwister nicht davor, sich in Ulm begeistert in den nationalsozialistischen Jugendorganisationen zu engagieren, ohne das eigene Denken jedoch einzustellen. Diese Widersprüchlichkeit zeigt sich beispielsweise daran, dass sich Sophie Scholl zwar konfirmieren ließ, dabei aber die Uniform der Hitlerjugend (HJ) trug. Anders als von ihrer Schwester Inge dargestellt, gab es keinen einschneidenden Wendepunkt, an dem sich die jüngere Schwester vom „Saulus“ zum „Paulus“ wandelte. Zwar schrieb sie schon 1937 in ihr Tagebuch: „Von der HJ habe ich mich ohne mein Wollen ganz gelöst. Ich habe nichts mehr zu geben, nichts mehr zu nehmen.“

#### SCHLEICHENDE ENTFREMDUNG

1938 wurde sie als Gruppenführerin abgesetzt, nahm jedoch bis 1941 an Veranstaltungen des Bundes Deutscher Mädel teil – möglicherweise, um das Abitur machen zu können. Die Entfremdung schien eher ein schleichender Prozess gewesen zu sein, der zunächst durch die Einschränkungen der Jugendkultur und die zeitweilige Verhaftung der Geschwister wegen „bündischer Umtriebe“ ausgelöst wurde (Hans wurde zudem „Unzucht“ nach Paragraph 175 vorgeworfen – hiervon wusste Sophie jedoch nichts).

Militärdienst und Krieg lehnte Sophie Scholl hingegen von Beginn an kompromisslos als Vergeudung von Menschenleben ab, was zu hitzigen Diskussionen

mit ihrem Freund Fritz Hartnagel führte, der sich bereits 1936 freiwillig als Berufsoffizier verpflichtet hatte. Ihre Ablehnung des Militärdienstes erklärte sie damit, dass ein Soldat unterschiedlichen Herren und Wahrheiten dienen müsse, sich aber kein Mensch und keine irdische Macht an die Stelle des Absoluten setzen dürfe. In jahrelanger Korrespondenz gelang es der vier Jahre jüngeren Sophie, ihren Freund zum Kritiker des Nationalsozialismus und Kriegsgegner zu bekehren.

Durch die Mutter – eine ehemalige Diakonissin – lernten die Geschwister Scholl eine protestantische Frömmigkeit kennen. Für ihre Widerstandstätigkeit ausschlaggebender war jedoch die katholische Erneuerungsbewegung, die sie durch den Ulmer Freundeskreis um Otto (Otl) Aicher, einen Freund ihres jüngeren Bruders Werner, und später über den Publizisten Carl Muth und den Schriftsteller Theodor Haecker kennenlernten. Durch diese Kreise wurde Sophie Scholl zur religiös Suchenden. Ihre verschlungenen religiösen Gedankengänge, die wir ihren Briefen entnehmen können, sind für heutige Leser mitunter nur schwer nachvollziehbar – ihre damalige Freundin Susanne Hirzel nannte sie in der Rückschau gar „überkandidelt religiös“. Dies sowie ein Elitebewusstsein, das sie mit den anderen Mitgliedern des Widerstandskreises teilte, sind Teile einer uns ferneren Lebenswelt.

Es sind keine Hinweise übermittelt, ob Sophie Scholl die Verfolgung und Vertreibung der Juden aus Ulm besonders wahrnahm oder sie sie gar bedrückte. Manche Bemerkung, die sie oder auch andere Mitstreiter zur Judenverfolgung äußerten, erscheint heute zudem befremdlich. So erwiderte sie auf einen Bericht von Fritz Hartnagel über NS-Verbrechen

gegen Juden in Amsterdam, diese Brutalität sei zu begrüßen, da nur so der wahre Charakter des Regimes offensichtlich werde: „Übrigens, dass man überall radikal vorgeht, finde ich nur gut. Es verwirrt die Erkenntnis der ganzen Sache weniger, als wenn man hier etwas Gutes, da etwas Schlechtes findet und nicht weiß, welches nun das Wahre ist.“ Unter anderem durch Hartnagel und ihren Bruder Hans erfuhr sie schließlich von den NS-Verbrechen im Osten, an denen sie sich, wie sie gegenüber Hartnagel bekannte, mitschuldig fühlte: „Ein unschuldiges Hineingezogenwerden in eine Schuld, in meine Schuld.“

Die Ablehnung des Holocaust war nicht das Hauptmotiv des Widerstands der „Weißen Rose“. Ihr Einsatz für Freiheit, Verantwortung des Einzelnen, Menschenwürde und Solidarität mit den Verfolgten schloss jedoch auch die Juden ein. Die Flugblätter, an deren Formulierung Sophie Scholl zwar nicht beteiligt war, deren Inhalt sie sich jedoch zu eigen machte, prangerten den Krieg, die Judenvernichtung, die nationalsozialistische Willkürherrschaft und die Unterdrückung von Wahrheit, Gewissen, Sittlichkeit und Freiheit an. Dieses an die bürgerliche Elite gerichtete Fanal traf die Nationalsozialisten in ihrem Kommunikationsmonopol, zeigte eine Gegenmacht auf und war daher hochpolitisch.

Hans Scholl rief als Medizinstudent in München zusammen mit Alexander Schmorell die „Weiße Rose“ mit den ersten vier Flugblättern, verfasst von Ende Juni bis Mitte Juli 1942, ins Leben. Ohne Sophie Scholl, die erst später für ihr Philosophie- und Biologiestudium nach München kam, hätte es jedoch den zweiten Teil der Widerstandsaktion mit dem fünften und sechsten Flugblatt nicht in seiner

gesteigerten Intensität gegeben. Während die Männer der Widerstandsgruppe im Sommer 1942 an der Front waren, bemühte sie sich um einen Vervielfältigungsapparat und knüpfte Kontakte über München hinaus. Bei der zweiten Flugblattaktion Anfang 1943 war sie durch den Einkauf von Abzugspapier, Umschlägen, Briefmarken und Matrizen, die Finanzbeschaffung und -verwaltung sowie die Verteilung der Schriften unentbehrlich und somit weit mehr als ein „Anhängsel“ der Widerstandsgruppe.

### **BEREITSCHAFT ZUM SELBSTOPFER**

Sophie Scholl wusste, dass dieser Widerstand lebensgefährlich war. So schrieb sie ihrem Freund Fritz Hartnagel: „Du weißt, wie schwer ein Menschenleben wiegt, und man muss wissen, wofür man es in die Waagschale wirft.“ Gegenüber dem befreundeten Maler Wilhelm Geyer soll sie gesagt haben: „Es fallen so viele Menschen für dieses Regime, es ist Zeit, dass jemand dagegen fällt.“ Folgerichtig schlug sie nach ihrer Festnahme im Verhör das Angebot des Gestapo-Beamten aus, eine milde Strafe zu bekommen, wenn sie sich als Opfer ihres Bruders darstellte. Sie bekannte vielmehr: „Ich bin nach wie vor der Meinung, das Beste getan zu haben, was ich gerade jetzt für mein Volk tun konnte. Ich bereue deshalb meine Handlungsweise nicht und will die Folgen, die mir aus meiner Handlungsweise erwachsen, auf mich nehmen.“

Noch kurz vor ihrem Tod zeigte sie sich bereit zur Selbstopferung: „Was liegt an meinem Tod, wenn durch unser

Handeln Tausende von Menschen aufgerüttelt und geweckt werden.“ Umso tragischer ist es, dass ihre Ermordung in der Bevölkerung und auch unter ihren Kommilitonen keine unmittelbare Wirkung hatte. Auch als Helmuth James Graf von Moltke das sechste Flugblatt nach England bringen ließ und es von der britischen Luftwaffe hunderttausendfach über deutschen Großstädten abgeworfen wurde, blieben die Deutschen passiv.

### **„LASST SIE ZWISCHEN UNS SITZEN“**

Fritz Hartnagel schrieb schon 1947 über die Mitglieder der „Weißen Rose“: „Das sicherlich ehrliche Bemühen, ihr Gedächtnis zu wahren, birgt die Gefahr in sich, dass sie auf einem Denkmalsockel stehen, weit über unser tägliches Leben erhaben. Lasst sie uns hereinholen in unsere Hörsäle, lasst sie zwischen uns sitzen.“ Die bei genauerem Blick offengelegte Komplexität und Widersprüchlichkeit Sophie Scholls, die gleichermaßen zweifelnd wie selbstbewusst war, vermag dabei möglicherweise die erkennbare Distanz zwischen ihrer und unserer Lebenswelt zu überbrücken helfen. Ja, gerade weil sie, wie auch ihre

Mitstreiter, ein durch ihre Zeit geprägter Mensch mit Fehlern und Schwächen war, dessen Widerstand aus dem inneren Ringen um die richtige Haltung erwuchs, kann sie weiter Vorbild für unsere eigenen Handlungen sein.

Hans Scholls letzte Worte auf dem Richtblock lauteten „Es lebe die Freiheit!“, und auch Sophie schrieb gleichsam als Vermächtnis auf die Rückseite ihrer Anklageschrift zweimal das Wort „Freiheit“. In einer anscheinend ausweglosen Situation folgten die Mitglieder der „Weißen Rose“ ihrem Gewissen, um die Menschen aufzurütteln, das Menschliche zu tun. Heute müssten wir dafür nicht um unser Leben fürchten – umso erstaunlicher, dass wir nach wie vor oft Schwierigkeiten haben, ihrem Appell zu folgen.

### **Literatur**

Beuys, Barbara: Sophie Scholl. Biografie, München 2010.

Gottschalk, Maren: Wie schwer ein Menschenleben wiegt. Sophie Scholl. Eine Biografie, München 2020.

Hartnagel, Thomas (Hrsg.): Sophie Scholl und Fritz Hartnagel. Damit wir uns nicht verlieren. Briefwechsel 1937–1943, Frankfurt am Main 2005.

Jens, Inge (Hrsg.): Hans Scholl und Sophie Scholl. Briefe und Aufzeichnungen, Frankfurt am Main 1989.

Scholl, Inge: Die Weiße Rose, Frankfurt am Main 1952.

Zoske, Robert M.: Sophie Scholl. Es reut mich nichts. Porträt einer Widerständigen, Berlin 2020.



**PUBLIKATIONEN**

Am 26. Januar 2021 haben Olaf Groth und Tobias Straube die Ergebnisse der *Analyse aktueller globaler Entwicklungen im Bereich KI mit einem Fokus auf Europa* vorgestellt. Sie zeigt das Potenzial Europas im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI), zu den führenden Innovationsmächten aufzuschließen; benötigt werden jedoch eine klare Strategie und politischer Willen für Anpassungen.

Unter dem Titel *Was eint die Einwanderungsgesellschaft?* untersucht die am 26. Januar 2021 erschienene Studie auf Basis einer repräsentativen Umfrage die Einstellungen von Deutschen ohne Migrationshintergrund, Spätaussiedlern und Migranten aus Polen, Russland und der Türkei zu Werten und Religion. Die am 9. Februar 2021 veröffentlichte repräsentative Analyse *Demokratische Einstellungen und Wahlverhalten* befasst sich darüber hinaus mit Einstellungen und Wahlverhalten von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund.

Anlässlich des Tags des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2021 erschien online ein Beitrag von Frank Bajohr, wissenschaftlicher Leiter des Zentrums für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte in München, mit dem Titel *Der lange Weg zur Holocaust-Erinnerung. Ein Blick zurück* ([www.kas.de/holocaust-erinnerung](http://www.kas.de/holocaust-erinnerung)).

Die Wahlforschung steht vor großen Herausforderungen. Dynamiken der Wahlentscheidung sind immens und alte Gewissheiten brüchig. Die am 2. Februar 2021 erschienene Studie *Des Wählers Herz* behandelt daher mit neuen Ansätzen die Frage nach den emotionalen Beziehungen von Wählerinnen und Wählern zu Parteien. Mit einem Methodenmix aus repräsentativen Umfragen und offenen Tiefeninterviews identifiziert sie stabile emotionale Muster bei den Wahlberechtigten.

Der Klimawandel ist ein zentraler Bereich der internationalen Politik. Die am 13. Februar 2021 veröffentlichte Studie *Klimapartnerschaften als Baustein einer strategischen Außenpolitik* zeigt, dass neben multilateralen Konferenzen auch bilaterale Partnerschaften ein effektives Instrument sind. Im Fokus stehen Schwellenländer, die einen hohen Bedarf an Energie und Wachstum haben, oftmals jedoch nicht über die Mittel verfügen, diesen klimafreundlich zu decken.

**PERSONALIA**

Seit dem 1. Januar 2021 leitet Taylan Engin das Projekt *Gemeinsam.Demokratie.Gestalten*. Rolf Radmacher leitet seit dem 1. Januar 2021 die neu geschaffene Abteilung ICT-Betrieb im Bereich Digitalisierung und ICT (Informations- und Kommunikationstechnologie). Benno Mächler übernimmt ab März 2021 das Länderprojekt Äthiopien.

Die nächste Ausgabe erscheint im Mai 2021 zum Thema

**Nachhaltig**  
—  
**Auch jenseits von Verzicht**

Mit Beiträgen unter anderen von  
Ralf Fücks, Magdalena Göbl, Antonia Mannweiler,  
Christoph M. Schmidt und Marlehn Thieme.

**IMPRESSUM**

Nr. 567, März/April 2021, 66. Jahrgang, ISSN 0032-3446

**DIE POLITISCHE MEINUNG**



**Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von**  
Norbert Lammert und Bernhard Vogel

**Begründet 1956 von**  
Otto Lenz und Erich Peter Neumann

**Redaktion**  
Bernd Löhmann (Chefredakteur)  
Ralf Thomas Baus (Redakteur)  
Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

**Geschäftsführung**  
Konstantin Otto  
Jenny Kahlert (Assistenz)

**Anschrift**  
Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin  
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin  
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92  
ralf.baus@kas.de  
cornelia.wurm@kas.de  
www.politische-meinung.de

**Redaktionsbeirat**  
Stefan Friedrich, Ulrike Hospes,  
Matthias Oppermann, Matthias Schäfer

**Verlag und Anzeigenverwaltung**  
Druck- und Verlagshaus Fromm GmbH & Co. KG  
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück  
Telefonnummer: (05 41) 31 03 81  
E.Cilker@fromm-os.de

**Herstellung**  
Druck- und Verlagshaus Fromm GmbH & Co. KG  
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

**Konzeption und Gestaltung**  
Stan Hema GmbH  
Agentur für Markenentwicklung, Berlin  
www.stanhema.com

**Bezugsbedingungen**  
Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 € zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Politischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.





#### FALSCHER FOKUS

Corona-Leugner haben beträchtliche mediale Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Erst als im Winter mehrere Zehntausend Menschen in Deutschland an der Seuche starben, wurde es ruhiger um sie. Droht bei Frühlingswetter eine Wiederholung sogenannter „Hygienedemonstrationen“?

Die Tödlichkeit des Virus hat sich auf erschreckende Weise bestätigt. Umso mehr gilt es, künftig diejenigen in den Fokus zu rücken, die sich der teils ungeahnten Radikalität und Gewalttätigkeit der Demonstranten entgegenstellen müssen. Polizistinnen und Polizisten wurden im Einsatz angefeindet, bedroht und verletzt. Es kam sogar zu Aufrufen, sie zu bespucken und anzuhusten.

Das preisgekrönte Foto entstand am 18. April des vergangenen Jahres auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin. An der Kundgebung beteiligten sich trotz Kontakt- und Demonstrationsverbot mehrere Hundert Menschen.

Foto: © REUTERS / Christian Mang TPX IMAGES OF THE DAY

